


GB

Zeitung: Dr. Wolfgang Baecker über seine GAZ. Seite 12

Social Entrepreneurship: Potenzial von Genossenschaften. Seite 18

Dorfkneipe: Brochterbecker kaufen Gasthof. Seite 37

A portrait of Ferdinand Klink, a middle-aged man with grey hair, wearing a dark suit, white shirt, and a blue and orange striped tie. He is smiling slightly and looking towards the camera. The background is a blurred office setting with a bookshelf.

„Wertpapierberatung macht wieder Spaß.“

Im GB-Interview: Ferdinand Klink, Vorstandsmitglied der Volksbank Thülen



Jetzt die volle
Riester-Förderung
vom Staat¹ sichern!

Treten Sie ein und sorgen Sie jetzt für eine Zukunft nach Ihren Wünschen vor

 **Union
Investment**

Die Riester-Rente vom Marktführer² zahlt sich für Ihre Kunden aus

- **Ertragschancen dank Anlage in Fonds:** Da die Einzahlungen Ihrer Kunden in Fonds fließen, können sie an den Chancen des Kapitalmarkts teilhaben
- **100 Prozent Garantie:** Zu Beginn der Auszahlphase sind für Ihre Kunden mindestens die Einzahlungen und die staatlichen Zulagen garantiert
- Eine „**exzellente Renten-Höhe**“³ während der leistungsstarken Auszahlphase

Mehr Informationen finden Sie unter www.schaefchen-kampagne.de.

 **Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken**



August 2012

¹Ist begrenzt auf den Förderhöchstbetrag nach § 10a EStG (pro Jahr 2.100,- Euro). ²Quelle: Berechnung auf Basis der Marktdaten der Riester-Anbieter, Stand: 31.12.2012. ³Quelle: Studie „Rendite und Renten-Höhe von Riester-Produkten“, Institut für Vorsorge und Finanzplanung GmbH, Stand: August 2012. Weitere Informationen, die Verkaufsprospekte und die wesentlichen Anlegerinformationen erhalten Sie kostenlos in deutscher Sprache bei allen Volks- und Raiffeisenbanken oder direkt bei Union Investment Privatfonds GmbH, Wiesenhüttenstraße 10, 60329 Frankfurt am Main, unter www.union-investment.de oder telefonisch unter: 069 58998-6100. Stand: 10. September 2013.

Genießen mit gutem Gewissen



Liebe Leserin, lieber Leser, jetzt ist es wieder so weit: Die Adventszeit steht vor der Tür. Nicht nur Zeit für Hektik und Konsum, sondern auch für Besinnung und Spenden. In Deutschland werden jährlich etwa drei bis fünf Milliarden Euro (36 bis 60 Euro pro Kopf) an rund 600.000 gemeinnützige Vereine und 15.000 Stiftungen gespendet. In der Vorweihnachtszeit ist das Spendenaufkommen besonders hoch. Das ist gut und richtig, denn viele Menschen leiden an sozialer Not – nicht nur in anderen Ländern, sondern auch bei uns.

Uns allen bekannt, entstand im 19. Jahrhundert allerdings eine Idee, bei der zur Linderung dieser Missstände nicht mehr auf Almosen oder staatliche Hilfe gesetzt wurde, sondern auf Hilfe zur Selbsthilfe: die genossenschaftliche Selbsthilfe. Sie sorgt auch heute noch dafür, dass Menschen auf der ganzen Welt ein selbstbestimmtes und wür-

devolles Leben führen, ihre Kinder zur Schule schicken und Zugang zu Gesundheitsleistungen erhalten.

Viele dieser Genossenschaften stellen Tee, Kaffee, Schokolade und viele andere Produkte her, die wir gerade in der Vorweihnachtszeit genießen. So haben wir in Deutschland etwa einen Schokoladenverbrauch in Höhe von rund 12 Kilogramm pro Kopf.

Spenden lindern aktuelle Not, Hilfe zur Selbsthilfe hilft Menschen langfristig. Herzlich lade ich Sie ein, in der Vorweihnachtszeit genossenschaftlich einzukaufen. Eine Einkaufsliste auf unserer Homepage hilft Ihnen dabei. Gerne greifen wir hierbei Ihre Anregungen auf und erweitern die Liste um weitere Anbieter.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre sowie eine schöne und genossenschaftliche Vorweihnachtszeit

Asmus Schütt

Inhalt



4 Im GB-Gespräch: Ferdinand Klink zur Umsetzung des Projekts Beratungsqualität

22 Genossenschaftliches Lernen 2.0: Rundgang über den Raiffeisen-Campus

37 Die Kneipengenossenschaft von Brochterbeck

Das Thema

- Weniger Stress mit Protokollen: Volksbank Thülen profitiert vom Projekt Beratungsqualität 4
- RWGA stellt ChangeMap vor 7
- Fonds-Regulierung im Europaparlament 8
- Rückblick auf Wahlkampf 10
- Neues aus der Politik 11

RWGV intern

- Genossenschaftliche Allgemeine Zeitung: Interview mit Herausgeber Dr. Wolfgang Baecker 12
- Steffen Kampeter zu Gast im RWGV Bezirkstagung Trier im Gespräch mit der Politik 17

Hintergrund & Analyse

- Was hat Social Entrepreneurship mit Genossenschaften zu tun? 18

Aus dem Verbund

- Smartboard statt Kreidetafel: Zu Besuch auf dem Raiffeisen-Campus 22
- Banken weiten gesellschaftliches Engagement aus 23
- Familiengenossenschaft Münsterland gestaltet demografischen Wandel 24
- Stimmung im Mittelstand positiv 27
- Historiker untersuchen genossenschaftliche Aufbauhilfe Ost 28

Banken

- GLS Bank eröffnet neues Gebäude 29
- 125 Jahre Volksbank Kirchhellen eG Bottrop 30

Landwirtschaft

- Ahr Winzer eG feiert 140-jähriges Bestehen 31
- Schweineerzeuger Nord-West eG (SNW) steigert ihren Umsatz 32

Gewerbe

- Bürger kaufen historischen Landgasthof 37
- Wie aus einer Pumpen-Nachbarschaft eine Genossenschaft wurde 39

Namen und Nachrichten

43

Impressum

43

Zu guter Letzt

46



46 Karin Schulz feiert im Triathlon Erfolge

„Wertpapierberatung macht wieder Spaß“

Mehr Struktur im Gespräch, weniger Protokoll-Stress: Volksbank Thülen profitiert von Verbundprojekt



Foto: Marco Stegmaier

Sammelten positive Erfahrungen mit dem Projekt Beratungsqualität: Ferdinand Klink, Vorstandsmitglied der Volksbank Thülen, und Kundenberaterin Ulrike Kuhaupt

Als die genossenschaftliche Finanzgruppe sich zu dem Projekt Beratungsqualität entschloss, zögerte die Volksbank Thülen nicht lange und machte sich an die Vorbereitung. Nach dem Start des Programms gehörten die Mitarbeiter zu den Ersten im Verbund, die über praktische Erfahrungen berichten konnten. Im Gespräch mit dem GB ziehen Vorstandsmitglied Ferdinand Klink und Kundenberaterin Ulrike Kuhaupt eine Zwischenbilanz.

Die Volksbank Thülen gehört zu den ersten Banken, die das Projekt Beratungsqualität bei sich umgesetzt haben. Wie aufwendig war das?

Ferdinand Klink: Insgesamt war die Einführung sehr gut vorbereitet, auch durch umfangreiche Projektunterlagen, die uns aus dem Verbund zur Verfügung gestellt wurden. Der direkte Draht zur GAD war für uns optimal. So war der Einstieg selbst für unser kleines Haus gut zu bewältigen. Klar, für manch arbeitsintensiven Schritt mussten wir uns Zeit nehmen. Andererseits stellte sich heraus, dass bei den Daten in unserem Haus viele Grundlagen schon vorhanden waren, diese mussten wir nur noch in die neue Technik umsetzen. Zum Beispiel mussten wir die Kundensegmentierung in einigen Feinheiten überarbeiten. Eine Produktsteuerung hatten wir ohnehin schon, die mussten wir nur noch in die Hausmeinung überführen. Als es dann losging, haben wir uns zunächst ein paar bekannte Kunden rausgesucht, die pflegeleicht sind, die man kennt, wo auch mal was schiefgehen kann.

Und die Reaktion der Kunden? Nehmen sie es überhaupt wahr, dass sich etwas Grundlegendes geändert hat?

Ulrike Kuhaupt: Auf jeden Fall, denn wir haben in der Vergangenheit weniger bildschirmgestützt beraten. Nun ist die gesamte Beratung Bild für Bild begleitet. Und auf dem Schreibtisch liegt nicht mehr das Blatt Papier mit den Kundendaten. Für den Kunden ist das ein völlig neues Erlebnis, denn wir gehen den Beratungsprozess Schritt für Schritt mit ihm durch und er kann sich in einer aktiven Rolle erleben. Das ist ein Riesenvorteil, weil das Gespräch dadurch eine feste Struktur erhält. Für uns als Berater ist das auch deshalb wichtig, weil man im Gesprächsverlauf viele Dinge nicht mehr vergessen kann, die früher oftmals vernachlässigt wurden. Und gerade bei jüngeren Kunden kommt es gut an, dass wir das Medium Technik stark einbeziehen.

Trotzdem ist es ja eine Veränderung, und Veränderungen tun immer erst einmal weh.

Ferdinand Klink: Man muss natürlich die Kunden daran gewöhnen. Weil jeder ein ganz unterschiedliches Technikempfinden hat. Da gibt es schon gewaltige Unterschiede. Aber letztlich hat heute jeder verstanden, dass Technik eine Stütze bietet, von der man profitieren kann. Und: Die neue Oberfläche wurde ja in erster Linie für den Kunden geschaffen. Der Kunde sieht den roten Faden des Gesprächs quasi am Bildschirm, er weiß, wo er sich befindet und was noch auf ihn zukommt. Auch die Grafiken, die auf dem Bildschirm erscheinen, machen die Gesprächsführung für den Kunden transparent und steigern die Akzeptanz deutlich.

Kann das jeder Berater lernen?

Ulrike Kuhaupt: Ja! Da ist nichts, was irgendwie hinderlich ist. Und so ganz neu sind technische Stützen der Beratung ja auch nicht, wenn man nur einmal den VR-Finanzplan nimmt. Und es ist ebenfalls keine Neuigkeit, dass sich die Rolle des Beraters in den vergangenen Jahren verändert hat. Weil die Anforderungen an die Beratung immer höher geworden sind: Regulierung, Dokumentationspflichten, aber auch natürlich die Einbeziehung von Allfinanzthemen. Und da bin ich natürlich dankbar, wenn ich ein Tool an die Hand bekomme, um zum einen eine vernünftige Gesprächsstruktur zu schaffen, zum anderen den Kunden für

- > zusätzliche Themen zu sensibilisieren. Und das Ganze wird zeitgleich mit dem Gespräch dokumentiert, völlig automatisch. Der Berater kann sich auf seine Rolle als Moderator konzentrieren.

Ferdinand Klink: Auf die Moderation kommt es in der Tat an. Und hier muss sich jeder Berater schon ein bisschen umstellen. Es ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, den Kunden bei seinen Anliegen abzuholen und durch die Beratung zu führen. Das erfordert eine Phase der Eingewöhnung.

Also sind die fachlichen und sozialen Kompetenzen des Beraters noch stärker gefragt als bislang?

Ferdinand Klink: Auf jeden Fall. Es ist eine Kunst, den Kunden für Themen zu sensibilisieren, an die er nicht gedacht hat, als er die Filiale betrat. Dieses System ist ja dafür da, mehr Wünsche zu ergründen, die Kunden zum Reden zu bringen. Es überrascht immer wieder, welche Wendungen Gespräche nehmen können, gerade bei älteren Leuten, wenn es um die familiäre Situation oder das Testament geht.

Wie messen Sie denn den Erfolg?

Ferdinand Klink: Für statistische Auswertungen ist es noch zu früh. Wir zielen vor allem auf das Empfehlungsgeschäft. Und hier ist es der Kollegin bereits kurz nach dem Start gelungen, mehrere Neukunden zu akquirieren.

Ulrike Kuhaupt: Nehmen Sie das Beispiel einer älteren Kundin, die vor ihrem Besuch bei uns bei einem anderen Institut gewesen war. Sie zeigte mir den Zettel, den sie von dort mitgebracht hatte. Der hätte früher bei uns genauso ausgesehen. Es war handgeschrieben, wild mit Markierungen übersät, die Fallstricke andeuten sollten. Wir als Fachleute haben natürlich leicht erkannt, was die Kollegen von der Konkurrenz damit sagen wollten. Aber versetzen Sie sich mal in einen Kunden, der mit Hilfe eines solchenzettels zu Hause einem Familienangehörigen das Gespräch wiedergeben soll. Und der begründen will, warum der Berater zu einem bestimmten Ergebnis gekommen ist. Das wird ihm mit Hilfe des handgeschriebenen Papiers schwerfallen. Daher ist es aus Kundensicht ein riesiger Vorteil, dass er nun bei uns einen bis zu 13-seitigen Ausdruck bekommt, wo alles schön strukturiert dargestellt ist. Mit all den individualisierten Grafiken ist das eine Form, die unsere Kompetenz sichtbar werden lässt.

Sind die Texte sprachlich so gut, dass auch Nichtbanker sie verstehen?

Ferdinand Klink: Ja! So ein Ausdruck schafft Transparenz. Es geht um die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen. Und weil das so gut ankommt bei den Kunden, haben wir es am Ende eines jeden Gesprächs auch leichter, wenn wir fragen, ob es im Familien- oder Freundeskreis Menschen gibt, für die solch eine Beratung auch das Richtige sein könnte.

Wie verändert sich das Wertpapiergeschäft durch das neue Beratungskonzept?

Ferdinand Klink: In der Vergangenheit haben sich viele Kollegen schwer getan, Wertpapierprodukte anzubieten. Das lag an der

Rechtsunsicherheit. Es war ein sehr hoher Aufwand, das Protokoll ordentlich auszufüllen. Durch das Programm ist das deutlich einfacher geworden. So steigt für den Berater der Spaß-Faktor deutlich, wenn ein Wertpapierprodukt Gegenstand des Gesprächs wird.

Ulrike Kuhaupt: Innerhalb des neuen Beratungsprozesses gibt es ein ganz besonders schönes Tool, das nennt sich „Vermögen optimieren“. Hier habe ich als Beraterin die Chance, einen Vermögenskuchen aufzuzeichnen. Einmal den Ist-Zustand des Kunden, dann das hinterlegte Musterportfolio. Und es bleibt nicht nur bei den Schaubildern, man kann am Bildschirm durch ganz leichte Schritte zeigen, wo Umschichtungen nötig sind, um eine optimale Struktur zu erreichen. Und mit welchen Produkten dies erreicht werden kann. Hier gibt es eine Funktion, die mir besonders gefällt, denn wir haben ja in unserem Angebot sehr viele Mischfonds, die in sich unterschiedlich zusammengesetzt sind. Wenn dann das Vermögen des Kunden umgeschichtet werden soll, rechnet mir das System sofort aus, wie sich der Vermögenskuchen



Beraterin Ulrike Kuhaupt: „Kunde kann sich in einer aktiven Rolle erleben.“

beim Kauf eines Fondsanteils verändern würde. Und im Hintergrund protokolliert das System diese Veranschaulichung. Das ist schon ein Quantensprung. Und für die Zukunft sind ja noch viele neue Tools geplant, die den Nutzen noch steigern werden. Ich glaube, das wird noch sehr spannend.

Bislang nutzen Sie das Programm nur bei einzelnen, ausgewählten Kunden. Warum nicht öfter?

Ferdinand Klink: Erst einmal muss da Routine reinkommen. Und die Moderation muss sich noch ein bisschen verbessern. Hierbei werden wir vom RWGV unterstützt. In unserem Haus sind eine Reihe von Trainingstagen (ToJ) geplant. Dort geht es um die Theorie und wie man den ein oder anderen Kniff im Programm noch besser nutzen kann.

> Herr Klink, in manchen Genossenschaftsbanken wird noch gezögert, das Programm einzuführen. Was raten Sie Ihren Vorstandskollegen in anderen Häusern?

Ferdinand Klink: Die ganzheitliche und nachhaltige Kundenbetreuung ist die ureigenste Aufgabe einer Genossenschaftsbank. Zur nachhaltigen Umsetzung kommt es stark darauf an, wie wir diese Neuerung an die Berater kommunizieren. Und hier haben wir die Argumente auf unserer Seite. Das Programm ist nicht mehr und nicht weniger als eine wichtige technische Hilfe bei der Beratung. Es ist sehr gut gemacht und zeugt von der hohen Kompetenz der Entwickler. Jeder Berater tut gut daran, sich vorurteilsfrei damit zu beschäftigen.

Gab es innerhalb Ihres Hauses vor der Einführung Diskussionen?



Foto: Marco Stepmak

Vorstandsmitglied Ferdinand Klink: „Moderation des Beratungsgesprächs ist eine anspruchsvolle Aufgabe.“

Ferdinand Klink: Als das Thema aufkam, haben wir im Vorstand beschlossen, dass wir mitmachen, weil das Programm unserer Beratungsphilosophie entgegenkommt. Wir haben vor ein paar Jahren bereits für unser Haus einen Beratungsprozess kreiert. Wenn man den neben das neue Tool legt, dann ist da kein großer Unterschied. Es wurde jetzt also nichts völlig Neues erfunden. Das Konzept wird aber technisch besser unter-

stützt. Nach unserer Entscheidung haben wir unsere Berater regelmäßig über den Stand der Entwicklung informiert. Dann haben wir die Kundensegmentierung gemeinsam überprüft und bei den Produkten geschaut, ob sie noch in unser Portfolio passen. Die Sortierung der Produkte für die Verwendung im Programm hatten wir also schon fertig, lange bevor es losging. Wenn in der Zwischenzeit neue Produkte hinzukamen, mussten wir diese natürlich nachträglich einarbeiten. All diese Schritte haben wir gemeinsam mit unseren Beratern geplant. Übrigens auch, wenn es um die technische Ausstattung der Arbeitsplätze ging. In der Anfangsphase haben wir uns jeden Arbeitsplatz angeschaut, Bildschirme gerückt, Tastaturen und Mäuse ohne Kabel verteilt. Das wurde alles immer direkt umgesetzt und somit haben wir bei den Mitarbeitern keine Zweifel entstehen lassen, dass wir das Programm am Ende auch bei Kundengesprächen einführen werden.

Sie haben nicht nur Zeit, sondern auch Geld investiert. Wie hoch war der finanzielle Aufwand bei der Einführung?

Ferdinand Klink: Die technischen Investitionen haben sich sehr in Grenzen gehalten. Es ging nur um Bildschirm, Tastatur und Maus. Alles andere war EDV-Pflege, die man sowieso irgendwann mal machen muss, wenn man seinen Vertrieb steuern will. Also: Der Aufwand war überschaubar.

Und welchen Aufwand erfordert der laufende Betrieb?

Ferdinand Klink: Wenn das Programm einmal eingerichtet ist, muss ich natürlich die Hausmeinung im System pflegen und gerade im Wertpapierbereich ist das nicht immer schnell erledigt. Aber eine Hausmeinung musste ich auch bisher schon haben, die musste ich auch pflegen, insofern ist das jetzt kein zusätzlicher Aufwand. Ich arbeite jetzt nur in einem anderen System.

Frau Kuhaupt, glauben Sie, dass Sie auch in drei Jahren noch so gern mit dem Programm arbeiten werden, wie sie es jetzt tun?

Ulrike Kuhaupt: In drei Jahren werde ich dieses Programm vermutlich schon fast nicht mehr wiedererkennen, weil es sich schon wieder weiterverändert hat. Aber ich bin davon überzeugt, dass es weiter ein gutes, hilfreiches Programm sein wird.

Ziel des Projekts ist es, deutschlandweit die Nummer eins in der Beratungsqualität zu werden. Wird dieses Ziel erreicht?

Ferdinand Klink: Wenn das Programm in der Breite auch bundesweit bei anderen Banken angewendet wird, stehen die Chancen gut.

Asmus Schütt und Christian Fähndrich

Hintergrund



Die Kundenberater der Volksbank Thülen im Sauerland gehören zu den ersten in der genossenschaftlichen Finanzgruppe, die das Projekt Beratungsqualität im Alltag umsetzen. Freigeschaltet wurde es von der GAD im Juli. Auf diesen Schritt hatte sich die Volksbank Thülen bereits ab Herbst 2012 vorbereitet. Die Bank beschäftigt im Briloner Ortsteil Thülen zwölf Mitarbeiter. Die Bilanzsumme betrug Ende vergangenen Jahres 81,3 Millionen Euro.

Beratungsqualität: Mitstreiter gewinnen

Identifikation schaffen mit der ChangeMap

Münster/Forsbach. Wie begeistere ich Führungskräfte und Mitarbeiter für das Projekt Beratungsqualität? Nicht immer sind es Argumente, die hier die entscheidende Sprache sprechen, oft sind es emotionale Faktoren und Bilder, die den ausschlaggebenden Impuls geben. Denn eins ist klar: Nur wenn alle „an einem Strang ziehen“, in „einem Boot sitzen“, werden notwendige Veränderungen in den jeweiligen Verantwortungsbereichen vorangetrieben und engagiert umgesetzt.

Noch immer aber ist „schlechte Kommunikation“ der mit am häufigsten genannte Grund für das Scheitern von Projekten. Dabei ist es nicht neu, dass ein frühzeitiger, umfassender, dialogischer Informations- und Kommunikationsprozess ein wesentlicher Faktor für das Gelingen eines Veränderungsprojektes ist. Gerade zum Start eines derartig umfassenden Projektes spielt eine persönliche und lebendige Kommunikation die entscheidende Rolle. Sicherlich aufwendig, aber der Aufwand lohnt sich! Denn nur informierte Beteiligte, die die strategischen Zusammenhänge verstehen und sich – auch im Diskurs – über verschiedene Sichtweisen und Meinungen austauschen können, werden Veränderungen als Teil des Unternehmenswachstums akzeptieren und mittragen.

Die Changemap als roter Faden

Die Changemap ist anders. Denn hier werden aktuelle und/oder mögliche zukünftige Szenarien sowie ihre Zusammenhänge visuell und kommunizierbar dargestellt. Sie ist ein Bild, ein dialogorientiertes Instrument und allein der Wechsel auf dieses bildhafte Medium verleiht dem Projekt Beratungsqualität ein Mehr an Aufmerksamkeit und ist eine willkommene Abwechslung zur gewohnten Roll-Out-Routine. Die Changemap erzählt eine Geschichte – die Geschichte von Beratungsqualität und die Szenen auf der Changemap transportieren Bedeutungen und bleiben im Gedächtnis haften.

Die Beratungsqualität-Changemap zeigt den Einführungsprozess als Segelfahrt vom Ausgangshafen „Genostadt heute“ in den



Die Leitfragen zu dieser Szene sind: Welche Situation trifft auf meine Bank am besten zu? Auf welchem dieser Boote sehen Sie sich selbst am ehesten? Was bedeutet das für den Start des Projekts Beratungsqualität?

Zielhafen „Genostadt morgen“. Die Volks- und Raiffeisenbanken sind die Segelboote, mit denen die Mannschaften vom Ausgangshafen in den Zielhafen gelangen. Die Mannschaften der Segelboote sind die Führungskräfte und Mitarbeiter der Banken, aber auch ihre Mitglieder und Kunden. Gemeinsam bewältigen sie die Segelfahrt auf dem Fluss. Entlang der Szenen auf der Changemap wird im Workshop über die Einführung von Beratungsqualität in der Bank diskutiert. Hierfür sind szenenspezifische Leitfragen vorformuliert.

Szenen der Changemap fokussieren Aufmerksamkeit

Anhand der dargestellten Szene kann eine Gruppe z. B. ihre unterschiedlichen Sichtweisen und Meinungen zur Ausgangssituation in Hinblick auf die Einführung von Beratungsqualität diskutieren. Wie schätzen die Führungskräfte und Mitarbeiter die Voraussetzungen für das Projekt in der Bank ein und welche spezifischen Herausforderungen resultieren daraus für den Projektstart?

Die Boote symbolisieren die unterschiedlichen Ausgangssituationen der VR-Banken oder auch die unterschiedlichen Meinungen zur Umsetzung von Beratungsqualität innerhalb einer Bank: Warum muss ich das Projekt Beratungsqualität gerade JETZT einführen? Der Erfolg der letzten Jahre hat >

> „veränderungsmüde“ gemacht. Aber das Zurücklehnen in der „Eigenkapitalhängematte“ zehrt an der Substanz. Im „Hafen“ liegen kostet Liegegebühren, Nichts zu tun kostet Geld. Andere müssen noch die Voraussetzungen für die Segelfahrt schaffen und ihr Boot entsprechend umbauen. Wieder andere haben bereits ein eigenes System eingebaut und sind damit ganz zufrieden.

Die Changemap besteht aus insgesamt 16 Szenen. Für jede dieser Szenen sind Leitfragen vorformuliert, anhand derer ein spannender und lebendiger Austausch zur Ausgangssituation der Bank, zur Zielsetzung des Projektes sowie den Herausforderungen in der Phase der Umsetzung moderiert werden kann.

Am 03.12.2013 findet in Forsbach eine Informationsveranstaltung über das Konzept der Beratungsqualität-Changemap statt. Hierfür sind Anmeldungen noch möglich.

Ihre Ansprechpartner in der RWGA



Manfred Schlösser
Abteilungsleiter Vertrieb/
Training/Coaching
Telefon: 0251 7186-8401
Manfred.Schloesser@rwgv.de



Sven Langner
Dozent/Trainer Vertrieb/
Training/Coaching
Telefon: 0251 7186-8412
Sven.Langner@rwgv.de

Entscheidungsprozess in Straßburg

Abstimmung über die Fondsregulierung am Parlamentssitz Straßburg



Foto: Europäisches Parlament

Die zwölf Sitzungswochen im Jahr finden im Europäischen Parlamentsgebäude von Straßburg statt. Hier wird über Gesetzesvorhaben debattiert und abgestimmt.

Jeden Monat pendeln die Europa-parlamentarier zur Plenarwoche von Brüssel nach Straßburg. Für den grünen EU-Abgeordneten Sven Giegold ist es diesmal eine besondere Woche: Sein Bericht zur Begrenzung von Gebühren für Investmentfonds (OGAW-Richtlinie) steht zur Abstimmung auf der Tagesordnung des Plenums. Auf Einladung des Europäischen Parlaments begleitete das GB den Entscheidungsprozess des Europäischen Parlamentes vor Ort in Straßburg.

Straßburg. Einmal im Monat schlägt auf den Fluren des Brüsseler Europaparlaments die Stunde der Packer und Umzugshelfer. Kräftige Männer stapeln große Kisten mit Aktenordnern und laden sie in Lastwagen, die sich auf den Weg ins Elsass machen. Auch für den grünen Europaabgeordneten Sven Giegold beginnt der „Wanderzirkus“ nach Straßburg, weil das Parlament dort eine knappe Woche lang über Gesetzesvorhaben abstimmt.

› „Montagabends beginnen in Straßburg die Plenarsitzungen, am Donnerstagnachmittag wird wieder zusammengepackt. Dienstags stoßen die EU-Kommissare hinzu, weil sie ihre wöchentlichen Treffen während der Straßburg-Wochen ebenfalls im Elsass abhalten“, beschreibt der Europaabgeordnete seine monatliche Routine.

Für Giegold ist die Straßburg-Woche im Juli 2013 eine besonders intensive: Sein Bericht zur Begrenzung der Gebühren für Investmentfonds steht zur Abstimmung auf der Tagesordnung des europäischen Parlamentes. Darin werden die detaillierten Anforderungen an Investmentfonds und ihre Verwaltungsgesellschaften geregelt (OGAW-Richtlinie). Eine der genossenschaftlichen Verwaltungsgesellschaften ist die Union Investment, die über die Volks- und Raiffeisenbanken rund 1.100 Fonds vertreibt. Die zur Abstimmung stehende OGAW-Richtlinie würde auch einen Einschnitt für die genossenschaftlich vertriebenen Fonds bedeuten. Für Markus Temme, Pressesprecher der Union Investment, wäre dies nur schwer hinnehmbar: „Die Pläne zur Neugestaltung der Performance Fee sind derzeit unausgewogen. Die Trennung von Fonds- und Gesellschaftsvermögen wird infrage gestellt. Dies könnte im schlimmsten Fall die Existenz von Fondsgesellschaften bedrohen.“

Um dennoch einen Ausgleich zwischen den Interessen zu finden, hat Sven Giegold in den letzten Monaten viel Arbeit investiert: Giegold sprach mit Vertretern aus Fondsindustrie und Verbraucherschutz, um Kompromisse auszuloten. „Britten und Franzosen sind gegen die Grenzen für Boni bei Investmentbankern. Auch die deutsche Fondslobby will von den ertragsbezogenen Gebühren nicht lassen“, beschreibt der Europaparlamentarier die Ergebnisse seiner Gespräche.

Widerstand spürt Giegold auch in Straßburg: Kurz vor der anstehenden Abstimmung im Plenum stellen sich Abgeordnete der konservativen, liberalen und rechtskonservativen Fraktionen gegen die Begrenzung von Fondsgebühren. Giegold sieht dennoch Chancen für eine Mehrheit des Gesetzesvorhabens im Parlament: „Wir Grünen haben in enger Abstimmung mit den Sozialdemokraten eine namentliche Abstimmung im Plenum beantragt. So muss jeder einzelne Abgeordnete Farbe bekennen. Vielleicht können wir damit den kollektiven Wider-



An den meisten Tagen im Jahr nur von Touristen besucht: der Straßburger Plenarsaal des EU-Parlamentes

stand brechen“, erhofft sich der Grünen-Abgeordnete kurz vor der Abstimmung.

Kontroverse Abstimmungen zu Finanzmarktfragen im Plenum des Europaparlaments sind selten geworden, da fast alles auf der Ebene des Ausschusses geregelt wird. Keine Überraschung ist es deshalb, dass Giegolds Antrag Wirkung zeigt. Unterstützung erhält er jetzt auch von Abgeordneten der französischen, niederländischen und österreichischen Konservativen sowie der französischen Liberalen. Doch am Ende reicht es nicht. Mit 341 zu 348 Stimmen missglückt das Gesetzesvorhaben.

Giegold ist enttäuscht. Medienanfragen beantwortet er trocken: „Ein schwarzer Tag für den Anlegerschutz in Europa.“ In den anstehenden Verhandlungen mit dem Rat geht es für ihn jetzt darum, seine Position gegenüber einzelnen Mitgliedstaaten zu verteidigen. Für Union Investment hingegen haben sich die intensiven Gespräche mit den EU-Politikern gelohnt. „Die Ablehnung einer Neugestaltung der Performance Fee durch das Europäische Parlament war richtig. Dies sollte auch vom Europäischen Rat bei seiner Abstimmung berücksichtigt werden“, betont Markus Temme und hat dabei schon die zukünftigen Abstimmungswochen in Straßburg im Blick.

Position

Die OGAW-Richtlinie definiert die speziellen Anforderungen an Investmentfonds und ihre Verwaltungsgesellschaften. Die Mehrheit des Europäischen Parlaments hat sich am 3. Juli 2013 gegen eine Neugestaltung entschieden. Die Union Investment begrüßt diesen Beschluss, da mit dem Gesetzesentwurf die Trennung von Fonds- und Gesellschaftsvermögen infrage gestellt worden wäre.

Hintergrund

Sven Giegold ist finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen im Europaparlament und Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung. Der 43-Jährige ist Mitbegründer von „Attac Deutschland“, „Finance Watch“ und selbst Genosse. 1998 hat er die ökologische Wohnungsgenossenschaft „AllerWohnen eG“ mitgegründet. In Europa gibt es 160.000 Genossenschaften, die Eigentum von 123 Millionen Mitgliedern sind und Arbeitsplätze für 5,4 Millionen Menschen bereitstellen. Genossenschaften tragen durchschnittlich rund 5 Prozent zum BIP der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten bei.

Werben um Genossenschaften

Rückblick auf den Bundestagswahlkampf: Alle Parteien im Parlament stellten sich den Fragen des RWGV

Düsseldorf. Eine Meinung einte die politischen Beobachter im Spätsommer dieses Jahres: Selten war ein Bundestagswahlkampf inhaltsloser und blutleerer als dieser. Für den Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverband war dies im August und September Grund genug, auf die

einer langen Anreise zum Termin in ein Wahlkreisbüro gebeten, in dem ein überforderter Mitarbeiter kleinlaut mitteilte, der Abgeordnete sei nicht da und habe die Vereinbarung zum Interview wohl vergessen. Dabei waren die Antworten durchaus interessant. SPD-Kanzlerkandidat

schiedliche Risiken der Banken auch zu unterschiedlichen Prämien führten. Aus Sicht der Grünen sollten solche bewährten Systeme weitergeführt werden.

Die Diskussion über eine mögliche Abschaffung der genossenschaftlichen Gründungsprüfung bei kleinen Unternehmen klang noch in den Beiträgen der FDP-Politiker nach. So betonte Guido Westerwelle, die Freidemokraten sprächen sich für eine weitere Stärkung der genossenschaftlichen Rechtsform aus, wenn es um die Erleichterung von Gründungen geht. Dagegen betonte sein rheinland-pfälzischer Kollege Volker Wissing, die FDP habe sich von einer Neuregelung im Genossenschaftsrecht distanziert. Wissing warnte außerdem vor einer Überlastung regional tätiger Institute im Rahmen der Regulierung. Bei kleinen Banken könne eine BaFin-Prüfung ein Kostenfaktor sein, der den gesamten Gewinn beansprucht. Dies dürfe nicht passieren.

Für die Linkspartei lehnte die Abgeordnete Sahra Wagenknecht die bedingungslose Rettung von Großbanken ab. Ziel ihrer Partei sei es, den Sparkassen- und Genossenschaftssektor beziehungsweise das Regionalbankprinzip zu stärken und private Großbanken zu vergesellschaften. Alle Interviews der Teilnehmer der



Peer Steinbrück (SPD): „Krisenfestigkeit regional tätiger Genossenschaftsbanken nicht gefährden“



Lobte die Einlagensicherung der Volksbanken und Raiffeisenbanken: Bärbel Höhn (Bündnis 90/Die Grünen)

Debatte Einfluss zu nehmen und den Kandidaten Fragen zu stellen, die aus Sicht der Genossenschaften in Rheinland und Westfalen dringend auf die Tagesordnung gehören. Die Reaktion der Spitzenkandidaten der Parteien in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen waren durchweg positiv und viele waren bereit, dem RWGV Interviews zu geben. Wie unterschiedlich nicht nur die politischen Positionen, sondern auch die Arbeitsweisen der befragten Spitzenkandidaten waren, erlebten die RWGV-Reporter bereits zu Beginn ihrer Rundreise durch Rheinland und Westfalen. Als ob ihm sein erlernter Beruf als Orgelmusiker zupass kommen würde, verstand sich der rheinland-pfälzische FDP-Spitzenkandidat Volker Wissing auf die Kunst der Improvisation. Auch auf spontane Fragen des Redaktionsteams wusste er zu antworten. Außerdem stimmte das Timing seines Einsatzes genau: Trotz stundenlanger Autoanreise erschien er pünktlich zum vereinbarten Termin vor der RWGV-Kamera.

Peer Steinbrück forderte, die Krisenfestigkeit regional tätiger Genossenschaftsbanken dürfe nicht durch eine einheitliche europäische Regulierung gefährdet werden. Hier gehe es beispielsweise auch um die Intensität der Aufsicht und die Anzahl der Prüfungen. Bei der CDU sprach sich Norbert Lammert gegen einen europäischen Haftungsverband der Einlagensicherungen aus. Ziel müsse es sein, die europäischen Partner von dem differenzierten Modell zu überzeugen, nach dem in Deutschland die Einlagen von Bankkunden gesichert seien. Hier gebe es bereits positive Signale. Die Grünen-Politikerin Bärbel Höhn lobte die Einlagensicherung des Bundesverbands der Volks- und Raiffeisenbanken. Diese sei von sehr guter Qualität, weil unter-



Norbert Lammert (CDU) sprach sich gegen Haftungsverband der Einlagensicherungen in Europa aus.



Will den Genossenschaftssektor stärken: Sahra Wagenknecht (DieLinke)

RWGV-Wahlumfrage sind auch nach der Bundestagswahl noch nachzulesen in der Mediathek der RWGV-Homepage.

Christian Fähndrich

Genossenschaftsidee soll UNESCO-Kulturerbe werden

Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung: Die im 19. Jahrhundert in Deutschland begründete Genossenschaftsidee soll Immaterielles Kulturerbe der UNESCO werden. Das wollen die Deutsche Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Gesellschaft und die Deutsche Hermann-Schulze-Delitzsch-Gesellschaft beantragen. „Die Aufnahme der Genossenschaftsidee in das Immaterielle Kulturerbe wäre eine großartige Fortsetzung der Würdigung der Genossenschaften, nachdem die UNO das Jahr 2012 zum ‚Jahr der Genossenschaften‘ ausgerufen hatte“, hoben die Initiatoren bei einer Pressekonferenz hervor. Die Vorbereitungen für den Antrag laufen, die Gesellschaften werben nun um Unterstützer. Auch der Rheinisch-Westfälische Genossenschaftsverband (RWGV) begrüßt das Vorhaben mit Nachdruck. „In diesem Sommer hat das Welterbe-Komitee der UNESCO Schriften von Karl Marx gewürdigt, weil sie weltweiten Einfluss auf soziale Bewegungen gehabt haben“, erinnerte RWGV-Vorstandsvorsitzender Ralf W. Barkey. „Auch die Pioniere des Genossenschaftswesens haben Weltgeschichte geschrieben, weshalb ihre Ideen längst zu unserem Kulturerbe gehören.“

Aus dem politischen Raum gibt es ebenfalls Unterstützung. „Aus allen Fraktionen des rheinland-pfälzischen Landtags kommen positive Signale“, sagte Josef Zolk, stellvertretender

Vorsitzender der Raiffeisen-Gesellschaft. Wirtschaftsministerin Eveline Lemke stehe ebenso hinter der Initiative wie der frühere Ministerpräsident Kurt Beck und Alois Glück, Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Als nächstes müssen die Gremien auf Landes- und Bundesebene einer Nominierung zustimmen. Dann prüft und bewertet die UNESCO die Vorschläge. Noch gibt es kein deutsches Immaterielles UNESCO-Kulturerbe. Deutschland trat erst im Sommer 2013 dem entsprechenden Abkommen bei.

Mitte des 19. Jahrhunderts haben Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818-1888) und Hermann Schulze-Delitzsch (1808-1883) unabhängig voneinander die heute weltumspannende Idee der Genossenschaften entwickelt. Mit der Gründung der ersten gewerblichen Genossenschaft 1849, der Schuhmacherassoziation, hat Schulze-Delitzsch die praktische Umsetzung der Genossenschaftsidee und deren Prinzipien von Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung unter Beweis gestellt. Geprägt vom christlichen Menschenbild und von der Not der Menschen im Westerwald gründete Raiffeisen 1849 den „Weyerbuscher Brodverein“ und legte damit den Grundstein für die ländlichen Kredit- und Waren-genossenschaften.



Foto: RWGV

Friedrich Wilhelm Raiffeisen
(1818–1888)



Foto: RWGV

Hermann Schulze-Delitzsch
(1808–1883)

MünchenerHyp
Die Krone der Baufinanzierung

So wird Finanzieren zum Kinderspiel.

- Zinssicherheit bis 30 Jahre und mehr
- Flexible Tilgungsmöglichkeiten
- Vielseitige Sondertilgungsoptionen

Jetzt Topzins sichern!

Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken

www.muenchenerhyp.de

„Wir müssen uns stärker positionieren“

Dr. Wolfgang Baecker, Herausgeber und Vorstandsvorsitzender der VR-Bank Westmünsterland, spricht über den Erfolg der Genossenschaftlichen Allgemeinen Zeitung



Foto: Joachim Blasch

„Die GAZ ist Plattform für alle genossenschaftlichen Themen“, betont Herausgeber Dr. Wolfgang Baecker.

Seit fast zwei Jahren liefert die Genossenschaftliche Allgemeine Zeitung (GAZ) Informationen nicht nur aus dem Verbund. Im GAZ-Interview zieht Herausgeber Dr. Wolfgang Baecker ein Resümee.

Haben Sie eigentlich ein papierloses Büro?

Dr. Baecker: Nein, ich liebe Papier. Ich gehöre noch zu der Generation, die gerne mit Papier arbeitet. Ich war zwar der Erste, der hier im Hause mit iPad gearbeitet hat und dies auch weiterhin sehr intensiv nutzt. Trotzdem möchte ich Papier nicht missen, allerdings darf man diese wertvolle Ressource auch nicht verschwenden. Deshalb wurden wir gerade von Öko-Profit zertifiziert. Schließlich sind wir eine nachhaltig tätige Bank.

Bleiben wir mal beim Thema Papier: In Deutschland erscheinen 332 Zeitungen. Und jetzt seit zwei Jahren und mit Ihnen als Herausgeber auch die Genossenschaftliche Allgemeine Zeitung in Papierform. Braucht die Welt diese Zeitung?

Dr. Baecker: Die Zeitschrift Landlust ist auch neu entstanden. Und sie ist eines der erfolgreichsten Blätter geworden. Warum soll das nicht auch für die Genossenschaftliche Allgemeine

Zeitung möglich sein? Ich bin sicher: Wenn eine Zeitung oder Zeitschrift interessant und gut gemacht, auf den Leser zugeschnitten ist und außerdem einen Mehrwert bietet, wird sie immer gute Chancen auf dem Markt haben. Mit der GAZ sind wir noch am Anfang, aber jetzt schon sehr zufrieden. Eine gute Zeitung braucht sicherlich einige Jahre, um sich erst einmal zu etablieren. Dass der DG Verlag uns als Vertriebspartner hierbei tatkräftig unterstützt, freut mich natürlich sehr.

Und für die GAZ gilt außerdem: Allein die genossenschaftliche Bankengruppe hat in Deutschland 17 Millionen Mitglieder, das ist schon ein ordentliches Pfund. Aber sagen Sie mir mal, wo sich unsere Gruppe schlagkräftig in der Öffentlichkeit positioniert? Und das muss sie tun, ansonsten wird sie auch nicht gehört und wahrgenommen werden – weder von den Politikern noch von den Kunden. Wir sind anders als andere. Wir wollen auch anders sein. Wir leben auch das Anderssein. Weil wir einen ganz eindeutigen Auftrag haben, nämlich unsere Mitglieder und Kunden zu fördern und die Region dazu. Aber das müssen wir auch darstellen. Und deshalb haben wir – zum Auftakt des Internationalen Jahres der Genossenschaften – die Genossenschaftliche Allgemeine Zeitung ins Leben gerufen. Außer der GAZ kenne ich kein anderes Medium aus dem genossenschaftlichen Bereich, was sich gleichzeitig nach außen an die Politik und Öffentlichkeit und nach innen an die Mitglieder und Kunden richtet und dabei so erfolgreich ist. Und schauen Sie sich mal die Sparkassenorganisation an: Deren Zeitschrift können Sie an jedem Kiosk kaufen; die GAZ immerhin an allen Bahnhofskiosken.

Kommt die inhaltliche Ausrichtung der GAZ gut an?

Dr. Baecker: Auf jeden Fall. Zahlreiche Reaktionen von Mitgliedern, aus dem Verbund und aus der Politik – auch aus Berlin und Brüssel – zeigen: Das kommt gut an. Ebenso der wertige Auftritt und die ausgewogene Mischung aus Service, Hintergrund und Unterhaltung. Das zeigen uns die stetig steigenden Abonnentenzahlen bei den Genossenschaftsbanken und auch die passablen Verkaufszahlen in den Bahnhofsbuchhandlungen.

Eines ist klar: Die GAZ ist eindeutig keine Verkaufsbroschüre. Sie soll aber Genossenschaften im täglichen Tun unterstützen. Nehmen wir beispielsweise das Thema SEPA. Was ist SEPA? Warum zum Beispiel ist SEPA für den Kunden einer Kreditgenossenschaft wichtig? Diese Fragen werden in der GAZ von vielen Seiten beleuchtet. Aber auch Themen wie Bausparen, Fonds oder Ausbildung. Oder Kreditkartensicherheit. Das sind Themen, die meist einseitig von den Verbraucherschützern bearbeitet werden. Mit der GAZ sind wir in der Lage, unsere Sicht der Dinge in die Öffentlichkeit zu bringen.

Sie berichten aber auch über einen Golfball-Taucher oder die Schiffswerft in Papenburg. Was hat das denn mit Genossenschaften zu tun?

>

- **Dr. Baecker:** Erst einmal gar nichts. Muss es auch nicht. Wir haben uns im engen Austausch mit Marketingleitern von Genossenschaftsbanken dafür entschieden, dass den GAZ-Lesern auch attraktive nichtgenossenschaftliche Inhalte zur Unterhaltung geboten werden müssen. Die GAZ hat daher die Rubriken einer Tageszeitung: Politik, Finanzen, Reportage, Sport, Kultur/Gesellschaft, Familie und Kinder, Garten und Küche sowie Uni und Job.

Für die ersten Ausgaben der GAZ galt noch – in Umkehrung des journalistischen Prinzips „Only bad news are good news“ – „Good news are good news“. Inzwischen ist die GAZ ja ein bisschen kritischer geworden. Schlagen Sie jetzt eine neue Richtung ein?

Dr. Baecker: Die gute Nachricht der ersten Ausgabe war: Es gibt Genossenschaftsbanken – und sie sind wichtig und stark. Das haben die Jahre der Finanzkrise gezeigt. Insofern war es auch schon eine starke inhaltliche Positionierung. Wir Genossenschaften haben eben viel Gutes zu berichten – das unterscheidet uns ja von den anderen Bankengruppen. Gerade deshalb erwartet man aber von uns auch stärkere Positionierungen: „Wie steht ihr Genossenschaften zu den Themen der Zeit?“ Hier waren wir in der Vergangenheit viel zu zurückhaltend. Unsere zunehmend kritische Positionierung führt dazu, dass wir ernst genommen werden. Auch von der Politik. Die Bundeskanzlerin gewinnen Sie als Autorin nur, wenn Sie ein kritisches, seriöses und journalistisch eigenständiges Umfeld bieten. Da stehen wir heute. Nicht zuletzt durch die starke Partnerschaft mit dem Landwirtschaftsverlag und Societäts-Medien.

Ist die GAZ eigentlich allein eine Zeitung der Genossenschaftsbanken?

Dr. Baecker: Überhaupt nicht. Die GAZ ist Plattform für alle Themen der genossenschaftlichen Organisation – von den Kreditgenossenschaften über die landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaften bis hin zu den Spitzenverbänden wie BVR, DRV, DGRV und ZGV. Sie alle nutzen die GAZ gerne als Multiplikator, zumal die GAZ auch direkt an alle deutschen EU-, Bundestags- und Landtagsabgeordneten verschickt wird. Darüber hinaus geht sie noch an die wichtigsten Kammern, Vereine und Verbände. Natürlich frei Haus.



Dr. Baecker: „Mit der GAZ sind wir in der Lage, unsere Sicht der Dinge in die Öffentlichkeit und Politik zu bringen.“



Spuckt kilometerweise GAZ-Ausgaben mit einer Auflage von 250.000 Exemplaren aus: die Druckmaschine beim Frankfurter Verlagszentrum

Foto: Marco Lorenz

Sie verteilen auch an die Hochschulen?

Dr. Baecker: Genau, Fachhochschulen und Universitäten mit bundesweit über einer Million Studierende. Damit wollen wir unseren Genossenschaften einen direkten Zugang zu den Hochschulen ermöglichen, um dort Fachkräfte anzuwerben. Und wir wollen den Führungskräften von morgen schon heute zeigen, für was Genossenschaften stehen: für Selbsthilfe und Subsidiarität sowie für ein zeitgemäßes, erfolgreiches Geschäftsmodell mit ganz eigenen Werten und einem hohen sozialen Engagement.

Die GAZ kann von jeder Genossenschaft individualisiert werden, also zur eigenen Kundenzeitung gemacht werden. Wie gut kommt das an?

Dr. Baecker: Bei den Kreditgenossenschaften sehr gut. Wir haben inzwischen 33 Regionalausgaben der GAZ in ganz Deutschland, die von Banken in Auftrag gegeben wurden. Unsere Bank produziert und verteilt ebenfalls eine Regionalausgabe. Das geht ganz einfach. Man nehme die Bundesausgabe der GAZ und fülle mindestens zwei Seiten mit eigenen Themen. Und, das wird die Marketingabteilungen unserer Genossenschaften freuen: Dabei erhalten Sie volle Unterstützung von unserer Chefredaktion beim Landwirtschaftsverlag oder von journalistischen Profis. Dann kommen noch das jeweilige Unternehmenslogo sowie die Anreißer zu den eigenen Themen auf die Titelseite – und fertig ist die eigene GAZ.

Wenn Sie drei Punkte nennen dürften, um Marketingleiter von der GAZ zu überzeugen? Was würden Sie sagen?

Dr. Baecker: Sicher würde ich dem Marketingleiter ein Exemplar geben – falls er die GAZ noch nicht kennen sollte. Das gibt es aber eigentlich kaum noch, denn die Verantwortlichen bekommen für kleines Geld große Nähe zum Kunden und zum Mitglied. Das ist das erste Argument für die GAZ. Zweitens bekommen sie optimale Unterstützung. Dabei können sie sich entweder selbst stark einbringen, oder mit erfahrenen Journalisten kooperieren – subsidiär eben. Und drittens: Sie können sich mit der GAZ wahrnehmbar und erfolgreich in der Öffentlichkeit und Politik positionieren. Diese wertige Plattform bietet kein anderes Medium.

➤

➤ Wenn Sie schon von den Regionalausgaben der GAZ sprechen: Gibt das nicht Stress mit den Zeitungen vor Ort?

Dr. Baecker: Überhaupt nicht. Ich bin höchstpersönlich zu jedem Verleger hier in der Region gefahren und habe ihm die Zeitung in der Bundesausgabe und als ein Beispiel die Regionalausgabe für das Westmünsterland vorgestellt. Die sehen die GAZ überhaupt nicht als Konkurrenz. Denn wir haben keine Kleinanzeigen, wir haben keinen örtlichen Edeka-Markt oder gar Aldi als Anzeigenkunden. Ganz bewusst nicht. Was wir haben, sind Stellen-, Produkt- und Imageanzeigen aus dem Verbund. Und damit stehen wir in keinem Fall im Wettbewerb mit den Zeitungen vor Ort.

Und bei den regionalen Nachrichten sehen die Verleger auch keine Konkurrenz?

Dr. Baecker: Gar nicht. Diskussionen entstanden nur über die Verteilung der GAZ. Denn das ist ein Markt, wo die Verleger Geld verdienen. Und da war jeder interessiert, diese Verteilung mit seiner Logistik durchzuführen.

Und wie war die Reaktion der Zeitungsmacher auf die GAZ?

Dr. Baecker: Gut. Vom Inhalt fanden sie sie ausgesprochen interessant. Vor allem den Gastbeitrag von Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Juli-Ausgabe. Da haben viele gestaunt und anerkennend gesagt: „Dass Sie das hinbekommen haben, dass Frau Merkel Ihnen einen Beitrag zur Verfügung stellt!“ Aber das zeigt mir ja nur: Journalisten und Politiker nehmen die GAZ ernst.



Foto: Joachim Busch

Dr. Baecker: „Ich finde die GAZ ganz ausgezeichnet.“

Inzwischen ist die GAZ ja jetzt auch auf Facebook für jüngere Leute erreichbar. Aber es gibt immer noch keine elektronische Ausgabe. Warum nicht?

Dr. Baecker: Das kommt noch, das diskutieren wir gerade noch mit einem Verbundpartner. Aber seien Sie sicher: Wir werden die GAZ bald auch elektronisch anbieten.

Die GAZ wird als GbR geführt, Sie sind im Moment der alleinige Herausgeber. Soll das so bleiben oder überlegen Sie, stärker mit dem Verbund zusammenzuarbeiten?

Dr. Baecker: Das Einbringen der GAZ dient ja bereits der Stärkung des Verbundes und der Zusammenarbeit. Das haben die ersten Auflagen und die Reaktionen schon bewiesen. Die GAZ ist eine Plattform für das gemeinsame genossenschaftliche Wirken. Ob ein Verleger oder mehrere, ist daher nicht die wichtigste Frage. Aber auf Dauer sind da auch andere Lösungen denkbar. Die GAZ wird sich entwickeln. Ich finde die GAZ ganz ausgezeichnet. Und die rundum positiven Reaktionen unserer Mitglieder und Kunden bestärken uns, weiterzumachen.

Sabine Bömmner und Asmus Schütt



Michael Konken,
Bundesvorsitzender
DJV

»Die GAZ trägt zur Meinungsvielfalt in Deutschland bei.«



Uwe Fröhlich,
BVR-Präsident

»Die GAZ gibt spannende Impulse.«



Manfred Nüssel,
DRV-Präsident

»Das Potenzial der GAZ ist beachtlich.«

Die Genossenschaftliche Allgemeine Zeitung (GAZ) hat eine bundesweite Auflage von 250.000 Exemplaren und erschien zum ersten Mal im Oktober 2011. Anlass war das Internationale Jahr der Genossenschaften. Sie hat das Format der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und wird von deren Verlag auch gedruckt und im überregionalen Teil mit Beiträgen beliefert. Sie erscheint bis zu acht Mal pro Jahr. Die Chefredaktion hat der Landwirtschaftsverlag, den Vertrieb macht der DG Verlag.

Genossenschaften können die Standardausgabe der GAZ für 30 Cent pro Exemplar beziehen. Eine Individualisierung kostet beispielsweise bei 20.000 Exemplaren 6.960 Euro oder bei 100.000 Exemplaren 9.584 Euro. Damit sind Redaktion, Layout, Druck und Anlieferung abgedeckt. Hinzu kommen noch die Kosten für die Verteilung in die Haushalte.

Ansprechpartner: Jens-Henrik Hübner, Marketingleiter der VR-Bank Westmünsterland, Telefon 02541 13-247

Ganz entspannt: Mit 30 Jahren Zinssicherheit

Ein Unternehmen der WGZ BANK-Gruppe

Freuen Sie sich - denn die WL BANK gibt Ihnen und Ihren Kunden jetzt eine besondere Möglichkeit zu einer stärkeren Partnerschaft. Bieten Sie Ihren Kunden Planungssicherheit mit unserer neuen **30-jährigen Zinsbindungsfrist**. Ihre Kunden profitieren so dauerhaft von den historisch niedrigen Zinsen und Sie von einer langfristigen Kundenbindung.

Nutzen Sie auch unsere Vertriebsunterstützung:

- **Plakat**
- **Werbebanner und Inhaltsseiten für Ihre Website**
- **Werbung für Ihre SB-Geräte**
- **Spot für Ihr Infotainment-System**

Testen Sie unsere Leistungsfähigkeit!
Sprechen Sie mit Ihrem Regionaldirektor.
WL BANK Münster | Berlin | Düsseldorf | München

Hauptsitz:

Sentmaringer Weg 1, 48151 Münster
Tel. 0251 4905-0, Fax 0251 4905-5555

Repräsentanz Düsseldorf:

Ludwig-Erhard-Allee 20, 40227 Düsseldorf
Tel. 0211 210942-0, Fax 0211 210942-5792
info@wlbank.de, www.wlbank.de, www.vr-bankenportal.de



Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken



WL BANK

Diskussionsveranstaltung mit Steffen Kampeter im RWGV



Diskussionsveranstaltung mit Steffen Kampeter im RWGV

Münster. Eine gute Gelegenheit, um bei der Bundesregierung für die Belange der Genossenschaften in Deutschland zu werben, bot sich dem RWGV am 27. August. Die CDU Münster hatte den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesfi-

nanzministerium Steffen Kampeter zu einer Diskussionsrunde in die Aula des RWGV geladen. Vorstandsmitglied Siegfried Mehring nutzte seine Begrüßungsrede, um die rund 60 teilnehmenden Parteimitglieder über die Vielfalt der Genos-

schaften und ihre Bedeutung für die soziale Marktwirtschaft zu informieren. Mit Blick auf die Genossenschaftsbanken setzte er klare Akzente in Richtung Bundesregierung, die bestehende Sicherungseinrichtung zu bewahren und einer Enteignung der genossenschaftlichen Sparerinnen und Sparer vorzubeugen. Aufmerksam folgten die Hörer seinen Ausführungen zu den überproportionalen Belastungen von Genossenschaftsbanken und der Diskriminierung von Verbundstrukturen durch die aktuellen regulatorischen Entwicklungen. Vielen Parteimitgliedern waren diese bislang nicht bekannt.

Steffen Kampeter dankte dem RWGV nicht nur für seine Gastfreundschaft, sondern betonte in seinen Ausführungen über die Fortentwicklung der sozialen Marktwirtschaft auch die Bedeutung der genossenschaftlichen Rechtsform. Im Bild diskutieren (v. rechts): Steffen Kampeter, Siegfried Mehring, Josef Rickfelder, Kreisvorsitzender der CDU Münster, Dr. Ulrich Möllenhoff, Geschäftsführer ADM Steuerberatungsgesellschaft mbH, und Sybille Benning, Bundestagskandidatin der CDU Münster.

Genossenschaftsbanken positionieren sich gegenüber CDU-Mittelstandsvereinigung



Landesdelegiertenkonferenz der CDU-Mittelstandsvereinigung in Lüdenscheid

Lüdenscheid. Am 31. August 2013 kamen die Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU in Nordrhein-Westfalen zur Landesdelegiertenversammlung zusammen. Unter den Teilnehmern waren zahlreiche Landes- und Bundespolitiker der Partei, darunter der NRW-Landesvorsitzende Armin Laschet

sowie rund 250 Unternehmerinnen und Unternehmer. Die Volksbank im Märkischen Kreis eG und der RWGV nutzten die Gelegenheit, mit Unternehmern und Politikern ins Gespräch zu kommen. Auf unserem Bild diskutieren Dr. Carsten Linnemann, Mitglied des Bundestages, (ganz links), Ina Scharrenbach, Mitglied des

Landtags und stellvertretende CDU-Landesvorsitzende (2. v. links) und Dr. Josef Schlarmann, MIT-Bundvorsitzender (rechts, halb verdeckt), mit Anja Hillmeister, Abteilungsdirektorin Mittelstand der Volksbank im Märkischen Kreis, und Asmus Schütt, RWGV. Wichtigster Tagesordnungspunkt der Versammlung war die Neuwahl des Vorsitzenden. Nach knapp 20 Jahren an der Spitze der Mittelstandsvereinigung der CDU NRW trat Hartmut Schauerte nicht wieder zur Wahl an. Seine politische Laufbahn führte Schauerte vom Kreistag des Kreises Olpe über Landtag und Bundestag bis ins Amt des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium, das er von 2005 bis 2009 innehatte. Von 1998 bis 2006 war Schauerte zudem Präsident des RWGV bzw. des WGV. Zu seinem Nachfolger als Vorstandsvorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU NRW wurde der Landtagsabgeordnete Hendrik Wüst mit einem Ergebnis von 92 Prozent gewählt.

Bankenregulierung: Bezirkstagung Trier diskutierte mit Politikern

Trier. Die Bezirkstagung hatte eingeladen und viele kamen: Elf Landtags-, Bundestags- und Europaparlamentsmitglieder sowie der Staatssekretär im Finanzministerium Rheinland-Pfalz, Dr. Salvatore Barbaro, führten am 13. September 2013 mit den Vorständen der Genossenschaftsbanken der Region und dem Vorstandsvorsitzenden des RWGV, Ralf W. Barkey, einen ausführlichen Meinungs- und Gedankenaustausch. Im Mittelpunkt standen die Themen der Bankenregulierung, aber auch Aspekte der regionalen Wirtschaftspolitik wurden besprochen.

Neben klaren Worten der Wertschätzung und politischen Unterstützung zeigten sich insbesondere mit Blick auf das Europaparlament grundsätzliche Auffassungsunterschiede. Insbesondere bei der Frage, ob der europäische Normengeber den Gedanken der doppelten Proportionalität hinreichend berücksichtige, wurden deutlich abweichende Positionen erkennbar. Dabei ging es nicht um eine Einschätzung, ob das Glas halb voll oder halb leer ist. Vielmehr wurde offenbar, dass die Bewertung des bisherigen Regulierungsergebnisses auf jeweils grundsätzlich unterschiedlicher Basis erfolgt. Hier die Sicht des EU-Abgeordneten, der perma-



Norbert Friedrich, Vorstand Volksbank Trier, (1. v. links) und Michael Hoeck, Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Volksbank Raiffeisenbank in Wittlich (3. v. links) leiteten die Diskussion. Ralf W. Barkey, Vorstandsvorsitzender des RWGV (Mitte), führte mit einem Vortrag ins Thema ein. Im Hintergrund RWGV-Bankenbetreuer Thomas Krämer



Dr. Salvatore Barbaro, Staatssekretär im Finanzministerium Rheinland-Pfalz.



Landtagsabgeordneter mit Jahresbericht des RWGV: Michael Billen

regungssysteme wie in Deutschland aufgebaut werden und keine Quersubventionierung von riskanten Geschäftsmodellen durch solide erfolgt. Ebenso kontraproduktiv sei das Einzahlen aller Banken in einen Bankenabwicklungsfonds. Wo heute sogenannte systemrelevante Akteure von Staatsgarantien profitierten, dürften sie morgen keine Wettbewerbsvorteile mittels Absicherung durch nachhaltig wirtschaftende Genossenschaftsbanken erfahren. Die Moral-Hazard-Problematik muss endlich gelöst werden.

Asmus Schütt

ment Mandatsträgern aus anderen Ländern das spezielle Modell der deutschen Genossenschaftsbanken erläutern und jede Ausnahme vom Bezug zu kapitalmarktorientierten Strukturen erkämpfen muss. Dort die Sicht der Genossenschaftsbanker, die wissen, dass die Stabilität des Genossenschaftssektors systembedingt und nicht zufällig ist, die unter Hinweis auf das Too-big-to-Fail staatliche Stützung von Wettbewerbern erlebten und nun regulatorische Verschärfungen verarbeiten müssen, die in keiner Weise risikoangemessen sind. Oder in anderen Worten: Beide Seiten schauen in dasselbe Fernglas, nur an unterschiedlichen Enden.

Kern der Kritik war die Regulierungsarbitrage, die sich darin bemisst, dass „am Ende die von Staatshilfe am Leben gehaltenen Wettbewerber durch die Regulatorik im Namen der Stabilität und des Verbraucherschutzes auch noch zusätzliche, gewissermaßen staatlich sanktionierte Vorteile gewinnen“, wie Ralf W. Barkey die Kritik pointiert formulierte.

Klare Unterstützung signalisierten alle anwesenden Politiker mit Blick auf die anstehenden Regelungen bezüglich Banken abwicklungsfonds und Einlagensicherung im Rahmen der europäischen Bankenunion. Einigkeit bestand darin, dass mehr Sicherheit für den Verbraucher nur erreicht werden könne, wenn in allen Ländern Europas ähnlich leistungsfähige Einlagensiche-

GenoKolleg-Schüler unter den Besten



Im Rahmen einer Feierstunde in Billerbeck ehrte die IHK Nord Westfalen die Prüfungsbesten des Abschlussjahrgangs 2013. Mit der Traumnote „Sehr gut“ hatten auch vier Schülerinnen und Schüler vom GenoKolleg ihre Abschlussprüfung im vergangenen Winter und Sommer vor der IHK erfolgreich abgeschlossen. Dies waren: Sofia Horstmann, Raiffeisen Lüdinghausen; Benjamin Heim, Volksbank Senden; Kevin Kranefeld, Raiffeisen Lüdinghausen; Michael Schütte-Nütgen, Raiffeisen Lüdinghausen.

Geistesverwandt und doch fremd

Was hat Social Entrepreneurship mit Genossenschaften zu tun?



Foto: Roman Mensing

Engagiert für die Nahversorgung in Welbergen: Mitglieder, Mitarbeiter und Freunde der örtlichen Dorfladen-Genossenschaft

Das Berufsbild des Sozialunternehmers ist keine Chimäre. Es könnte Genossenschaften Wachstumsbereiche erschließen, findet Dr. Nicole Göler von Ravensburg, Professorin für Sozialökonomik an der Fachhochschule Frankfurt, die Autorin dieses Beitrags.

Das Phänomen des Social Entrepreneurship

In absolut lichtlosen Räumen werden Besucher in kleinen Grup-

pen von blinden Mitarbeitern durch Ausstellungsräume geführt. Die Ausstellung besteht aus unterschiedlichen Alltagssituationen, die ohne Augenschein eine vollkommen neue Erlebnisqualität bergen und alle Sinne ansprechen. Die blinden Führer werden zu „Botschaftern einer Kultur ohne Bilder“. Solche und andere Erlebnisse vermitteln die Ausstellungen der weltweit tätigen Social-Franchise-Unternehmung „Dialogue in the Dark“, die schon seit 1988 existiert. Seit 2005 gibt es in Frankfurt auch das Dialog-Museum. Dort verfolgt man das Ziel, „Bewusstsein und Toleranz für Andersartigkeit in der Gesellschaft zu wecken und die gesellschaftliche Integration von sozial benachteiligten Menschen voranzubringen“.

Dieses Beispiel, wie etwa 1.700 weitere Beispiele, zeugen davon, dass unternehmerisches Denken zu innovativen Lösungen für soziale Probleme führen kann.

Die Begriffe Social Enterprises und Entrepreneurship haben ihren Ursprung in Entwicklungsländern, wo der Wohlfahrtsstaat schwach ausgeprägt ist. Über die Vereinigten Staaten von Amerika fanden sie in den letzten 25 Jahren auch nach Europa. In Deutschland haben die Mercator Stiftung, die Vodafone Stiftung und die Siemens Stiftung erst vor etwa 10 Jahren die Debatte um

Social Entrepreneurship und Social Enterprises eröffnet. Dafür ist das sie begleitende mediale Echo sehr beachtlich. Zur Popularisierung von Social Enterprise Konzepten tragen internationale Förderorganisationen wie ASHOKA, Schwab Foundation und bonventure und die deutsche startsocial bei. Ihr Förderkonzept besteht aus Wettbewerben, Coaching, Beratung und Vernetzung neuer Sozialunternehmer durch sogenannte Fellows oder Multiplikatoren. Die Ideen werden meist über Gründerpersönlichkeiten wie Mohammad Yunus oder den Gründer von

>

- > „Dialog im Dunklen“, Andreas Heinecke, transportiert. Von Kollektivgründungen ist seltener die Rede, obgleich auch am Beginn genossenschaftlicher Unternehmungen häufig starke Persönlichkeiten stehen, denn die Fähigkeit, Selbsthilfe und Kooperation in einer Gruppe zu initiieren, haben nur wenige. Ein Beispiel sind die Elektrizitätswerke Schönau eG, die erste Energiegenossenschaft Deutschlands, und ihre Mitbegründerin Ursula Sladek. Sie wurde 2008 – sehr prestigeträchtig – als ASHOKA Fellow aufgenommen und mithin zu einer weltweiten Multiplikatorin dieses Unternehmenskonzeptes. In diesem Jahr wird Ursula Sladek auch als eine von zwei Personen mit dem Umweltpreis der Bundesstiftung Umwelt ausgezeichnet.

Begriffliche Unschärfe tut Popularität keinen Abbruch

Wie kommt eine Energiegenossenschaft dazu, als Social Enterprise zu gelten? Der internationale Konsens bezeichnet Social Enterprises als Unternehmen, die im Hauptzweck ihres wirtschaftlichen Handelns eine gesellschaftliche Mission verfolgen, sich „innovativ, pragmatisch und langfristig für einen wesentlichen, positiven Wandel einer Gesellschaft einsetzen“, also metaökonomische Oberziele verfolgen. Damit umfasst das Konzept breitere Bereiche als die, die wir in Deutschland klassischerweise als „sozial“ bezeichnen würden. Allen Social Enterprises gemeinsam ist allerdings das unternehmerische Herangehen und eine „Double Bottom Line“ für das gesamte Unternehmen. Das bedeutet, dass ihre strategische Ausrichtung sowohl die finanzielle als auch die soziale Rendite berücksichtigt. Wie viel von einem oder anderen erreicht werden soll, variiert von Social Enterprise zu Social Enterprise, weshalb die Grenzen des Phänomens zur Erwerbs- respektive Gemeinwirtschaft aus der makroökonomischen Perspektive betrachtet eher fließend sind. Auch kann man nicht an Rechtsformen festmachen, welche Organisationen dazugehören und welche nicht. Die jeweilige Einordnung für Social Enterprises ist stark von nationalen Institutionalisierungen der Verantwortung für Wirtschaftswachstum und wohlfahrtliches Handeln abhängig.

Etwas griffiger ist das Phänomen des Social Entrepreneurship. Hierunter wird gemeinhin vereins- oder gesellschaftsrechtlich institutionalisiertes, innovatives Handeln mit wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen verstanden. Der englische Begriff reicht also über das routinemäßige unternehmerische Handeln hinaus, ein Grund, warum er auch in Deutschland gerne benutzt wird. Andererseits zeigt sich, dass gerade von den Wohlfahrtsverbänden und den ihnen angeschlossenen klassischen Sozialunternehmen über die letzten drei Jahrzehnte etwa 900 Sozialunternehmen insbesondere im Beschäftigungs- und Integrationsbereich gegründet wurden. Hierfür wird oft der analoge Begriff des Social Intrapreneurship benutzt.

Neue Wege in der Finanzierung

Soziale Unternehmen achten sehr auf mediale Präsenz, um externe Ressourcen wie ehrenamtliche Mitarbeit, Spenden und Investoren anzuziehen. Sie brauchen diese nicht der Marktlogik unterliegenden Ressourcen, um die niedrigere Produktivität ihrer Mitarbeitenden betriebswirtschaftlich auszugleichen oder ihre Dienste oder Produkte zu Preisen abzugeben, die ihre Ziel-

gruppen sich leisten können. An öffentliche Leistungsentgelte für gesetzlich geregelte, personenbezogene soziale Dienstleistungen kommen fast nur die älteren Sozialunternehmen heran. Die jüngeren Sozialunternehmen finanzieren sich eher über eine Mischung aus Nutzerentgelten der Privaten, Projektzuwendungen der Länder oder des Bundes und der modernen Finanzierungsinstrumente wie Venture Philanthropy Funds oder Social Impact Investments. Für Letzteres hat sich inzwischen auch in Deutschland (mit Ausnahme einer eigenen Börse und der Social Investment Advisors) eine breite Palette an Kapitalmarktinstitutionen entwickelt, für die es jeweils Entsprechungen in den klassischen Kapitalmärkten gibt.

In der Anfangsphase sind Sozialunternehmer zudem oft darauf angewiesen, ihre Fachkompetenz zu nutzen, um über Beratungsdienstleistungen ihr Kerngeschäft zu subventionieren. Genauso ergeht es oft auch Gründern von Sozialgenossenschaften.

Bestandsaufnahme genossenschaftlicher Sozialunternehmen

Anders als noch in den achtziger und neunziger Jahren, als Staat und Wohlfahrtspflege die steigenden Arbeitslosenzahlen als Anlass für die Gründung von Beschäftigungs- und Integrationsfirmen nahmen, entstehen Social Enterprises heute meistens auf Initiative von Einzelpersonen und kleinen Gruppen. Theoretisch wären viele sozialunternehmerische Ideen auch genossenschaftlich zu verwirklichen. Ein besonders rasch wachsendes Beispiel mit hoher Replizierbarkeit ist die Social-Franchising-Initiative CAP. CAP kommt von Handicap, der englischen Bezeichnung für Benachteiligung, und ist eine Supermarktkette, in der Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam arbeiten. Kleiner, aber zahlenmäßig mittlerweile auch nicht mehr zu übersehen, sind genossenschaftliche Dorfläden, Nachbarschafts- und Regionalprojekte.

Insgesamt allerdings ist die Zahl der als Genossenschaft eingetragenen Sozialunternehmen noch verhältnismäßig klein. So schätzte die Bank für Sozialwirtschaft ihre Zahl im Jahr 2010 auf rund 100. Im Jahr 2011 sind laut DZ Bank weitere 29 und 2012 rund 35 gegründet worden. Dabei berücksichtigt die statistische Kategorie Sozialgenossenschaft lediglich gemeinnützige Gründungen bzw. Gründungen, deren Mitglieder gemeinnützig sind. Zählt man hingegen auch Dorfläden, Genossenschaften selbstständiger sozialer Fachkräfte sowie einige Wohnungs- oder Konsumenten-Beratungsgenossenschaften, die bewusst und im Sinne von Social Entrepreneurship auf einen signifikanten Gemeinwohlbeitrag abzielen, kommt man für das Jahresende 2012 auf etwa 250–270 Sozialgenossenschaften. Das heißt, es zeigt sich auch bei den Sozialgenossenschaften jüngst ein gesundes Wachstum. Allerdings haben bislang meist nur die Franchise-Organisationen, die Sekundärgenossenschaften der Behindertenwerkstätten, die Verwaltungsgenossenschaften sozialer Einrichtungen und einige ältere Senioren- und Wohnungsgenossenschaften signifikante Umsätze erreicht, während die meisten jüngeren Sozialgenossenschaften (noch) eher klein zu sein scheinen.

Warum wählen nicht mehr Sozialunternehmen die genossenschaftliche Rechtsform?

Nach wie vor „entdecken“ allerdings die wenigsten Sozial- >

Institution im sozialen Kapitalmarkt	Entsprechende Institution im traditionellen Kapitalmarkt	Beispiele von Marktteilnehmern in Deutschland
Value Bank (Geschäftsbank mit Ausrichtung auf den Sozialektor oder Impact Investment Fonds kommerzieller Banken)	Geschäftsbank	GLS Bank, Umweltbank Impact Investment Fund der Deutschen Bank
Social-Investment-Advisor	Investmentbank	(Internationale Beispiele: Big Society Capital, Bamboo Finance)
Sozialbörse	Börse	(Internationale Beispiele Nexli, Asian Social Stock Exchange)
Venture-Philanthropy-Fonds	Venture-Capital-Fonds	BonVenture, Acumen Fund
Social-Investment-Fonds	Investment-Fonds	Convivatus Social Capital (Schweiz) Social Venture Fund
Philanthropische Plattform	Crowdfunding-Plattform	BetterPlace, Socential

> Entrepreneurere die Rechtsform der Genossenschaft. Fallbeispiele legen nahe, dass die Gründer von Sozialgenossenschaften auffällig häufig von Kindesbeinen an mit dieser Rechtsform vertraut sind. Entrepreneurere ohne diese Prägung ebenfalls zu erreichen, stellt eine gewisse Herausforderung dar. Ein Grund hierfür ist im Mangel an „auf Gesellschaft referierender Selbstlegitimierung“ zu sehen, wie es die Mercator-Forscher bezeichnen. Eine solche war zu Zeiten Raiffeisens und Schulze-Delitzschs, ja bis zum Nationalsozialismus im genossenschaftlichen Sektor deutlich erkennbar. Spätestens seit den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts wurde sie jedoch nicht mehr aktiv vermittelt. Im Sozialbereich gibt es zwar eine schleichende Erodierung von Standards. Aber einmal abgesehen von dem, was im Zuge des Mangels an Pflegekräften und Erzieherinnen geschieht, ist für den Wähler gegenwärtig (noch) keine drastische Veränderung auszumachen. Es wird vermutet, dass für fundamentalere institutionelle Reformen in diesem Bereich mindestens so starke Impulse nötig wären, wie das für die Energiewende der Fall war. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass auch weiterhin eine Politik der kleinen Schritte gefahren werden wird. In der Zwischenzeit sehen sich neue Leistungserbringer wie Sozialunternehmen und -genossenschaften einem gehörigen Legitimierungsdruck gegenüber. Denn zumindest für die, die die Dienste nicht beanspruchen, scheint das Sozialsystem alles in allem ja gut zu funktionieren. Da fragt sich natürlich, weshalb die freie Wohlfahrtspflege „Konkurrenz“ bekommen soll. Die Tatsache, dass es in Deutschland, anders als in anderen europäischen Ländern traditionell keine enge Zusammenarbeit zwischen dem Genossenschaftssektor und den Organisationen der freien Wohlfahrtspflege gibt und dass Letztere immer mehr unter Kostendruck geraten, ist hier nicht hilfreich. Aber auch Sozialunternehmer, gleich ob Betroffene, Angehörige von Betroffenen oder desillusionierte ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der freien Wohlfahrtspflege müssen sich heute die Vorteile der genossenschaftlichen Rechtsform mühsam erschließen. Zwar kann man der eG ein großes Potenzial

zum Aufbau und Erhalt von Sozialkapital bescheinigen, was sich im Sozialbereich sowohl wegen der hochgradigen Wissensbasierteit personenbezogener Dienstleistungen als auch wegen des hohen Bedarfes an Integration, den sozialräumliche Aktivitäten mit sich bringen, letztlich auch positiv auf die Betriebswirtschaft auswirken kann. Aber in Ermangelung von Blueprints muss dieses Potenzial bislang zumeist noch im Learning-by-doing-Verfahren von jedem einzelnen Gründer entdeckt werden. Ohne ausreichende unternehmerische Kompetenz, und die ist gerade unter sozialen Fachkräften Mangelware, wird also aus rein betriebswirtschaftlichen Gründen kaum ein Impetus zur Gründung entstehen. Andererseits werden diejenigen Charakteristika, die Genossenschaft essenziell auszeichnen, nämlich Partizipationschancen, Demokratiegehalt, Solidarisierungs- und Selbsthilfepotenzial gegenwärtig nicht ausreichend breit und glaubhaft kommuniziert. Nur wenn die Wahl dieser Rechtsform zur gesellschaftlichen Legitimierung der metaökonomischen Motivation der Gründer von Sozialunternehmen beiträgt, wird die eG für sozialunternehmerische Aktivitäten attraktiv.

Was könnte getan werden?

Wollte man mehr sozialunternehmerisches Handeln in genossenschaftlicher Rechtsform erreichen, gälte es, zeitnah mehrere Maßnahmen zu ergreifen. Zunächst ließe sich einiges von den in Deutschland tätigen Förderern von Sozialunternehmen lernen. Start social oder ASHOKA machen sehr schön vor, wie man mit einer Mischung aus medial unterstützter Lobbyarbeit, Vernetzung, Wettbewerben, Beratung und Coaching seitens erfahrener Unternehmen kleine Start-ups genauso fördern kann wie großkalibrige Sozialunternehmen. Allerdings sollte den Indikatoren, die die Förderer an die von ihnen ausgewählten Projekte anlegen, kritisch begegnet werden. Nicht immer werden nämlich die in der professionellen sozialen Arbeit schon lange stattfindenden Methodendiskussionen zur Wirkungsmessung berücksichtigt.

> Manchmal steht die mediale Wirkung zu sehr im Vordergrund. Vor dem Hintergrund der Dominanz der freien Wohlfahrtspflege in der Erbringung individueller sozialer Dienstleistungen und insbesondere in der Beschäftigungsintegration, scheint es darüber hinaus, als ob es neuer Wege bedarf, gezielt Entrepreneure anzusprechen, die selbst aus dem Handlungsfeld kommen, also Professionelle der sozialen Arbeit. Um dies zu befördern, sollte sowohl in der Verbändelandschaft als auch unter Genossenschaftswissenschaftlern mehr Auseinandersetzung mit dem Entwicklungsstand, den Perspektiven und Methoden sozialunternehmerischen Handelns erfolgen. Angesichts der Skepsis, mit der Führungspersonen der Freien Wohlfahrtspflege auf Bundesebene sich zu jeder Form von Social Entrepreneurship außerhalb ihrer Reichweite äußern, wäre eine Annäherung zwischen Genossenschaftssektor und freier Wohlfahrtspflege allerdings von vornherein regional oder lokal anzulegen. Das entspricht auch dem Subsidiaritätsprinzip, das hier wie da ausgeprägt ist. Demgegenüber scheint es, als könnten Gründungen, die aus gemeinwesenorientierter Verantwortung herrühren, wie bspw. Dorfladengründungen oder Gründungen zum Erhalt von Kulturgütern und Freizeitangeboten durchaus genügend sozialunternehmerische Expertise mobilisieren. Die Zahl und betriebswirtschaftliche Nachhaltigkeit derartiger Initiativen ließe sich durch Intrapreneurship aus landwirtschaftlichen, gewerblichen und Kreditgenossenschaften heraus weiter erhöhen. Die Gründungswelle bei den Energiegenossenschaften könnte hier gedanklich Pate stehen, wofür zeitnahe empirische Forschung zu Motiven und Entstehungsbedingungen sicherlich hilfreich wäre.

Fazit

Mit der Engagement-Strategie der Bundesregierung sowie verschiedentlich auf Landesebene wird gegenwärtig diskursiv und unter Beteiligung der Wohlfahrtsverbände an der institutionellen Rahmung sozialunternehmerischer Aktivitäten von morgen gearbeitet. Dabei stützen sich die Wohlfahrtsverbände in ihrer

Argumentation gegen Veränderungen auf Erkenntnisse der Mercator-Studie zu ihrer anscheinend regen Intrapreneurship. Die Genossenschaftsbewegung scheint an diesen Diskussionen bislang nicht beteiligt zu sein. Anders als in Italien bspw. und vielleicht auch aus guten Gründen hat sie sich nicht an die Speerspitze der Social Enterprise Bewegung gesetzt, obgleich unbestritten ist, dass große Teile des Genossenschaftssektors nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch heute gesellschaftliche Ziele verfolgen und metaökonomische Wirkungen weit über die Mitgliederkreise einzelner Genossenschaften hinaus realisieren. Gerade weil dem so ist, könnte es an der Zeit sein, dass die deutsche Genossenschaftsbewegung langsam auch Stellung bezieht. Die Genossenschaftsverbände haben eine gute Chance, sich konstruktiv in Diskussionen zu Kriterien und Wegen für die Anerkennung von Sozialunternehmen einzubringen, denn die genossenschaftliche Organisationsform wird von vielen Diskutanten schon lange als eine, wenn nicht die Ursprungsform sozialunternehmerischen Handelns anerkannt. Sie sollten die sich auf Bundesebene bietenden Gelegenheiten hierfür ergreifen, wie zum Beispiel das Multistakeholder Forum „Förderung und Verbreitung von sozialen Innovationen in Deutschland“, das das Bundesfamilienministerium regelmäßig organisiert. Denn nur so können sie künftigen genossenschaftlichen Intra- und Entrepreneurship-Initiativen ein Level-Playing-Field mit den Ausgründungen aus der freien Wohlfahrtspflege und anderen neugegründeten Sozialunternehmen ermöglichen und verhindern, dass sich die genossenschaftliche Rechtsform auf absehbare Zeit für sozialunternehmerische Aktivitäten disqualifiziert. Selbst wer sich der Verführung staatlicher Anreizinstrumente nicht anheimgeben möchte, wird zustimmen, dass es darum gehen muss, zumindest im Hinblick auf Zugang zu (privaten) Finanzmärkten und die steuerrechtliche Behandlung der sozialunternehmerisch relevanten Gesellschafts- und Organisationsformen für Chancengleichheit zu sorgen.

Prof. Dr. Nicole Göler von Ravensburg

Anzeige

GEMEINSAM FINANZIEREN – GEMEINSAM PROFITIEREN.



Mit unseren **IMMO META-Produkten** bieten wir Ihnen ein umfassendes Angebot für die **Zusammenarbeit in der gewerblichen Immobilienfinanzierung**. Ob Sie sich an einem **abgeschlossenen Kreditgeschäft der DG HYP** beteiligen oder wir Sie bei einer **Finanzierung Ihres mittelständischen Immobilienkunden** unterstützen: **Gemeinsam** sind wir **stark und erfolgreich** in der Marktbearbeitung, erschließen zusätzliches Geschäft und teilen Risiko und Ertrag. Sprechen Sie uns an.

Smartboard statt Kreidetafel

Westerwald Bank und WGZ Bank fördern das Gymnasium „Raiffeisen-Campus“



Foto: Raiffeisen-Campus

Sie tragen den Schriftzug ihrer Schule stolz auf der Brust: die Lerner des Raiffeisen-Campus im Westerwald.

Wirges. Für einen Augenblick ist man irritiert. „Liebe Lernende, schön, dass ihr da seid!“, begrüßen die Klassenleiter Kathrin Bittger und Gerd Schenkelberg die Kinder der fünften Klasse. An ihrem ersten Schultag machen die 52 Jungen und Mädchen die Augen groß vor Aufregung, Anspannung und Freude. Schüler sind sie, aber auf dem Raiffeisen-Campus werden sie Lernende genannt. Hier, im Ganztagsgymnasium im Westerwälder Wirges, ist einiges anders als anderswo. Vor zwei Jahren startete die Privatschule. Mit Erfolg. Die Nachfrage ist enorm. „Schnell gab es mehr Anmeldungen als Plätze. Wir sind sehr zufrieden“, sagt der Schulleiter Bernhard Meffert, um gleich zu ergänzen: „Aber das sind nur nackte Zahlen. Schön ist, dass die Kinder, Eltern und Lehrer stolz sind, Teil dieser Schule zu sein.“

Ein innovatives Ganztagsgymnasium in genossenschaftlicher Trägerschaft. Das ist in Rheinland-Pfalz einzigartig und kommt an im Westerwald, der Heimat von Genossenschaftsgründer Friedrich Wilhelm Raiffeisen. „Uns ist wichtig, dass sich die Lernerinnen und Lerner zu frei denkenden, verantwortungsbewussten Persönlichkeiten entfalten. Wir verfolgen ein praxis- und leistungsorientiertes sowie wertebewusstes Lehr- und Lernkonzept“, erklärt Meffert das pädagogische Profil, das sich an christlichen Werten und Gedanken von Raiffeisen orientiert. Da ist es schon wieder: Lernerinnen und Lerner. Für Außenstehende ungewohnt, aber „Schüler“ klingt dem Team vom Raiffeisen-Campus zu sehr nach Schule alter Machart. Selbstverantwortung und Selbstorganisation – die Ideen des Namensgebers zeigen sich im Stundenplan: Eigene Arbeitsphasen, Lernzeit genannt, und Fachunterricht wechseln sich ab. Mittags essen alle gemeinsam und nach einer ausgiebigen Pause stehen auch am Nachmittag Unterricht,

Lernzeit und Hobbys an. „Wir denken vom Lerner her und nicht an seiner Stelle.“ Das ist dem Schulleiter, der Englisch, Theologie und Sozialwissenschaft unterrichtet, wichtig. „Was bringt es, den ‚Panther‘ von Rilke oder die ‚Glocke‘ von Schiller zwar aufsagen zu können, was durchaus sinnvoll ist, aber mit dem Inhalt des Gedichtes nichts anfangen zu können? Erst wenn beides zusammen kommt, Wissen und Kompetenz, darf man das Ergebnis zu Recht Bildung nennen“, ist sich Meffert sicher.

Unterstützer im Westerwald

Bildung. Das ist das Stichwort. „Bildung ist Grundvoraussetzung dafür, dass junge Menschen ihr Leben selbst in die Hand nehmen können. Dabei liegt uns die Zukunft der Jugendlichen hier in der Region besonders am Herzen“, erläutert Wilhelm Höser, Vorstandssprecher der Westerwald Bank. Von Anfang an unterstützt das Genossenschaftsinstitut den Raiffeisen-Campus und hat zwei Stipendien übernommen. Da das junge Gymnasium in den ersten Jahren keine staatliche Unterstützung erhält, finanziert sich der Campus unter anderem durch Spenden der Eltern. 190 Euro sind es im Monat. „Die Zahlung ist aber kein Aufnahmekriterium. Das würde auch nicht zu unserem Profil passen“, stellt Dr. Jens Feld, Vorstand der Genossenschaft, klar. Wo die Spende nicht möglich ist, helfen Stipendien. Wie die von der Westerwald Bank. Als Nachfolgerin der ersten Raiffeisen-Gründungen sieht sich die Bank besonders in der Pflicht: „Auch Raiffeisen ging es besonders um die Bildung der ländlichen Bevölkerung.“ Neben der Westerwald Bank gehört auch die Akademie Deutscher Genossenschaften aus Montabaur zu den heimischen Sponsoren, außerdem un-

- > unterstützen die WGZ BANK und die DZ BANK die Schule. Die WGZ BANK ist auch Mitglied der Trägergenossenschaft, und ihr Vorstand Dr. Christian Brauckmann sitzt im dreiköpfigen Aufsichtsrat. „Hilfe zur Selbsthilfe, einer der Kerngedanken Raiffeisens, ist nicht nur das wirtschaftliche Prinzip der genossenschaftlichen FinanzGruppe, sie ist auch ein wesentlicher Baustein im Konzept des Raiffeisen-Campus. Das verbindet uns“, sagt Brauckmann. Unterstützer werden weiter gebraucht: Ziel der Trägergenossenschaft ist es, so schnell wie möglich einen Schulneubau zu realisieren, denn angesichts der wachsenden Schülerzahlen platzt sie bald aus allen Nähten. Bis jetzt ist die Schule nur provisorisch in leer stehenden Räumen einer Wirgeser Realschule untergebracht.

Kaulquappen für alle

Zurück am Ort der Bildung, ein Blick ins Klassenzimmer: Hier stehen besonders leichte Tische mit Rollen. Blitzschnell schieben die Lerner sie für die Gruppenarbeit zusammen und genauso schnell für die konzentrierte Einzelarbeit wieder auseinander. Die alte Kreidetafel bekommt Konkurrenz: An der Wand hängen elektronische Smartboards. Die modernen Wandtafeln, angeschlossen am Computer, sind Tafel, Internet, Audio- und Videogerät in einem. Daneben steht eine Dokumentenkamera. Feld,

der auch Lehrer ist, zeigt im naturwissenschaftlichen Unterricht, wie es geht: Die gesammelte Probe aus einem nahe gelegenen Biotop erscheint an der elektronischen Tafel, Wasserkäfer und Kaulquappen sind für alle sichtbar markiert. Ohne Smartboard hätten sich höchstens fünf Kinder gleichzeitig die Tiere in dem kleinen Behälter ansehen können. Die modernen Geräte machen für Direktor Meffert allerdings nicht automatisch den Unterricht gut: „Die Ausstattung macht guten Unterricht möglich.“ Entscheidend sind die Lehrer und ihr Engagement. 13 unterrichteten aktuell am Raiffeisen-Campus, und es werden immer mehr.

Neben den gewöhnlichen Schultagen gibt es im Westerwald auch viele außergewöhnliche: den Big-Apple-Day zum Beispiel. Gemeinsam pflückten die Lerner Äpfel, brachten sie zur Mosterei und verkauften den Apfelsaft an Familien, um den Gewinn an die Tafel Montabaur zu stiften. Oder das Nistkästenbauen. Vorhang auf und Manege frei hieß es für den guten Zweck beim Projekt „Schule macht Zirkus“. Lerner, Lehrer und Eltern präsentierten eine große Benefiz-Zirkusgala. Vor ausverkauftem Haus. Applaus, Applaus.

Weitere Informationen unter www.raiffeisen-campus.de.

Julia Böing

Gesellschaftliches Engagement ausgebaut

Genossenschaftsbanken in den Regionen noch aktiver

Berlin. Die guten Geschäftszahlen des Jahres 2012 gehen bei der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken mit einem größeren gesellschaftlichen Engagement einher. Dies geht aus dem nun veröffentlichten Engagementbericht 2012 hervor.

So weiteten die 1.101 Institute im Jahr 2012 den Umfang ihrer finanziellen Zuwendungen, also Spenden, Sponsoring und Stiftungserträge, von 120 Millionen Euro in 2011 auf 131 Millionen Euro signifikant aus. Auch das Engagement in Stiftungen wuchs erneut. Mit insgesamt 201 Millionen Euro waren die Kreditgenossenschaften hier engagiert. Das sind 18 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Das Engagement in Stiftungen wurde damit in acht Jahren mehr als verdoppelt. Im Jahr 2005 betrug es noch 95 Millionen Euro. „Die Genossenschaftsbanken in Deutschland füllen ihre Rolle als Förderer der Region sehr verlässlich und facettenreich aus“, sagt Uwe Fröhlich, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR).

Regionalität (82,1 Prozent), Kundennähe (73 Prozent) und Nachhaltigkeit (65,3 Prozent) sind dabei die zentralen Motive ihrer Engagements. Besonders viele Institute engagieren sich für Anliegen von Kindern und Jugendlichen (95,2 Prozent). Beliebtester Empfänger für viele Aktionen und Förderleistungen bleiben örtliche Vereine und Initiativen (95,9 Prozent). Der „Bericht über das gesellschaftliche Engagement der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken 2012“ bildet alle gesellschaftlichen Aktivitäten der genossenschaftlichen Finanz-



Nahm für die Genossenschaftsbanken die Hans-Lenz-Medaille entgegen: BVR-Präsident Uwe Fröhlich

Gruppe in Zahlen ab. Der BVR hat die bundesweiten Engagementzahlen im zweiten Quartal dieses Jahres in einer Umfrage unter allen Mitgliedsinstituten zum Engagement 2012 ermittelt. Für ihr gesellschaftliches Engagement im Bereich der Musik wurden die deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken von der Bundesvereinigung der Deutschen Orchesterverbände (BDO) mit der Hans-Lenz-Medaille geehrt. Die Auszeichnung wird jährlich an Persönlichkeiten oder Institutionen vergeben, die sich um die breite Verankerung der Musik in der Gesellschaft und um die Anerkennung der Bedeutung des Laienmusizierens verdient gemacht haben.

Demografischen Wandel gestalten

Familiengenossenschaft Münsterland hilft, privates und berufliches Leben besser miteinander zu vereinbaren



Die Familiengenossenschaft Münsterland feiert ihren ersten Geburtstag (v. links): die Vorstandsmitglieder Stefanie Pfennig und Jürgen Scholz sowie Mitarbeiterin Ilona Hohoff.

Münster. Der Familienmonitor 2013 des Allensbacher Instituts für Demoskopie macht deutlich: Menschen in Deutschland wünschen sich eine größere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Andere Untersuchungen zeigen außerdem: Angesichts der demografischen Entwicklung droht den Unternehmen Fachkräftemangel, deshalb können sie auf das große Potenzial von arbeitenden Vätern und Müttern wie auch Söhnen und Töchtern nicht verzichten.

Das war für einige Unternehmen des Münsterlandes der Anlass, betriebsübergreifend die Familiengenossenschaft Münsterland zu gründen, die nun im November ihren ersten Geburtstag feiert. Sie bietet ihren Mitgliedsunternehmen und deren Mitarbeitern exklusiv und individuell Lösungen rund um die Familie an. So hält sie ein umfangreiches Beratungs- und Dienstleistungspaket für die Kinder- und Seniorenbetreuung, haushaltsnahe Dienstleistungen und Hilfe in schwierigen Lebenslagen bereit. „Mit unseren Angeboten leisten wir einen Beitrag zur Steigerung der Arbeitsplatzattraktivität, der Mitarbeiterbindung und der Lebens- und Arbeitsplatzqualität in den Unternehmen unserer Mitglieder“, so die Vorstandsmitglieder Stefanie Pfennig und Jürgen Scholz. Sie blicken nach zwölf Monaten engagierter Arbeit auf ein ereignisreiches Jahr zurück.

Wie groß das öffentliche Interesse an dieser Neugründung ist, zeigte sich gleich mit der ersten Pressekonferenz der jungen Genossenschaft im Februar: Pfennig und Scholz konnten sich des Mediensturms kaum erwehren. Rundfunk, Fernsehen und Zeitungen berichteten bundesweit ausführlich über diese Neu-

gründung. Auch die Politik lobte das Modell der Familiengenossenschaft. So stellte das nordrhein-westfälische Familienministerium die Familiengenossenschaft Münsterland auf seiner Aktionsplattform „Familie und Beruf. NRW“ als eine herausragende Initiative vor. Darüber hinaus hat die Familiengenossenschaft im ersten Jahr ihres Bestehens noch eine Reihe weiterer Erfolge vorzuweisen.

Elf Unternehmen des Münsterlandes mit insgesamt rund 4.000 Mitarbeitern gehören zurzeit zu ihren Mitgliedern, darunter die GAD, die Volksbanken Gronau-Ahaus und Oelde-Ennigerloh-Neubeckum und die WESTFLEISCH. 2013 neu hinzugekommen sind der Rheinisch-Westfälische Genossenschaftsverband, die Pensionskasse westdeutscher Genossenschaften, die Volksbank Saerbeck, die Volksbank Immobilien GmbH Oelde, Senger & Kollegen (Partnerschaft Steuerberater) aus Ennigerloh, die Ratiodata sowie die GWS-Gesellschaft für Warenwirtschafts-Systeme.

Die Mitarbeiter dieser Mitgliedsunternehmen wurden mit Informationsveranstaltungen über das vielfältige Beratungs- und Vermittlungsangebot der Familiengenossenschaft in Kenntnis gesetzt. Darüber hinaus informierte die Familiengenossenschaft unter anderem auf gut besuchten innerbetrieblichen Veranstaltungen der GAD über die Themen „Demenzkrankungen“ und „Patientenverfügung“.

Wie groß das Interesse an den Leistungen der Familiengenossenschaft ist, zeigen auch die über 50 Anfragen, die das Team in den letzten zwölf Monaten bearbeitete. Davon mündeten einige in Betreuungsvermittlungen für die unterschiedlichsten Bereiche ein. Hierzu betonte Pfennig: „Wir arbeiten in einem hochsensiblen Bereich, der weit in das Privatleben von Menschen eingreift. Vertraulichkeit und Vertrauen sind hier das A und O. Dies gilt nicht nur für die Zusammenarbeit von Familien mit uns, sondern auch mit den vermittelten Betreuungskräften.“ Aus diesem Grunde arbeitet die Familiengenossenschaft nur mit qualifizierten Betreuungspersonen zusammen. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wie auch ihre Familien wenden sich direkt an die Familiengenossenschaft.

Die Vorstandsmitglieder freuen sich, dass sie schon einige Familien in schwierigen Situationen unterstützen konnten: zum Beispiel den Rentner, der sich nach dem Tod seiner Ehefrau zurückgezogen hatte und sich mehr Ansprache und Hilfe beim Umzug in das betreute Wohnen wünschte. Hier konnte die Familiengenossenschaft eine ausgebildete Seniorenbegleiterin anbieten, die dem älteren Herrn nun zur Seite steht. Oder der Senior, der nach einem Schlaganfall seinen Lebensmut und seine Beweglichkeit wiederfinden muss. Hierbei wird ihm zukünftig eine erfahre-

ne Betreuerin helfen. Oder die Familie, der von jetzt auf gleich die lang verabredete Kinderbetreuung wegfiel. In diesem Fall konnte die Familiengenossenschaft eine Kinderbetreuerin engagieren, die sich seit dem um das Kind kümmert. Darüber hinaus vermittelte die Familiengenossenschaft eine Reihe von haushaltsnahen Dienstleistungen, von der Raumpflege über die Fensterreinigung bis zum Bügeln.

Einen großen Teil ihrer Arbeit und Zeit investiert die Familiengenossenschaft darin, Netzwerke aufzubauen und vor Ort Kooperationspartner zu finden. Mit diesen werden dann gemeinsam individuelle Lösungen für anfragende Mitarbeiter und Familienmitglieder erarbeitet. Pfennig: „Schließlich bietet das Münsterland eine gute soziale Infrastruktur. Wir wollen eng mit öffentlichen und freien Trägern sowie Initiativen der Region zusammenarbeiten und sie – bei Bedarf – mit den Mitarbeitern unserer Mitgliedsunternehmen vernetzen. Erst wenn wir hier zu keiner befriedigenden Lösung kommen, setzen wir auf unseren eigenen Pool, zum Beispiel an Betreuungskräften.“

Die Familiengenossenschaft präsentierte sich mit ihren Dienstleistungen auf Veranstaltungen der Kammern und Wirtschaftsförderungsgesellschaften und innerhalb der genossenschaftlichen Organisation. Sie schrieb über hundert Unternehmen des Münsterlandes an, nahm Kontakt zu Parteien, Jugendämtern und Organisationen und Institutionen rund um das Thema Kinder und Senioren auf. Viele Kontakte und Beziehungen brachten dabei auch die Mitgliedsunternehmen ein, die – so der Vorstand

– engagiert hinter der jungen Genossenschaft stehen.

Was wünscht sich die Familiengenossenschaft zu ihrem zweiten Geburtstag? Weitere Mitgliedsunternehmen aus dem Münsterland, betonen beide Vorstandsmitglieder. Dabei sei man offen für Unternehmen aller Rechtsformen.

Hintergrund

Die betriebsübergreifend arbeitende Familiengenossenschaft Münsterland wurde im November 2012 von vier Unternehmen des Münsterlandes gegründet. Sie bietet ihre Leistungen den Mitarbeitern ihrer Mitgliedsunternehmen in der Stadt Münster, in den Kreisen Coesfeld, Borken, Warendorf und Steinfurt sowie einzelnen Gemeinden der angrenzenden Kreise an. Weitere Informationen unter www.zuverlaessig-und-fair.de. Neben der Familiengenossenschaft Münsterland gibt es in Deutschland noch drei weitere: Soeben haben sechs lokale Unternehmen, darunter die Raiffeisenbank Rhein-Berg, die ebenfalls betriebsübergreifende Familiengenossenschaft Monheim gegründet (siehe auch S. 40). Darüber hinaus gibt es noch die betriebsintern arbeitende NOWEDA Familiengenossenschaft sowie die Familiengenossenschaft in der Metropolregion Rhein-Neckar.

Studenten der Kunstakademie Münster in der WGZ BANK



Foto: WGZ BANK

Eröffnete die Ausstellung: WGZ BANK-Vorstandsmitglied Christian Brauckmann

Düsseldorf. Unter dem Titel „Aus freiem Sinn“ hat die WGZ BANK im September junge Kunst von 15 Meisterschülern und Absolventen der Kunstakademie Münster gezeigt. In der fünften Förder-Ausstellung der Reihe „Zeitgenössische Kunst in der WGZ BANK“ waren 100 Kunstwerke zu sehen.

„Aus freiem Sinn zu handeln und selbst schöpferisch zu wirken – zur wiederum sinnlichen Wahrnehmung für andere – ist trotz Aufklärung und Fortschritt gerade heute keineswegs selbstverständlich. Die Informationsflut der komplexen Gegenwart droht, das freie Selbstbewusstsein eher zu beschränken als zu erweitern. Es verdient daher besondere Würdigung, wenn die Kunst

Bekanntes anders sieht, Bewährtes kritisch prüft und am Ende aus freiem Sinn geschaffene Gedanken und Werke stehen, die den Weg zu Neuem für uns frei machen“, sagte Dr. Christian Brauckmann, Vorstandsmitglied der WGZ BANK, bei der Eröffnung der Ausstellung. Kuratiert wurde die Ausstellung von Ralf Hartweg, Kurator der WGZ BANK Kunstsammlung, und dem Düsseldorfer Künstler Wolfgang Spanier.



Foto: WGZ BANK

Münsteraner Kunst zu Gast in Düsseldorf

Schuldenkrise macht vielen weiter Angst

Studie der R+V Versicherung „Die Ängste der Deutschen 2013“



Inflation ist das Angst-Thema Nummer 1 in Deutschland.

Berlin. Rund zwei Drittel aller Bundesbürger fürchten, dass der Steuerzahler die hohen Kosten der Euro-Schuldenkrise bezahlen muss. Sehr große Angst lösen auch steigende Lebenshaltungskosten und zunehmende Naturkatastrophen aus sowie das Risiko, im Alter als Pflegefall zu enden. Das sind einige der Ergebnisse der R+V-Langzeitstudie „Die Ängste der Deutschen 2013“. Seit mehr als 20 Jahren befragt das R+V-Infocenter in einer repräsentativen Studie rund 2.500 Bürger nach ihren größten Ängsten. Ergebnis: Die Deutschen sind wie schon im vergangenen Jahr relativ gelassen. Der Angstindex – der Durchschnitt aller langjährig befragten Ängste – stieg um einen Prozentpunkt, bleibt mit 41 Prozent jedoch auf niedrigem Niveau. Bei den 16 Standardfragen ist die Furcht vor steigenden Lebenshaltungskosten mit 61 Prozent (Vorjahr: 63 Prozent) zum 14. Mal auf Platz 1 – und damit der Dauerbrenner bei den Ängsten. „Weil viele Lebensmittel teurer werden, ist die gefühlte Inflationsrate ungleich höher als die tatsächliche Inflationsrate von etwa zwei Prozent“, so Professor Dr. Manfred G. Schmidt, Politologe an der Universität Heidelberg und Berater des R+V-Info-Centers. Hinzu kommt: „Trotz Lohnerhöhungen haben viele Arbeitnehmer real weniger Geld zur Verfügung. Dafür sorgen auch steigende Gebühren für öffentliche Leistungen oder höhere Kosten für Strom und Benzin.“ Auf Rang 2 liegt mit 56 Prozent die Sorge vor zunehmenden Naturkatastrophen.

Angst vor Pflegerisiko am stärksten gestiegen

Die Sorge, im Alter als Pflegefall zu enden, treibt mehr als die Hälfte aller Deutschen um. Mit einem Plus von fünf Prozentpunkten ist diese Angst am stärksten gestiegen und springt mit 55 Prozent vom 5. auf den 3. Platz der Ängste-Skala. Die Überraschung der diesjährigen Ängste-Studie: Die deutschen Bürger machen sich um die Überforderung ihrer Politiker weniger Sorgen als bisher. Im Vorjahr mit 55 Prozent noch auf Platz 2 der größten Sorgen sinkt diese Angst um zehn Prozentpunkte auf 45 Prozent und rutscht damit auf den 6. Rang. In der Langzeitbeobachtung zeigt sich ein Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik: „Wenn die Furcht vor einer schlechteren Wirtschaftslage zurückgeht, sinkt auch die Sorge vor der Überforderung der Politiker“, so Professor Schmidt.

auch die Sorge vor der Überforderung der Politiker“, so Professor Schmidt.

Euro-Schuldenkrise auf Platz 1 – Deutsche fürchten um ihre Ersparnisse

Reaktion auf die Turbulenzen im europäischen Wirtschafts- und Finanzmarkt: Seit drei Jahren ergänzt das R+V-Infocenter die 16 Standardfragen der Langzeitstudie um Sonderfragen zur Euro-Schuldenkrise. Und wie im vergangenen Jahr zeigt sich hier die größte Angst. Rund zwei Drittel (68 Prozent) aller Bundesbürger fürchten, dass sie letztendlich die Kosten der Krisenbewältigung schultern müssen. „Diese Angst ist verständlich“, so Professor Schmidt: „Das Schuldenkrisenmanagement der Europäischen Union kommt dem deutschen Steuerzahler schon jetzt teuer zu stehen. Bürgschaften, Kredite und Garantien für krisengebeutelte EU-Mitgliedstaaten wie Griechenland oder die Kosten für die Bankensanierung in Zypern belaufen sich mittlerweile auf dreistellige Milliardenbeträge. Künftige Kostensteigerungen sind sehr wahrscheinlich.“ Sehr hoch bleibt mit 53 Prozent auch die Furcht, dass die Euro-Schuldenkrise den Euro gefährden könnte (2012: 65 Prozent). Eine dritte Sonderfrage zeigt, dass die Folgen der europäischen Schuldenkrise weitere Sorgen schüren: Fast jeder zweite Deutsche (49 Prozent) hat Angst davor, dass niedrige Zinsen und Inflation seine Ersparnisse langfristig auffressen.

Stimmung im Mittelstand positiv

Laut einer Umfrage hellen sich Geschäftsaussichten weiter auf

Düsseldorf. Nach einem Stimmungsanstieg in der letzten Befragung entwickelt sich das Klima unter den mittelständischen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen tendenziell positiv. So zählt das Stimmungsbarometer, das die WGZ BANK mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken im Rheinland und in Westfalen halbjährlich ermittelt, aktuell 108,1 Punkte, nach 108,0 Punkten in der letzten Befragung. „Der Rezession in der Eurozone kann sich der deutsche Mittelstand teilweise entziehen. Die Unternehmen sind nach wie vor finanziell gut aufgestellt. Zudem stützen infolge des stabilen Arbeitsmarktes der solide private Konsum und der Wohnungsbau die mittelständische Wirtschaft“, so Dieter Möllenbur, Abteilungsleiter Firmenkunden Rheinland bei der WGZ BANK. „Aufgrund dieser robusten Entwicklung haben sich die Geschäftserwartungen der Unternehmen weiter moderat verbessert. Dies ist ein Signal für eine Konjunkturbelebung sowohl in Deutschland als auch im Euroraum in der zweiten Jahreshälfte, wobei das Gesamtjahr 2013 vielfach als Übergangsjahr gesehen wird.“ Viele Unternehmer blickten schon hoffnungsvoll auf 2014, wo die Wirtschaft deutlicher an Fahrt gewinnen dürfte.

Jeder Zweite ist zufrieden

Die aktuelle Geschäftslage beurteilten die rund 850 befragten mittelständischen Unternehmer aus Nordrhein-Westfalen etwas weniger positiv als in der letzten Befragung im Winter 2012/13. Annähernd jeder Zweite bezeichnet seine aktuelle Situation als gut (43 Prozent; vormals: 46 Prozent), etwa jeder zwölfte Mittelständler betrachtet sie als sehr gut (8 Prozent; vormals: 9 Prozent). Unzufrieden äußerte sich jeder zehnte Befragte (10 Prozent; vormals: 8 Prozent). Zunehmend optimistisch blicken die Unternehmer auf die künftige Geschäftsentwicklung. Jeder Dritte sieht die Entwicklung der kommenden Monate positiv (33 Prozent; vormals: 28 Prozent). Lediglich 6 Prozent befürchten eine Verschlechterung ihrer geschäftlichen Situation (vormals: 7 Prozent). Die Mehrheit erwartet keine Veränderung (62 Prozent; vormals: 64 Prozent).

Bausektor in guter Verfassung

Die einzelnen Branchenindizes zeigen erneut unterschiedliche Tendenzen. Im Bau- und Ausbaugewerbe setzt sich die uneinheitliche Entwicklung fort. Dem Rückgang in der letzten Umfrage folgt wiederum ein Aufschwung. Der Index dieser Branche steigt mit 6,4 Zählern deutlich auf 114,1 Punkte. Insbesondere die Geschäftsaussichten für die kommenden Monate haben sich aufgehellt. Nach dem witterungsbedingten Einbruch in den ersten Monaten des Jahres 2013 zeigte sich der Bausektor im Frühjahr in einer guten Verfassung. „Der Wohnungsbau verzeichnet weiterhin eine solide Nachfrage. Und sogar im bisher schwächelnden öffentlichen Bau zeichnet sich eine Nachfragebelebung ab“, sagt Möllenbur. Das verarbeitende Gewerbe hat seinen Abwärtstrend nach zwei Jahren erst einmal gestoppt. Der Branchenindex zeigt mit 106,1 Punkten ein leichtes Plus von 0,3 Zählern. Ausschlaggebend waren hier die positiven Geschäftserwartungen,

wohingegen die aktuelle Situation weniger gut beurteilt wurde. „Die erste Jahreshälfte war durch eine verhaltene Exporttätigkeit gekennzeichnet. Diese dürfte jedoch in den kommenden Monaten wieder anziehen“, so Möllenbur.

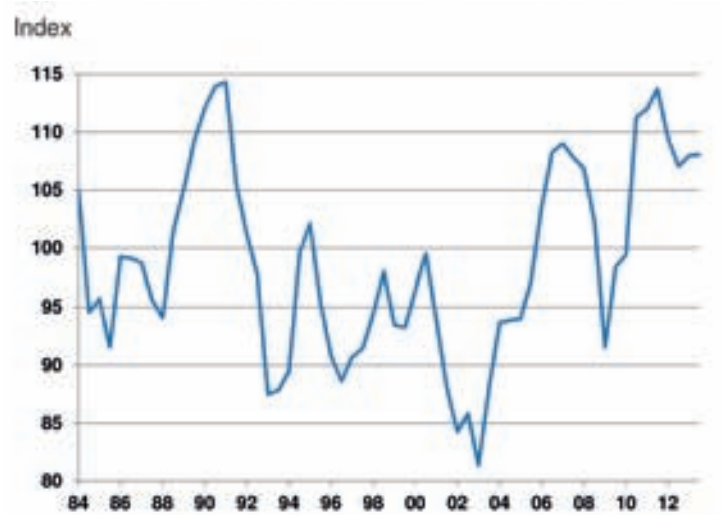
Händler erwarten steigende Umsätze

Demgegenüber dominiert bei den Handelsunternehmen derzeit noch die eher negative Bewertung der geschäftlichen Situation, sodass das Barometer um 0,3 Zähler auf 105,4 Punkte nachgab. Für die kommenden Monate sind aber auch die Händler zuversichtlich und erwarten steigende Umsätze. Ein robuster Arbeitsmarkt sowie anziehende Löhne und Gehälter werden die gute Konsumstimmung verstärken. Bei den Dienstleistungsunternehmen drehte der Index nach einem Anstieg in der letzten Befragung nun ebenfalls ins Minus.

Arbeitsmarkt robust

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Rheinland und in Westfalen lässt abermals geringfügig nach. Gut jeder achte Mittelständler reduzierte seine Beschäftigtenzahl (13 Prozent, vormals 9 Prozent), während jeder Fünfte seinen Personalbestand erhöhte (22 Prozent, vormals 20 Prozent). Zwei Drittel der Unternehmen hielten ihre Beschäftigtenzahl konstant (65 Prozent, vormals 70 Prozent). Insbesondere die zum verarbeitenden Gewerbe zählenden Investitionsgüterproduzenten und die Handelsunternehmen trennten sich von Mitarbeitern. Die Personalplanungen für die kommenden Monate zeigen sich wenig verändert. Knapp jeder sechste Mittelständler will zusätzliches Personal einstellen (16 Prozent, vormals 15 Prozent) und 6 Prozent beabsichtigen Personalentlassungen (vormals 8 Prozent). Im Gegensatz zur vergangenen Umfrage planen die Bau- und Ausbauunternehmen dieses Mal mit einer gleichbleibenden oder sogar steigenden Beschäftigtenzahl in den kommenden Monaten.

Stimmungsbarometer Mittelstand



Pioniere gesucht!

Historiker dokumentieren genossenschaftliche Aufbauarbeit nach der Wende



Foto: Joachim Strunk

Kontakt auf der Primärebene im Juni 1990: Heinz Haubruchs, Vorstandsmitglied der Raiffeisenbank Euskirchen (links) und Ewald Lehmann, Leiter der Bäuerlichen Handelsgenossenschaft (BGH) in Ziesar

Berlin/Hamburg. „Beinahe wären wir an dem Gebäude der Genossenschaft vorbeigefahren. Nur noch ein kleines Schild an der Eingangstür zur Bank weist auf die Bäuerliche Handelsgenossenschaft hin – die ehemalige Fassadenbeschriftung wurde bereits frisch übertüncht.“ So beginnt 1990 der Reisebericht von Heinz Haubruchs von der Raiffeisenbank Euskirchen und von Joachim Strunk, damals begleitet von einem Pressereferenten des BVR. Wenige Wochen nach dem Fall der Berliner Mauer sind die beiden Rheinländer ins brandenburgische Dorf Ziesar gereist, das noch in der DDR lag. Die Raiffeisenbank Euskirchen (heute: Raiffeisenbank Rheinbach-Voreifel eG) besiegelte eine Kooperation mit der örtlichen Bäuerlichen Handelsgenossenschaft. Empfangen wurden die Westdeutschen vom schlaun Fuchs der Bausparkasse Schwäbisch Hall, der bereits seinen Weg in die Genossenschaftsbanken der DDR gefunden hatte. Die technische Ausstattung der BHG erinnerte die Banker aus dem Rheinland an die Abteilung Bürotechnik des Deutschen Museums in München: „Wie ein Fremdkörper wirkt da der funkelneue PC, der noch unberührt in der Buchhaltung steht.“ Den ostdeutschen Bankgenossen waren die alltäglichen Dinge der westdeutschen Kreditwirtschaft fremd. Sie kannten weder Formulare noch Bankprodukte oder Bankwerbung.

Erinnerungen festhalten

Nach bald 25 Jahren kennt eine ganze Generation den Fall der Mauer nur noch aus den Geschichtsbüchern. Die Generation der Gestalter der Wende ist bereits im Ruhestand oder sie scheidet demnächst aus dem aktiven Berufsleben aus. Höchste Zeit, sie nach Erlebtem zu fragen und die Erinnerungen festzuhalten. 2014 und 2015 jährt sich die Wiedervereinigung zum 25. Mal. Dann wird das Thema mit Sicherheit zum Gegen-

stand journalistischer, historischer und auch persönlicher Aufarbeitung. Da wäre es doch schade, wenn die Genossenschaften keine Informationen beisteuern könnten.

Das Genossenschaftshistorische Informationszentrum (GIZ) und die Arbeitsstelle für Genossenschaftsgeschichte der Universität Hamburg haben deshalb das Projekt „Wendezeiten 1989/90 – Ostdeutsche Kreditgenossenschaften auf dem Weg in die Marktwirtschaft“ ins Leben gerufen. Die Projektmitarbeiter werden im engen Kontakt mit einzelnen Volksbanken und Raiffeisenbanken vor Ort Interviews führen und Materialien retten. Da die Ergebnisse des „Wendezeiten“-Projektes der Wissenschaft zur Verfügung gestellt werden sollen, wird es durch die DZ BANK-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft gefördert.

Banken können sich beteiligen

Auch die Banken haben Vorteile durch ihre Teilnahme am Projekt. Sie können sich an der Auswahl der Interviewpartner beteiligen. Insbesondere wenn eine Chronik ins Haus steht, bietet sich eine gute Möglichkeit, den Mangel an historischem Material durch Zeitzeugen auszugleichen. Die Beteiligung am Projekt stärkt die Identifikation der Mitarbeiter mit ihrer Genossenschaft. Gerade die Älteren haben den Konversionsprozess und den darauffolgenden Neuaufbau aktiv unterstützt. Nun haben sie auch die Möglichkeit, das zu dokumentieren.

Vielleicht schlummern in manchem „Privatarchiv“, im Keller und Speicher oder im persönlichen Fotoalbum Erinnerungsstücke, die die Wendezeit lebendig werden lassen. Vielleicht hat jemand einen Schnappschuss vom ersten Geldtransport der D-Mark gemacht, der von Volkspolizisten mit Maschinenpistolen gesichert wurde.

Tatkraft und Pioniergeist

Vieles war in den Wendezeiten möglich, was heute undenkbar ist. Es ist der Tatkraft, der Kreativität, dem Pragmatismus und dem Pioniergeist der meist weiblichen Mitarbeiter aus Ostdeutschland und der Paten aus Westdeutschland geschuldet, dass die Primärbanken der neuen Bundesländer so reibungslos restrukturiert werden konnten. Die Mitarbeiter der Zentralbanken, der Verbundunternehmen und der Verbände sind herzlich aufgefordert, ihren Anteil zum Erinnerungsbild der Jahre 1989/90 beizusteuern.

Wir freuen uns ganz besonders auf Ihre Anregungen, Kontaktwünsche und Fragen zum bestehenden Projekt. Ab sofort sind wir für interessierte Volksbanken und Raiffeisenbanken, aber auch für andere Genossenschaften und Privatpersonen telefonisch und per Mail erreichbar. Weitere Informationen finden Sie auf der Seite „Wendezeiten“ unserer Homepage www.giz.bvr.de

Dr. Peter Gleber

GLS Bank eröffnet neues Gebäude

Haus im Bochumer Stadtteil Ehrenfeld diente einst dem Stahlkonzern ThyssenKrupp

Bochum. Es ist dringend benötigter Raum für weiteres Wachstum. Nach längerer Bauzeit hat die GLS Bank ihren Erweiterungsbau in der Christstraße im Bochumer Stadtteil Ehrenfeld bezogen. „Nachhaltiges Bankgeschäft – unsere Arbeitsweise seit fast 40 Jahren – trifft den Ton der Zeit. Einst in Bochum gegründet, festigt die GLS Bank mit dem zusätzlichen Gebäudekomplex ihren Hauptsitz im Herzen des Ruhrgebietes“, erklärte Vorstandssprecher Thomas Jorberg.

„Es ist schon beeindruckend, was Sie auf den Weg gebracht haben“, gratulierte Oberbürgermeisterin Dr. Ottilie Scholz bei der feierlichen Eröffnung. „Ich kann nur sagen – weiter so!“ Seinen „tiefen Respekt“ zollte der IHK-Präsident des mittleren Ruhrgebietes, Jürgen Fiege, in seinem Grußwort. „Mit der GLS Bank stammt das nachhaltigste Unternehmen Deutschlands 2012 aus Bochum“, erklärte Fiege. „Sie verkörpert gelebte Nachhaltigkeit und zukunftsfähiges Wirtschaften.“

Die Sanierung des Erweiterungsbaus Christstraße 11 (ehemals ThyssenKrupp) begann 2010.

„Die besonderen Charakteristika des Gebäudes wurden nach den sozialen und ökologischen Standards der Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB e.V.) entwickelt. Sie erleichtern unseren Mit-



Mit einem bunten Blumengruß gratulierte Vorstandssprecher Thomas Jorberg (links) dem Architekten Lothar Bracht zur erfolgreichen Arbeit.

arbeitern den Arbeitsalltag“, erläuterte GLS Vorstandsmitglied Andreas Neukirch. „So gibt es in der telefonischen Kundenberatung, die bis zu 2.000 Kundenanfragen am Tag bearbeitet, individuell steuerbare Lichtquellen, Möglichkeiten, die Luftzufuhr zu regulieren und grüne Inseln. Verschiedene verbindende Elemente zwischen und in den Gebäuden fördern den Austausch unter den einzelnen Abteilungen.“

Auf dem begrünten Dach des Erweite-

rungsbaus dreht sich ein Windrad, das die Stromerzeugung der 230 Photovoltaikmodule auf dem Hauptgebäude ergänzt. Vor den Gebäuden wurde eine E-Tankstelle installiert. Sie versorgt zum einen die eigene E-Mobil-Flotte der GLS Bank. Zum anderen können Bochumer an der CHAdeMO-Schnellladestation ihre E-Autos innerhalb von 30 Minuten mit grünem Strom wieder volltanken. Ebenfalls integriert ist eine Park&Charge-Ladestation.

Willkommen an den Ems-Quellen: Sennewanderung 2013



Angekommen am Ziel: die Wanderer auf dem Ramselhof

Hövelhof. Willkommen an den Ems-Quellen. So hieß es in diesem Jahr bei der traditionellen Sennewanderung, zu der die genossenschaftliche Bankengruppe in den Kreisen Höxter, Lippe und Paderborn die Medienvertreter zusammen mit Repräsentanten des öffentlichen Lebens, der heimischen Wirtschaft und der genossenschaftlichen Organisation herzlich eingeladen hatte. Nach der Begrüßung durch Hartmut Wilhelm Lüther (Volksbank Elsen-Wewer-Borchen) am Ems-Infozentrum in Hövelhof hatten die Teilnehmer der Wanderung ausgiebig Gelegenheit, die abwechslungsreiche Sennelandschaft rund um die Quellregion der Ems mit ihren parkähnlichen Landschaftsformen zu genießen. Der gemeinsame Ausklang mit Imbiss, Umtrunk, Musik und Unterhaltung auf dem „Ramselhof“ in Hövelhof bildete den gelungenen Abschluss.

Sinnbild für Solidarität und Bodenständigkeit

125 Jahre Volksbank Kirchhellen eG Bottrop: BVR-Präsident Uwe Fröhlich gratuliert



Foto: Hans Peter Laembach

Gratulation bei der Vertreterversammlung: Vorstandsmitglied Eberhard Kreck, BVR-Präsident Uwe Fröhlich, Vorstandsmitglied Martin Wissing, Aufsichtsratsvorsitzender Friedrich Steinmann (v. links)

Bottrop. „125 Jahre Volksbank stehen sinnbildlich für Solidität, für Kontinuität und Bodenständigkeit, aber auch für eine moderne zeitgemäße Rechtsform – sonst würde es uns nicht über einen so langen Zeitraum geben.“ Vorstandsmitglied Mar-

Zentralbank hart ins Gericht: „Dauerhaft niedrige Zinsen sind für die Finanzstabilität ausgesprochen schädlich. Investitionen werden begünstigt, die auf Dauer nicht wirtschaftlich tragfähig sind. Außerdem wird das Ziel, die Kreditvergabe in den

tin Wissing hatte zu Beginn seines Berichts vor der Vertreterversammlung der Volksbank Kirchhellen eG Bottrop das Jubiläum der Kreditgenossenschaft in den Mittelpunkt gestellt. Anschließend gratulierte der Präsident des Bundesverbandes der Volksbanken und Raiffeisenbanken, Uwe Fröhlich.

In seinem Festvortrag ging der BVR-Präsident mit der Niedrigzinspolitik der europäischen

Ländern Südeuropas zu fördern, durch billigeres Geld der Notenbanken nicht erreicht. Der erschwerte Kredit in den Südländern ist nicht das Problem zu hoher Zinsen, sondern der hohen Kreditrisiken in Anbetracht der schwierigen Wirtschaftsverhältnisse.“ Fröhlich plädierte stattdessen für eine Förderpolitik auf nationaler Ebene. Diese würde den Kreditzugang erleichtern.

Nicht nur schwere Themen, sondern auch leibliche, optische und akustische Genüsse hatten die Mitglieder und Kunden der Volksbank im Rahmen des Geburtstags zu verdauen. So wurde zu Beginn der Vertreterversammlung erstmals eine Ausstellung zur Geschichte der Bank mit vielen Daten und Bildern gezeigt. Sie war anschließend in den Geschäftsstellen zu sehen. Verantwortlich für Konzept und Umsetzung: die Azubis der Kreditgenossenschaft.

Ralf Bröker

Luca Hänni begeisterte die jungen Volksbank-Kunden

Polch. „Es war der Hammer. Luca ist der Beste“, brüllte die 16-jährige Lisa. Gemessen an den Redaktionen der Besucher war das Konzert des Schweizer Sängers Luca Hänni ein Erfolg. Der Gewinner der Fernsehshow „Deutschland sucht den Superstar“ sang auf Einladung der Volksbank RheinAhrEifel im Forum Polch vor rund 800 Fans. Die Jugendmarke-

ting-Verantwortliche der Bank, Jennifer Schaefer, freute sich über die gelungene Veranstaltung: „Im Rahmen des PRIMAX- und des VoYou-Clubs wollten wir unseren jugendlichen Kunden etwas Besonderes bieten. Für uns war es ein großes Glück, dass wir Luca Hänni für dieses exklusive Konzert gewinnen konnten. Wie man sieht, lagen wir mit unserer

Wahl goldrichtig.“ Der Vorverkauf für das Konzert begann nur wenige Wochen, nachdem die neue Single „Shameless“ von Hänni veröffentlicht worden war. Innerhalb kürzester Zeit wurden zahlreiche Karten verkauft, so die Volksbank. Kunden der Bank hatten dabei nicht nur Vorrang, sie profitierten auch vom ermäßigten Eintrittspreis.

Kultur- und Heimatgeschichte zum Anfassen



Wandernde Banker und Politiker kurz vor dem Abmarsch zur Burg Ravensberg

Borgholzhausen. Von den im Heimathaus von Borgholzhausen ausgestellten Saurierfahrten über einen Zeitzeugenbericht zum Wasserschloss Brincke bis hin zum Rundblick über den Kreis Gütersloh auf der Turmspitze der Burg Ravensberg – für ihre traditionelle Herbstwanderung hatten die Genossenschaftsbanken im Kreis Gütersloh auch in diesem Jahr wieder ein abwechslungsreiches Programm vorbereitet. Unter dem Motto „Miteinander wandern – miteinander reden“ waren Politiker mit den Bankvorständen der heimischen Kreditgenossenschaften zusammengekommen. Den Willkommensgruß der Bankengruppe richtete Bankensprecher Rainer Peters (Volksbank Halle/Westfalen) an die Teilnehmer.

Ahr Winzer eG feiert 140-jähriges Bestehen

Genossenschaft erinnert an Gründung als „Winzer-Verein Dernau“

Dernau. Es waren lausige Zeiten an der Ahr am Ende des 19. Jahrhunderts: Den Winzern ging es schlecht und sie waren hoch verschuldet, gerade mal zwölf Pfennig brachte der Liter Wein im Verkauf. Und die wenigen Weinhändler diktierten die Preise, wie sie wollten. Viele Ahrtaler wanderten aus, um in Amerika ihr Glück zu suchen. Einige hatten eine andere Idee: Um ihren Wein besser verkaufen zu können und damit ihre Not zu lindern, ergriffen 15 Winzer aus Dernau die Initiative und hoben die Genossenschaft „Winzer-Verein Dernau“ aus der Taufe. 140 Jahre nach der Gründung erinnerte die heutige Ahr Winzer eG an das historische Ereignis und feierte im frisch renovierten Restaurant Culinarium in Dernau. Prominente Rednerin beim Jubiläumsfestakt war Julia Klöckner, Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, die aus einer Winzerfamilie an der Nahe stammt und 1995 Deutsche Weinkönigin war. Sie nannte die Ahr Winzer eine Erfolgsgeschichte. Ohne das Genossenschaftswesen, so Klöckner, hätten damals wie heute viele Winzerbetriebe nicht überleben können. Angesichts neuer europäischer Normen, Verordnungen und Reglementierungen forderte die CDU-Landesvorsitzende eine Landesförderung der Steillagen und Hilfe beim Erhalt der die Kulturlandschaft prägenden Trockenmauern.



Julia Klöckner, Vorsitzende der CDU in Rheinland-Pfalz, war zu Gast beim Jubiläumsfest der Ahr Winzer. Es begrüßten sie die Vorstandsmitglieder (v. links) Günter Schüller, Friedhelm Nelles und Thomas Monreal.

„Früher als anderswo erkannten die Winzer von der Ahr, dass sie ihre Not nur dann überwinden können, wenn sie sich zusammenschließen“, sagte Vorstandsmitglied Friedhelm Nelles auch im Namen seiner Vorstandskollegen Günter Schüller und Thomas Monreal. Das Ahrtal, so Nelles weiter, sei damit so etwas wie die „genossenschaftliche Keimzelle“ in der Winzerwelt. Die Genossenschaft hat sich in 140 Jahren erfolgreich weiter entwickelt: 600 Mitgliedswinzer, durchschnittlich 1,3 Millionen Liter Wein im Jahr, 155 Hektar Rebland, das sich von Heimersheim

im unteren Ahrtal bis hin nach Altenahr erstreckt. Um ihrem Anspruch gerecht zu werden, investieren die Winzer fortlaufend in moderne Technik und in die Vermarktung ihrer Weine. Im Jubiläumsjahr wurde die Gastronomie mit Restaurant und Saal in Dernau umfassend renoviert. „Für unser Fest haben wir extra einen Jubiläumswein abgefüllt: einen 2011er Ahr Spätburgunder trocken und halbtrocken“, sagte Nelles.

Julia Böing

Bester internationaler Spätburgunder kommt von der Ahr



Freuen sich über die Auszeichnung auf internationaler Ebene (v. links): Thomas Monreal, Günter Schüller und Friedhelm Nelles, Vorstände der Winzergenossenschaft Dagernova

Bad Neuenahr-Ahrweiler. Großer Erfolg für die Winzergenossenschaft Dagernova aus Bad Neuenahr-Ahrweiler: Ihr 2011er Heimersheimer Kapellenberg Spätburgunder ist von der Jury des „Decanter World Wine Award“ in London als „Bester Spätburgunder International“ ausgezeichnet worden. Bereits im Mai war dieser Ahrwein als Sieger in der Kategorie „Bester Deutscher Rotwein im Preissegment über 15 englische Pfund“ hervorgegangen. Getestet wurden rund 14.500 Weine aus über 40 Ländern. Der Spätburgunder aus einer der besten Lagen des Ahrtals, der auf sich Kraft und Eleganz vereinigt, zeigt sich enorm füllig und saftig, so das Urteil der Jury. Der ausgezeichnete Wein gehört zur neuen Premiumedition der Winzergenossenschaft, die in neuem Design angeboten werden. „Die bauchige Burgunderflasche in edler Optik mit einem neu gestalteten Etikett soll schon auf den ersten Blick die besondere Wertigkeit dieser Weine unterstreichen“, sagen die Vorstände Friedhelm Nelles, Thomas Monreal und Günter Schüller.

Sendener SNW hat sich gut behauptet

Schweineerzeuger Nord-West eG (SNW) steigert ihren Umsatz



Aufsichtsratsvorsitzender Norbert Hardt leitete die Generalversammlung der SNW.

Davensberg/Senden-Bösensell. Die „Schweineerzeuger Nord-West eG (SNW)“ blickt zusammen mit ihren beiden operativen Tochtergesellschaften, der SNW Handelsgesellschaft und der TOPIGS-SNW GmbH, auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2012 zurück. Der Gesamtumsatz der in Senden bei Münster beheimateten und in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Ostdeutschland tätigen Zucht- und Handelsorganisation erhöhte sich im Berichtszeitraum auf 17,6 (Vorjahr 16,3) Millionen Euro.

Insbesondere Preissteigerungen im Geschäft mit Mastschweinen und Ferkeln hätten zu der deutlichen Umsatzsteigerung beigetragen, erläuterte Geschäftsführer Dr. Franz-Josef Stork jetzt in Davensberg auf der vom Aufsichtsratsvorsitzenden

Norbert Hardt geleiteten Generalversammlung. „Die Konzentration in der Schweineproduktion, aber besonders drastisch in der Ferkelproduktion, beschleunigt sich immer noch“, berichtete Stork weiter. So seien in 2012 bundesweit zehn Prozent der Schweine- und Sauenhalter ausgeschieden. Auch der Schweinebestand sei mit nunmehr knapp zwei Millionen Tiere bundesweit weiter rückläufig. Als größte Problemfelder nannte der Geschäftsführer steigende Futterkosten, gesetzliche Auflagen und die öffentliche Diskussion um die Tierhaltung. „Wir stehen klar zu unserer Verantwortung für

die Tiere und haben dieses in vielen züchterischen Entscheidungen berücksichtigt“, betonte der SNW-Geschäftsführer.

Auch in ihrem zweiten Geschäftsfeld neben dem Handel mit Jungsauen, der Eberzucht, konnte die SNW ihre führende Rolle festigen. 779 (840) Zuchteber wurden in 2012 verkauft. Der Spermaverkauf dieser Eber erfolgt über die Kooperationspartner GFS in Ascheberg und KB Weser Ems in Bethen. Insgesamt 540.000 (460.000) Spermataben wurden in 2012 verkauft.

Angesichts der guten Geschäftszahlen waren die weiteren Beschlüsse nur noch Formsache. Vorstand und Aufsichtsrat wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Best Practice auf die Straße gebracht

Senden. Das neue vollklimatisierte Zuchttransportfahrzeug ist da – ein Signal für noch mehr tiergesundheitliche Sicherheit und Komfort für TOPIGS-Zuchttiere auf dem Weg zum Kunden. „Der Wunsch und die Notwendigkeit für ein Mehr an Sicherheit sowie die erforderliche Kapazitätserweiterung machten die Entscheidung für den neuen Klima-LKW leicht“, so Christof Kemna, Chef des TOPIGS-Transportunternehmens Kemna.

„Zuchttiere werden zum großen Teil hochgesund erzeugt und aufgezogen und die Technik, die Tiere mit genau diesem Gesundheitsstatus zum Kunden zu bringen, kann man heute kaufen.“ so Geschäftsführer Eduard Eissing bei der Lkw-Präsentation. Gespickt mit allerlei technischen Neuerungen reduziert der Klima-Lkw die Gefahr von Infektionen gesunder Tiere mit Erregern auf dem Transport auf ein absolutes Minimum. Die Zuluft im Lkw wird über HEPA-Filter und UV-Lichtbestrahlung gereinigt. Sie kann in den Wintermonaten durch zwei zusätzliche Heizungen auf eine optimale Transporttemperatur erwärmt werden.



Der neue Jungsautransporter reduziert die Gefahr von Infektionen während der Fahrt.

ZNVG blickt auf erfolgreiches Jahr zurück

Hans-Peter Wree verabschiedet sich aus dem Aufsichtsrat

Neumünster. Einen erfreulichen Bericht über die wirtschaftliche Lage der Vermarktungsgemeinschaft für Zucht- und Nutztier eG (ZNVG) hat Vorstandsvorsitzender Detlef Schlichting kürzlich den Mitgliedern vorlegen können. Mit einer Umsatzsteigerung von fast 20 Prozent und einem Vermarktungsvolumen von 1.058.503 Tiereinheiten konnten die 1.200 ZNVG-Mitglieder zufrieden auf das vergangene Jahr zurückblicken.

Trotz schwieriger Bedingungen konnten die Vermarktungszahlen bei den Mastschweinen und Ferkeln, die mit 581.899 bzw. 423.704 vermarkteten Tieren die anzahlmäßig größte Gruppe bilden, um 4,3 Prozent bzw. 1,5 Prozent gesteigert werden. Ein Zuwachs von 11,8 Prozent wurde bei den Zuchtschweinen erreicht, welchen Schlichting auf die erfolgreiche Zusammenarbeit mit weiteren Erzeugerorganisationen, unter anderem nun auch in Süddeutschland, zurückführte. Ebenso konnte durch das Aufstocken des Mitarbeiterstabes die Vermarktung von Nutz- und Schlachtrindern um 13,6 Prozent beziehungsweise 30,8 Prozent gesteigert werden.

Neben dem Rückblick auf die Vermarktungszahlen des vergangenen Jahres machte der Vorstandsvorsitzende auch auf laufende Projekte aufmerksam. So befasst sich die ZNVG zusammen mit der EDEKA Nord unter anderem mit den Thema Animal Welfare und hat hierfür im Jahr 2012 ein eigenes Tierwohl-Programm ins Leben gerufen. Zunächst sollen in diesem Pilotprojekt erste Erfahrungen hinsichtlich der Produktion sowie der Vermarktung gewonnen werden. Darüber hinaus hat die ZNVG die Zahl der Kooperationen und Beteiligungen auch im Jahr 2012 weiter ausgebaut. Mit der 100-prozentigen Beteiligung an der Voss Tiertransporte GmbH stockte die ZNVG das Dienstleistungsangebot für ihre Mitglieder weiter auf.

Am Ende der Veranstaltung wurde der langjährige Aufsichtsratsvorsitzende Hans-Peter Wree verabschiedet. Auf eine 27-jährige aktive Zeit im Aufsichtsrat, davon 16 Jahre als Vorsitzender dieses Gremiums, blickte der heute 63-jährige zurück und versuchte, durch seine positiven Erfahrungen die Junglandwirte zu mehr ehrenamtlichem Engagement zu ermutigen.



Gudrun Engelbrecht (Aufsichtsratsvorsitzende) und Detlef Schlichting (Vorstandsvorsitzender) danken Hans-Peter Wree (Mitte) für seine langjährige Tätigkeit im Aufsichtsrat der ZNVG eG.

Elbers erweitert Münsteraner Stammsitz um Baustoffhandlung

Münster. Die AGRAVIS-Tochtergesellschaft Theodor Elbers stellt sich an ihrem Stammsitz in Münster-Amelsbüren zukunftsorientiert auf. An der Amelsbürener Straße 215 entsteht ein neuer Unternehmensstandort. „Mit dem Neubau können wir uns als moderner, leistungsfähiger Baustoffhandel noch besser positionieren“, sagte Geschäftsführer Herbert Schmid zum Start der Bauarbeiten. Auf 25.500 Quadratmetern werden ein Verkaufs- und Bürogebäude mit Handwerkerfachmarkt und Innenausstellung, außerdem Lagerhallen sowie Ausstellungs- und Lagerflächen unter freiem Himmel errichtet. Eine Fuhrwerkswaage mit einer Traglast von 60 Tonnen gehört ebenso zur Ausstattung. Die Unternehmensleitung geht davon aus, dass der neue Standort im Frühsommer 2014 bezogen werden kann. Die Investitionssumme liegt im siebenstelligen Bereich. „Aus unserer Sicht der ideale Standort“, fasste Schmid zusammen.



Symbolischer Auftakt (v. links): Herbert Schmid (Geschäftsführer Theodor Elbers GmbH & Co. KG), Elbers-Prokurist Martin Linder, Architektin Margarete Eickelpasch (AGRAVIS-Bauservice) sowie Bernd Homann (Leiter AGRAVIS-Unternehmenskommunikation) gaben mit dem Spatenstich das Startsignal für den Beginn der Bauarbeiten.

Jahresabschluss 2012

Buir-Bliesheimer Agrargenossenschaft eG · Bahnhofstraße 70 · 52388 Nörvenich

Aktivseite	Bilanz zum 31. Dezember 2012			Passivseite		
	Geschäftsjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte u.ä.	120.780,00	120.780,00	11.659,00			
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke, Gebäude	14.005.556,21		12.352.323,55			
2. Technische Anlagen und Maschinen	9.414.522,65		9.425.789,46			
3. Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstg.	1.777.982,15		1.627.612,61			
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	87.487,47	25.285.548,48	6.694,02			
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	51.640,48		51.640,48			
2. Beteiligungen	7.500,00		7.500,00			
3. Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	721.830,00	780.970,48	549.065,23			
Anlagevermögen insgesamt		26.187.298,96	24.032.284,35			
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	40.404,71		40.316,65			
2. Fertige Erzeugnisse und Waren	30.764.792,14	30.805.196,85	18.384.549,40			
II. Forderungen, sonst. Vermögensgegenst.						
1. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen	13.200.858,89		13.075.469,17			
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	736.662,61		505.006,83			
3. Sonstige Vermögensgegenstände	11.190.226,39	25.127.747,89	12.110.477,37			
III. Schecks, Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		2.197.548,57	2.433.672,57			
Summe der Aktivseite		84.317.792,27	70.581.776,34			
A. Eigenkapital						
I. Geschäftsguthaben						
1. der verbleibenden Mitglieder	3.231.423,41			3.154.652,04		
2. der ausscheidenden Mitglieder	112.890,47			96.402,35		
3. aus gekündigten Geschäftsanteilen	4.085,77	3.348.399,65		0,00		
Rückständige fällige Einzahlungen auf Geschäftsanteile	EUR 945,66			(1.003,15)		
II. Kapitalrücklage				28.975,48		28.561,30
III. Ergebnisrücklagen						
1. Gesetzliche Rücklage davon a. Bilanzgewinn Vorjahr eingestellt	4.341.840,88			3.875.952,31		
davon aus Jahresüberschuss	EUR 294.737,23			(133.772,56)		
Geschäftsjahr eingestellt	EUR 171.151,34			(196.491,48)		
2. Andere Ergebnisrücklagen davon a. Bilanzgewinn Vorjahr eingestellt	6.205.610,22	10.547.451,10	5.739.721,65	(133.772,56)		
davon aus Jahresüberschuss	EUR 294.737,23			(196.491,48)		
Geschäftsjahr eingestellt	EUR 171.151,34					
IV. Bilanzgewinn						
1. Jahresüberschuss	855.756,69			982.457,42		
2. Einstellung in Rücklagen	342.302,68	513.454,01		-392.982,96		
Eigenkapital insgesamt		14.438.280,24	13.484.764,11			
B. Rückstellungen						
1. Pensionen u. ähnl. Verpflichtungen	1.265.637,00			1.257.094,00		
2. Steuerrückstellungen	0,00			494.654,00		
3. Sonstige Rückstellungen	917.393,68	2.183.030,68		817.575,68		
C. Verbindlichkeiten						
1. Genusssrechtskapital	40.393.451,86			31.422.159,67		
2. gegenüber Kreditinstituten	7.381.416,46			7.525.679,22		
3. aus Lieferungen u. Leistungen	17.876.536,40			13.944.113,93		
4. Sonstige Verbindlichkeiten	961.040,35	66.612.445,07		1.110.942,81		
davon						
– aus Steuern	EUR 95.495,38			(140.693,79)		
– im Rahmen der sozialen Sicherheit	EUR 7.715,02			(13.821,41)		
D. Passive latente Steuern				1.084.036,28		524.792,92
Summe der Passivseite		84.317.792,27	70.581.776,34			

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2012 bis 31.12.2012

	Geschäftsjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	137.499.024,91		120.620.826,72	67.641,41		50.477,50
2. Sonstige betriebliche Erträge davon aus Währungsumrechnung EUR 0,00	1.284.248,46	138.783.273,37	1.085.104,05			
3. Materialaufwand						
a) Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	125.725.458,16		108.305.328,94			
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	545.844,30	126.271.302,46	506.000,14			
Rohergebnis		12.511.970,91	12.894.601,69			
4. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	4.686.058,84		4.636.918,04			
b) Soziale Abgaben/Aufw. Altersversorgung davon für Altersversorgung EUR 69.495,61	985.588,88	5.671.647,72	994.746,10			
			(62.712,67)			
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.621.072,93		2.364.808,08			
6. Sonst. betriebl. Aufwendungen davon aus Währungsumrechnung EUR 0,00	2.610.961,69	5.232.034,62	3.227.773,44			
Zwischensumme		1.608.288,57	1.670.356,03			
7. Erträge aus Beteiligungen und Geschäftsguthaben davon aus verbundenen Unternehmen				EUR 51.000,00		(35.700,00)
8. Erträge aus Gewinnabführung				23.134,13		21.738,58
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge				771.719,08		886.742,14
davon aus verbundenen Unternehmen				EUR 32.480,89		(32.928,64)
davon aus der Abzinsung				EUR 0,00		
Zwischensumme 7–9				862.494,62		
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen				1.119.415,59	-256.920,97	1.047.258,33
davon für Genusssrechtskapital				EUR 594.586,03		(596.596,83)
davon aus der Abzinsung				EUR 69.270,00		(69.099,00)
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit					1.351.367,60	1.582.055,92
12. Außerordentliche Erträge				0,00		0,00
13. Außerordentliche Aufwendungen				0,00		0,00
14. Außerordentliches Ergebnis					0,00	(0,00)
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag davon aus latenten Steuern EUR 559.243,36					384.209,32	491.079,76
						(-211.859,64)
16. Sonstige Steuern					111.401,59	108.518,74
17. Jahresüberschuss					855.756,69	982.457,42
18. Einstellung in Rücklagen					342.302,68	
19. Bilanzgewinn					513.454,01	

3. Anhang**A. Allgemeine Angaben**

Der Jahresabschluss zum 31.12.2012 wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den §§ 266 Abs. 2 und 3 sowie 275 Abs. 2 HGB. Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Posten, unter denen kein Betrag auszuweisen war, sind nicht aufgeführt.

Die Aufstellung des Jahresabschlusses erfolgt unter teilweiser Ergebnisverwendung. Das Gliederungsschema der Gewinn- und Verlustrechnung wurde entsprechend erweitert.

Das Gliederungsschema der Bilanz nach §§ 265, 266 HGB wurde gemäß § 265 Abs. 5 HGB erweitert. Die betrifft folgende Bilanzpositionen:

- Geschäftsguthaben bei Genossenschaften
- Genussrechtskapital.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten erfasst und werden linear entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

Das nicht abnutzbare Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungskosten ausgewiesen.

Das abnutzbare Sachanlagevermögen wird zu den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich erhaltener Zuschüsse, abzüglich Sonderpostenübertragungen nach § 6 b EStG aus Vorjahren und abzüglich planmäßiger Abschreibungen angesetzt. Die Abschreibungen werden linear entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer vorgenommen.

Für die vor dem 01.01.2010 angeschafften geringwertigen Wirtschaftsgüter mit einem Anschaffungspreis zwischen 150 EUR und 1.000 EUR, wurde der steuerlich zu bildende Sammelposten aus Vereinfachungsgründen in die Handelsbilanz übernommen und pauschalierend über 5 Jahre abgeschrieben. Die im Geschäftsjahr 2011 angeschafften geringwertigen Wirtschaftsgüter bis zu einem Anschaffungspreis von 410 Euro sind voll abgeschrieben worden und werden im Anlagespiegel als Abgang gezeigt.

Die Finanzanlagen werden mit Anschaffungskosten bewertet.

Die Vorräte werden zu Anschaffungskosten oder niedrigeren Wiederbeschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet. Die Methoden der Gruppenbewertung gemäß § 240 Abs. 4 HGB bzw. die Unterstellung einer Verbrauchsfolge (FIFO) gemäß § 256 HGB werden genutzt. Es ergeben sich zum 31.12.2012 keine erheblichen Abweichungen zum letzten Marktpreis.

Änderungen der Bewertungsgrundlagen ergaben sich dahingehend, dass die Getreidebestände zum 31.12.2012 nach dem FIFO-Verfahren bewertet wurden. Im Vorjahr erfolgte die Bewertung nach der Durchschnittswertmethode. Der Grund für die Umstellung des Bewertungsverfahrens liegt in der zutreffenderen Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, da bei der Anwendung des FIFO-Verfahrens bei den stark gestiegenen Getreidepreisen seit der Ernte 2012 eine sachgerechtere Verteilung des Rohertrags aus dem Getreidegeschäft der Ernte 2012 auf die Geschäftsjahre 2012 und 2013 erfolgt.

Bei Forderungen und Sonstigen Vermögensgegenständen werden erkennbare Einzelrisiken durch Wertberichtigungen berücksichtigt; dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch eine Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen.

Die liquiden Mittel werden mit dem Nennwert bewertet.

Die Rückstellungen werden gemäß § 253 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags passiviert. Alle Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst. Dabei wurden gemäß § 253 Abs. 2 S. 2 HGB bei Pensions- und Jubiläumskostenrückstellungen eine Restlaufzeit von 15 Jahren angenommen. Aufwendungen und Erträge aus der Aufzinsung bzw. der Abzinsung von Rückstellungen wurden unter den „Zinsen und ähnlichen Aufwendungen“ bzw. den „sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen“ ausgewiesen.

Rückstellungen für Pensionen sind nach dem international üblichen Anwartschaftsbarwertverfahren (PUC-Methode) bewertet. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Im Berichtsjahr wird ein von der Deutschen Bundesbank vorgegebener durchschnittlicher Marktzinssatz von 5,04 % (Vorjahr 5,14 %) bei der Bewertung zugrunde gelegt. Für die zukünftigen Gehalts- und Rentensteigerungen wurden jeweils 1,7 % p.a. angenommen.

Die Steuerrückstellungen decken die zu erwartenden Steuerbelastungen ab.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert. Gemäß § 274 HGB erfolgt eine saldierte Abgrenzung der voraussichtlichen zukünftigen Steuerbelastungen und Steuerentlastungen aufgrund handelsrechtlicher und steuerrechtlicher Bilanzierungs- und Bewertungsunterschiede. Von dem Wahlrecht, nur den passivischen Überhang latenter Steuern auf temporäre Differenzen zwischen handels- und steuerrechtlichem Ansatz zu bilanzieren, wird grundsätzlich Gebrauch gemacht. Der Ertragsteuersatz der zur Berechnung der latenten Steuern verwendet wurde, beträgt 30,49 % (Vorjahr 30,52 %).

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Vorjahres wurden – mit Ausnahme der vorgenannten Änderung des Bewertungsverfahrens bei den Vorräten – beibehalten.

C. Entwicklung des Anlagevermögens 2012

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten Euro	Zugänge Euro	Zuschreibungen Euro	Umbuchungen Euro	a) Abgänge b) Zuschüsse Euro	Abschreibungen (kumuliert) Euro	Buchwert am Bilanzstichtag Euro	Abschreibungen Geschäftsjahr Euro
I. Immaterielle Vermögensgegenstände								
1. Entgeltliche erworbene Konzessionen, gewerblich. Schutzrechte u. ä.	497.591,69	142.105,90				518.917,59	120.780,00	32.984,90
	497.591,69	142.105,90				518.917,59	120.780,00	32.984,90
II. Sachanlagen								
1. Grundstücke, Gebäude	26.186.527,72	2.723.057,58		+ 2.560,55	a) 626.902,01	14.279.687,63	14.005.556,21	708.602,22
2. Technische Anlagen und Maschinen	29.535.011,71	1.507.650,76			a) 343.904,79	21.284.235,03	9.414.522,65	1.506.072,89
3. Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsa.	3.570.773,70	532.104,26			a) 403.731,63	1.921.164,18	1.777.982,15	373.412,92
4. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	6.694,02	83.354,00		- 2.560,55			87.487,47	
	59.299.007,15	4.846.166,60			a) 1.374.538,43	37.485.086,84	25.285.548,48	2.588.088,03
III. Finanzanlagen								
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	51.640,48						51.640,48	
2. Beteiligungen	7.500,00						7.500,00	
3. Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	549.065,23	172.764,77					721.830,00	
	608.205,71	172.764,77					780.970,48	
insgesamt	60.404.804,55	5.161.037,27		0,00	a) 1.374.538,43	38.004.004,43	26.187.298,96	2.621.072,93

D. Erläuterung zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung**I. Bilanz**

1. Die Genossenschaft besitzt Kapitalanteile in Höhe von mindestens 20 % an anderen Unternehmen:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschafts- kapital %	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten Geschäftsjahres	
		Jahr	TEUR	Jahr	TEUR
I. Walther Lüttgen GmbH Nörvenich	100 %	2012	30	2012	0,00*
II. Buir-Bliesheimer Versicherungsservice GmbH, Nörvenich	51 %	2012	146	2012	86.303,33
III. Agrarunion GmbH, Dransfeld	25 %	2011	26	2011	- 276,20

Zu I.) Die Walther Lüttgen GmbH hält 100 % der in 1994 gegründeten Luxemburger Agrarhandel GmbH und 84 % der in 2000 gegründeten Agral GmbH.

* Der Jahresüberschuss von EUR 23.134,13 wurde an die Muttergesellschaft abgeführt.

2. Von den Forderungen haben eine Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr

Forderungen	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
aus Lieferungen und Leistungen	663.082,17	1.216.757,92
sonstige Vermögensgegenstände	187.323,80	208.148,18

3. Bei den Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von EUR 736.662,61 handelt es sich um

Forderungen	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
aus Lieferungen und Leistungen	0,00	422,74
sonstige Vermögensgegenstände	736.662,61	504.584,09

4. Im Posten „sonstige Vermögensgegenstände“ sind folgende antizipative Beträge größeren Umfangs enthalten.

	Geschäftsjahr EUR
USt-Erstattungsanspruch	21.372
Rückdeckungsversicherung	73.602
Zuschussforderung	213.770
Ertragsteuererstattungsanspruch 2012	265.177

5. Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen

Personalarückstellungen	EUR	530.165
Prüfung, Steuerberatung, JA-Erstellung	EUR	90.451
Niederschlagswasser	EUR	156.000

6. Von den Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit bis zu 1 Jahr

Verbindlichkeiten	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Genussrechtskapital	37.838.075,52	29.684.949,43
gegenüber Kreditinstituten	456.500,00	144.262,70
aus Lieferungen und Leistungen	17.876.536,40	13.944.113,93
sonstige Verbindlichkeiten	961.040,35	1.110.942,81
über 5 Jahre gegenüber Kreditinstituten	2.187.500,00	2.812.500,00

7. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, die durch Grundschulden gesichert sind, betragen EUR 7.381.416,46.
Außerdem bestehen die üblichen Eigentumsvorbehalte für Warenbezüge.
8. Haftungsverhältnisse im Sinne von § 251 HGB bestanden aus einer Bürgschaftsverpflichtung gegenüber einer Bank eines verbundenen Unternehmens in Höhe von EUR 10.225,84 sowie aus einer Begebung und Übertragung von Wechseln in Höhe von EUR 558.300,00. Zum Bilanzstichtag wurde die Banklinie des verbundenen Unternehmens, für welche die Genossenschaft bürgt, nicht beansprucht.
Die Inanspruchnahmewahrscheinlichkeit aus Wechselhaftung schätzen wir aufgrund der gegenwärtigen Bonität und des bisherigen Zahlungsverhaltens des Bezogenen (Begünstigten) als gering ein. Erkennbare Anhaltspunkte, die eine andere Beurteilung erforderlich machen würden, liegen nicht vor.
9. Die Passiven Latenten Steuern berechnen sich wie folgt:

Bezeichnung	Wertansatz Handelsbilanz EUR	Wertansatz Steuerbilanz EUR	Temporäre Differenzen aktivisch EUR	Temporäre Differenzen passivisch EUR
Grundstücke und Gebäude	14.005.556	10.470.662	0	3.534.894
Fertige Erzeugnisse und Waren	30.764.792	30.454.628	200.000	510.164
Pensionsrückstellungen	1.265.637	994.355	271.282	0
Sonstige Rückstellungen	917.394	899.408	17.986	0
Summe		0	489.268	4.045.058
Gesamter Unterschiedsbetrag				3.555.790
Steuersatz von 30,49 % passive latente Steuern				1.084.036

II. Gewinn- und Verlustrechnung

1. Das Rohergebnis ermittelt sich wie folgt:

	2012 TEUR	2011 TEUR
Landw. Erzeugnisse (Absatzgeschäft)	60.221,8	52.565,9
Landw. Bedarfsartikel (Bezugsgeschäft)	76.735,9	67.301,5
Dienstleistungen	642,7	841,0
Genossenschaftl. Rückvergütung (Bezugsgeschäft)	- 101,4	- 87,6
Umsatzerlöse	137.499,0	120.620,8
Materialaufwand	126.123,7	108.727,1
Genossenschaftl. Rückvergütung (Absatzgeschäft)	147,6	84,2
Wareneinsatz	126.271,3	108.811,3
Sonstige betriebliche Erträge	1.284,3	1.085,1
Rohergebnis	12.512,0	12.894,6

Die Umsätze im Absatzgeschäft erfolgen in 2012 zu 26 % in die Beneluxstaaten.

2. In den folgenden Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung sind an wesentlichen außerordentlichen und periodenfremden Erträgen und Aufwendungen enthalten:

Sonstige betriebl. Erträge	
Buchgewinne aus Anlageabgängen	EUR 547.143
Erträge aus Forderungsbewertung	EUR 204.268
Personalaufwand	
Abfindungsleistungen	EUR 121.000
Sonstige betriebl. Aufwendungen	
Aufwendungen Forderungsbewertung	EUR 89.456
Verluste aus Anlageabgängen	EUR 5.922

3. Die Steuern vom Einkommen und Ertrag belasten das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

E. Sonstige Angaben

1. Sonstige finanzielle Verpflichtungen im Sinne von § 285 Nr. 3 a HGB bestehen in Höhe von EUR 8.670,00 für Haftsummenverpflichtungen aus gezeichneten Geschäftsanteilen bei Genossenschaften.
2. Zur Absicherung des Risikos aus möglichen Zinsschwankungen bei einem langfristigen variabel verzinslichen Darlehen wurde ein Zinsswap (Payer-Zinsswap) abgeschlossen. Der negative Zeitwert des Swaps beträgt am 31.12.2012 EUR 119.633 (berechnet nach der Black/Barwertmethode). Das Volumen des Zinsswaps entspricht der Darlehensvaluta zum Bilanzstichtag (EUR 2.381.416). Die Laufzeit und die Veränderung des Swapvolumens entsprechen den Darlehensbestimmungen. Durch die Zinsswap-Veränderung wird das variabel verzinsliche Darlehen wirtschaftlich betrachtet in ein Festzinssatzdarlehen umgewandelt. Da die Änderungen des Zahlungsstroms aus dem Grundgeschäft infolge der Änderung des 3-Monats-EURIBOR durch die Änderung des Zahlungsstroms des Zinsswaps kompensiert werden, werden bei der Bewertung der Zinsswap und das Darlehen zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst. Auf die Bildung einer Drohverlustrückstellung für den negativen Wert des Zinsswaps konnte daher verzichtet werden.
Zur Begrenzung des Risikos von Marktpreisänderungen im Getreidegeschäft setzt die Genossenschaft derivative Finanzinstrumente in der Form von Warentermingeschäften (Futures) an der Euronext/Matiff ein. Aufgrund der Marktentwicklung wurden der Genossenschaft Variation-Margins in Höhe von TEUR 239 zum 31.12.2012 gutgeschrieben, die unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen werden. Der passivierte Betrag entspricht dem positiven Zeitwert der Warentermin-Futures zum Bilanzstichtag. Der unter dem Vorratsvermögens ausgewiesene Getreidebestand von rd. 24 Mio. EUR zum 31.12.2012 wird mit abgeschlossenen Termingeschäften (physisch zu erfüllende Kontrakte) in Bewertungseinheiten nach § 254 HGB zur Absicherung gegen Marktpreisänderungen zusammengefasst. Zum 31.12.2012 beträgt die Höhe der mit den Bewertungseinheiten abgesicherten Risiken TEUR 675. Da auch die Verkaufskontaktpreise oberhalb des Bewertungsansatzes des Getreides liegen, ist die Effektivität der Sicherungsbeziehung in vollem Umfang gegeben. Bei Erfüllung der Terminkontrakte werden die positiven und durch die vertraglichen Vereinbarungen feststehenden Roherträge realisiert. Die Absicherung erfolgt im Rahmen von Portfolio-Hedges. Die Verbuchung der gesicherten Bestände erfolgt nach der Einfrüherungsmethode.
3. Im Geschäftsjahr 2012 gab es keine wesentlichen Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen, die für die Beurteilung der Finanzlage notwendig sind und zu nicht marktüblichen Bedingungen zustande gekommen sind.
4. Die Zahl der 2012 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeit	Teilzeit
Kaufmännische Mitarbeiter	57	2
Gewerbliche Mitarbeiter	35	0
	92	2

Außerdem wurden durchschnittlich 5 Auszubildende beschäftigt.

5. Mitgliederbewegung

	Zahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsant.
Anfang 2012	1.137	3.486
Zugang 2012	27	197
Abgang 2012	47	155
Ende 2012	1.117	3.528

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um EUR 76.771,37

Höhe des Geschäftsanteils EUR 1.100,00

6. Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Rheinisch-Westfälischer Genossenschaftsverband e.V.
Mecklenbecker Straße 235–239
48163 Münster

7. Mitglieder des Vorstandes (Vor- und Zuname)

Stefan Schulze-Hagen
Dr. Willi Kremer-Schillings
Peter-Josef Gormanns

8. Mitglieder des Aufsichtsrates (Vor- und Zuname)

Hans Josef Schorn (Aufsichtsratsvorsitzender)
Josef Bellartz (bis 14.06.2012)
Bernd Nellen
Martin Schmitz
Antonius Coenen
Paul-Eugen Kugelgen
Stephan Kirsch
Johannes Brünker
Dirk Urban (ab 14.06.2012)

9. Am Bilanzstichtag betragen die Forderungen an Mitglieder des Vorstandes EUR 38.284,09

10. Am Bilanzstichtag betragen die Forderungen an Mitglieder des Aufsichtsrates EUR 8.663,44

Buir-Bliesheimer Agrargenossenschaft eG

Nörvenich, 23. April 2013

Der Vorstand

Schulze-Hagen Dr. Kremer-Schillings Gormanns

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Buir-Bliesheimer Agrargenossenschaft eG für das Geschäftsjahr vom 01.01.2012 bis 31.12.2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen in der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstandes der Genossenschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Genossenschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Münster, 23. April 2013

Rheinisch-Westfälischer Genossenschaftsverband e.V.

i.V. (Platten) Wirtschaftsprüfer i.V. (Peters) Wirtschaftsprüfer

Bürger kaufen historischen Landgasthof

Genossenschaft Gaststätte Franz will traditionsreiche Wirtschaft für die Region erhalten



Sie waren immer vom Gelingen ihres Konzeptes überzeugt: die Initiatoren der Genossenschaft Gaststätte Franz (v. links): Andreas Voß und Christian Leugers mit Wirtin Johanna Klein.

Kreis Tecklenburg. Brochterbeck ist ein ganz besonderes Dorf. Nicht nur, weil es malerisch an den Ausläufern des Teutoburger Waldes liegt. Nicht nur, weil es eine wechselvolle 850-jährige Geschichte hat. Besonders an Brochterbeck sind vor allem seine Einwohner. Denn sie fühlen sich in besonderer Weise mit ihrem Dorf verbunden und engagieren sich dafür. Menschen wie zum Beispiel Christian Leugers und Andreas Voß. Sie haben zusammen mit rund 300 Bürgerinnen und Bürgern die Genossenschaft „Historische Gaststätte Franz“ mit aus der Taufe gehoben. Der Energieexperte Leugers und der Ingenieur Voß leben seit ihrer Geburt in Brochterbeck, wie auch schon ihre Eltern und Großeltern. Sie kennen jeden Strauch und jedes Haus. So wie auch die alte Gaststätte Franz. „Hier habe ich schon als Dreijähriger am Tresen gesessen, meine Kommunion gefeiert und den berühmten Streuselkuchen des Hauses gegessen“, erzählt Leugers, Vorstandsmitglied der Genossenschaft. Und Aufsichtsratsvorsitzender Voß hat hier bei einem Winterfest vor vielen Jahren seine Ehefrau kennengelernt. „Hier werde ich auch in Kürze meine Silberne Hochzeit feiern“, sagt er. Auch für die anderen Dorfbewohner ist die Gaststätte Franz mitten im Ortskern von Brochterbeck ein Teil ihres Lebens, mit dem sie viele wichtige Familienereignisse – von der Taufe bis zur Beerdigung – verbinden. Über drei Generationen wurde das Haus von der Familie Franz – zuletzt von fünf Schwestern und einem Bruder – geführt, bis diese aus Altersgründen aufgaben. Der nachfolgende hollän-

dische Besitzer ging 2009 in die Insolvenz, seitdem stand die Gaststätte leer und vor der Zwangsversteigerung. Leugers und Voß beschlossen, Gebäude, Grundstück und die sanierungsbedürftige Gaststätte für die Bürger von Brochterbeck zu erhalten. Und weil sie Mitglieder der VR-Bank Kreis Steinfurt sind, Leugers darüber hinaus auch als Prokurist bei der Teutoburger Energie Netzwerk eG arbeitet, war die genossenschaftliche Rechtsform schnell klar. Folgende Bedingungen waren mit der Gründung verbunden: Keine Rendite und keine Vergünstigungen sollte es für die Mitglieder geben, und bis zu einem bestimmten Stichtag mussten 200.000 Euro für die Kernsanierung der Dorfkneipe auf dem Tisch liegen. Und es gelang: Im November hoben die Brochterbecker die Genossenschaft aus der Taufe und kauften gemeinschaftlich Grund und Boden der Gaststätte. Auch eine Wirtin fanden sie, die den traditionsreichen Gasthof wieder aufleben lassen wollte: Johanna Klein. Die 30-jährige Hotelfachfrau und Gastronomieexpertin ist ebenfalls ein Brochterbecker Kind. Nach Jahren in der Fremde ist sie nun wieder in die alte Heimat zurückgekommen. Als Tochter des Dorfarztes ist sie genau gegenüber von der Gaststätte aufgewachsen. „Mit elf Jahren habe ich hier schon ausgeholfen und mir von den Franz-Schwestern die Kunst erklären lassen, ordentlich eine Servierschürze zu binden. Hier habe ich meine Liebe zur Gastronomie entdeckt und bin ihr treu geblieben.“ Als Christian Leugers ihr dann bei einem Heimat-



Foto: Marco Stepiak

Die Gaststätte Franz ist wieder beliebtes Ausflugslokal und zentraler Treffpunkt der Brochterbecker Bürger.

› besuch von der geplanten Genossenschaftsgründung erzählte, war sie sofort dabei – als Gründungsmitglied, Pächterin und Wirtin. „Für mich wurde damit eine Art „Prinzessinnentraum“ wahr“, so Klein. „Ich hatte den Brochterbeckern meine Ideen für die Gaststätte Franz im letzten September präsentiert. Sie haben mein Gastronomiekonzept eines unverwechselbaren westfälischen Landgasthofes sofort angenommen.“

Sieben Monate später hat die quirliche Wirtin dann den Zapfhahn an der Dorfstraße 22 wieder aufgedreht. Seitdem serviert sie genussvolle regionale Küche, unter anderem nach alten Rezepten der Geschwister Franz. Auch der berühmte Streuselkuchen und seit Generationen Markenzeichen der Gaststätte steht wieder auf der Speisekarte und wird von der Wirtin höchstpersönlich im romantischen Biergarten unter den alten Kastanien serviert. Johanna Klein ist es wichtig, die alten Erinnerungen an die Kneipengeschichte lebendig zu halten. So ist trotz moderner Inneneinrichtung die Theke von 1848 geblieben. Als Wandschmuck fallen die gestärkten Schürzen der Schwestern Franz ins Auge – „mit ihrer weltweit einmaligen Binde- und Knotentechnik“, wie sie hervorhebt.

Es ist wie immer proppenvoll in der Gaststätte, dazu hat auch das große Medieninteresse an dieser ungewöhnlichen Genossenschaftsgründung beigetragen. Soeben hat sich der Westerkappeler Frauentreff vom Kaffeetrinken erhoben, da kommen

schon die nächsten Gäste. So geht es seit der Gründungsversammlung, die natürlich im großen Saal der Gaststätte stattgefunden hat. Dort war es so dichtgedrängt, erzählt Leugers, dass die Mitglieder sogar im Garten stehen mussten. Und als dann noch eine der hochbetagten Schwestern, nämlich Wally Franz, den frisch gebackenen Mitgliedern mit bewegenden Worten für die Rettung der Gaststätte dankte, „da standen“, so erinnert sich Klein, „auch vielen Männern die Tränen in den Augen“.

Am Eröffnungstag, dem 25. Mai, kamen auf einen Schlag tausend Gäste, das Wirtspaar rotierte. Und wie selbstverständlich sprangen die Brochterbecker ein, um den Ansturm zu bewältigen – wie

sie es auch in den letzten Monaten getan hatten: Vergessen waren alle Mühen der vergangenen Monate: Mehr als 40 Bürger halfen ehrenamtlich und wochenlang bei der Sanierung, zogen Kabel, prüften Elektroleitungen und räumten Schutt weg. Und als der große Biergarten auf Vordermann gebracht werden musste, rückten weitere 15 Helfer ehrenamtlich an, beschnitten die alten Bäume, legten Kieswege an und pflanzten Blumen und Sträucher. „Und manchmal“ berichtet Klein, „sehe ich im Morgengrauen einen der Helfer, wie er leise – um mich bloß nicht zu wecken – noch mal schnell das Unkraut zupft.“

Haben sich die Initiatoren der Genossenschaft, Voß und Leugers, jemals Sorgen um das Gelingen ihres Projektes gemacht? Blicken sie mit Befürchtungen in die Zukunft? „Zu keiner Zeit“, betonen die beiden und schütteln fest den Kopf. Und die Wirtin ergänzt: „Eine Gaststätte wie diese, mit einem so unverwechselbaren Konzept, das in die Region passt, wird überleben. Dafür lege ich meine Hand ins Feuer.“

Und was haben die Mitglieder – abgesehen vom Grund und Boden – denn nun eigentlich von ihrer Genossenschaft Gaststätte Franz? Voß und Leugers haben darauf nur eine Antwort: „Dass wir da hingehen können!“

Sabine Bömmer

Hintergrund

Christian Leugers und Andreas Voß haben das Projekt „Historische Gaststätte Franz“ vor drei Jahren in Angriff genommen. Für den Erwerb und die Sanierung waren 250.000 Euro erforderlich, die von den Brochterbecker Bürgern, aber auch anderen Interessierten durch Genossenschaftsanteile zu je 250 Euro zusammen getragen werden sollten. Innerhalb von zwei Wochen kauften 350 Bürger 883 Anteile, hierdurch kamen mehr als 200.000 Euro zusammen. Durch die vielen ehrenamtlichen Helfer sanken die Sanierungskosten, sodass die Genossenschaft Rücklagen für zukünftige Reparaturen bilden konnte.

Die Initiative Gaststätte Franz gehört zu den rheinisch-westfälischen Genossenschaftsgründungen, mit denen Bürgerinnen und Bürger gemeinsam Infrastruktur und Nahversorgung vor Ort erhalten, die sonst weggebrochen wäre. Hierzu zählen auch die Dorfläden in Hüinghausen, Dahl, Sistig und aktuell in Leer, darüber hinaus auch die Genossenschaft Kattenvenne 1312. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, unter anderem die Lebensqualität der Einwohner zu steigern, zum Beispiel mit einer großen Jubiläumsfeier anlässlich des 700-jährigen Bestehens des Ortes.

Die bürgerlichen Ökos aus Straelen

Wie aus einer Pumpen-Nachbarschaft eine Genossenschaft wurde

Straelen. Als in Fukushima das Atomkraftwerk havarierte, organisierte er eine Mahnwache. Zwei Monate später startete dann der „2. Tag der erneuerbaren Energie“, den er mit initiierte. Und Ende 2011 lud Hans Schmitz gemeinsam mit Gleichgesinnten von der Solar- und Umweltinitiative Straelen zu einer Info-Veranstaltung ein. Das Ziel: ein lokales Energieprojekt aus der Taufe zu heben, bei dem die Menschen vor Ort direkt an Bau, Betrieb und Ertrag von Wind- und Sonnenenergiegewinnung beteiligt werden. Mittlerweile ist aus all dem die Bürgerenergie Straelen eG geworden. Hans Schmitz ist schon auf den ersten Blick nicht das, was man sich gemeinhin unter einem typischen Vertreter der Anti-Atom-Bewegung vorstellt. Der lebensfrohe 61-Jährige fühlt sich durch und durch als Niederrheiner – und wirkt auch so. Er blickt auf seine Berufstätigkeit als Genossenschaftsbanker ebenso zurück wie auf sein Engagement im Rat für die CDU als „sachkundiger Bürger“ im Bauausschuss sowie im Energiebeirat und als Umweltaktivist. So ungewöhnlich, wie diese Kombination ist, so schnell versteht man auch: All die Skepsis und Anfeindungen in beiden Lagern kann man ja nur mit Humor und Leidenschaft ertragen. „Bürgerliche Ökos – so etwas gab es bei uns damals einfach nicht“, sagt Schmitz. Und lacht.

1998 fing alles an. Hans Schmitz war der Püttmeister seiner Nachbarschaft. Eine niederrheinische Spezialität: In den Dörfern gab es von jeher öffentliche Pumpen, die jeder benutzte, der keine eigene Wasserversorgung hatte. Für die Instandhaltung war die Pumpen-Nachbarschaft verantwortlich, ihr stand der Püttmeister vor. Und wie das oft so ist: Die Pumpen gibt es nicht mehr, oder sie sind historischer Schmuck. Aber die soziale Struktur ist geblieben. Und damit auch der Püttmeister ...

„Wir haben damals unter Nachbarn intensiv über das Thema eigene Energiegewinnung gesprochen. 1999 kam das 100.000-Dächer-Programm. Und wir hatten schnell 30 Leute aus meinem Umfeld zusammen, viele Ideen – und am Ende 30 private Solaranlagen“, erinnert sich Schmitz. Die Solar- und Umweltinitiative Straelen war entstanden. Aber es sollte nicht bei der kleinteiligen Umsetzung bleiben. Die Initiative war sich einig: Man müsste mehr Mitbürgern den Zugang zur Produktion von erneuerbarer Energie ermöglichen, diese selber nutzen und den Überschuss gemeinsam verkaufen.

So bliebe nicht nur die Stromgewinnung vor Ort, sondern auch die daraus entstehende wirtschaftliche Kraft: Aufträge für den Mittelstand natürlich, aber auch der Gewinn.

„In den Jahren 2011 und 2012 haben wir mit dem RGWV gemeinsam geplant, organisiert und informiert“, sagt Hans Schmitz: „Im Februar dieses Jahres war dann die Gründungsversammlung. Und es gibt viele Interessenten. Auch mein alter Arbeitgeber, die Volksbank an der Niers, unterstützt uns in genossenschaftlicher Verbundenheit.“

Die aktuellen Projekte der Genossenschaft sind ambitioniert. In der alles andere als einfachen wirtschaftlichen, politischen und verwaltungstechnischen Gemengelage ist großes Geschick gefragt, wenn für die Genossenschaftler ein kleiner Ertrag bleiben soll. „Wir haben die Pläne für eine eigene Windkraftanlage in der Schublade“, sagt Schmitz. „Aber vielleicht ist eine Beteiligung besser. Dann aber geht es um den Einfluss, den wir auf dieses Unternehmen haben.“ Für ihn ist jedenfalls klar: „Genossen-



Genossenschaftliche Kompetenz vor Ort: Martin Thissen (rechts) ist nicht nur Vorstandsmitglied der Bürgerenergie Straelen, sondern als Leiter der Volksbank-Filiale vor Ort auch Nachfolger von Hans Schmitz.

schaften sind keine Kapitalsammelstelle, die nur auf die Rendite schaut. Wir wollen nicht nur Geld investieren, sondern auch wesentlich mitentscheiden.“ Das sei für die meisten Beteiligungsangebote zwar eine enorme Hürde: „Doch wir stehen zu Selbstverantwortung und Selbsthilfe.“ Da ist der Niederrheiner fest entschlossen.

Ralf Bröker

„DENTAGEN-Mitgliedschaft bringt Mehrwert“

Generalversammlung und Partnertreff der größten Genossenschaft der Zahntechnikerbranche

Foto: DENTAGEN



Zufriedenheit nach der DENTAGEN-Generalversammlung: Vorstandsmitglied Claus-Hinrich Beckmann (links), Vorstandsvorsitzende Karin Schulz, Aufsichtsratsvorsitzender Wolfgang Altmann

technik, Zahnmedizin und Dentalindustrie, die erneut nach Rösrath gekommen waren.

Unter dem Dach der Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsakademie hatte DENTAGEN-Vorstandsvorsitzende Karin Schulz zum Auftakt der Generalversammlung der Dienstleistungs- und Einkaufsgenossenschaft einen Jahresbericht mit einer guten Perspektive vorgelegt. Zwar habe sich der Branchentrend mit rückläufigen Umsätzen von etwa zwei Prozent bei den Laboren auch in den Statistiken des Wirtschaftsverbundes widerspiegelt, aber die wirtschaftliche Situation von DENTAGEN konnte 2012 dennoch optimiert werden. Über ein besseres Betriebsergebnis als geplant haben sich Vorstand und Aufsichtsrat gefreut und erneut eine Rückvergütung beschlossen. Und auch für das laufende Jahr deutet sich

Rösrath. „Wir werden heute Abend gelassen nach Hause fahren, weil es DENTAGEN gibt.“ Zahntechnikermeister Hans Rupp aus Karlsruhe zog im großen Forum des „Partnertreffs 2013“ von DENTAGEN und IGfZ das überzeugende Fazit aus zwei intensiven Tagen. Der Badenser demonstrierte damit die „Kunst der Gelassenheit“, die Psychologe Dr. Wolfgang Howald gerade zuvor als den Weg in ein souveräneres und stressfreieres Leben empfohlen hatte. Es gab viel Beifall für diesen unerwarteten Dialog zwischen Referent und Publikum von den 250 Gästen aus Zahn-

bereits eine positive Geschäftsentwicklung an.

DENTAGEN hat sich bei rund 900 Mitgliedsbetrieben stabilisiert. Karin Schulz erklärte während der 14. Generalversammlung des Genossenschaftsunternehmens: „In diesem Jahr scheint bei zahlreichen Laboren das Bewusstsein zu wachsen, dass eine Mitgliedschaft bei DENTAGEN doch Möglichkeiten und Chancen bietet und große Mehrwerte für die eigenen Unternehmensbereiche mit sich bringt.“ Im ersten Halbjahr 2013 habe DENTAGEN bereits 35 Neumitglieder aufgenommen.

Monheimer Unternehmen gründen Familiengenossenschaft

Monheim. Startschuss für die Familiengenossenschaft Monheim: Am 20. August gründete sich die Genossenschaft im Hause der JENOPTIK Robo. Die Gemeinschaft der sechs Monheimer Unternehmen JENOPTIK Robot, TML Technik, Schukat electronic, Raiffeisenbank Rhein-Berg, Theissen Medien Gruppe, Autolackiererei Schneider hat sich zum Ziel gesetzt, ihren Mitarbeitern eine hochwertige Kinder-Tagesbetreuung anzubieten. Sie soll zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen und dabei für klein- und mittelständische Unternehmen finanziell tragbar sein. Die Stadt Monheim ist in das Projekt eingebunden, sodass bis zu 50 Betreuungsplätze sowohl für Monheimer Kinder als auch für auswärtige Mitarbeiterkinder entstehen. Den Vorstand der Familiengenossenschaft bilden Arne Bergmann (JENOPTIK Robot) und Harald Mikat (TML Technik).



Die Gründer der neuen Familiengenossenschaft Monheim

Windatlas bietet Entscheidungsgrundlage

Ministerin Lemke stellt Kartenwerk und Windenergie-Broschüre vor

Mainz. An besonders windstarken Standorten sollen zukünftig Windkraftanlagen in Rheinland-Pfalz entstehen. Hierzu liefert der Windatlas Rheinland-Pfalz, den Wirtschafts- und Energieministerin Eveline Lemke in Mainz vorstellte, wesentliche neue Datengrundlagen. Der TÜV Süd hat die Windpotenziale für Rheinland-Pfalz untersucht und die Ergebnisse dieser Untersuchung in dem Windatlas zusammengefasst. „Der Windatlas ist ein weiterer Baustein zur Umsetzung der Energiewende in unserem Land“, stellte Lemke fest. Mit dem neuen Windatlas steht den Energiegenossenschaften und weiteren Betreibern ein Instrument für eine gezielte und sorgsame Flächenauswahl zur Verfügung. „Das bringt uns dem Ziel, bis 2030 bilanziell 100 Prozent des in Rheinland-Pfalz verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Energien zu gewinnen, ein gutes Stück näher. Wir tragen so zum Klimaschutz bei und wir entwickeln Alternativen zur hochriskanten Atomenergie und zu fos-

silien Brennstoffen“, sagte Lemke. Auf der Internetseite www.windatlas.rlp.de sind Karten abgebildet, auf denen sich die Windstärken in jeweils 50 mal 50 Metern großen Feldern für eine Höhe von 140 und 160 Metern erkennen lassen.

Außerdem stellte die Ministerin zusammen mit Winfried Manns, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Gemeinde- und Städtebundes, die gemeinsam erarbeitete Broschüre „Windenergie und Kommunen“ als Leitfaden für die kommunale Praxis vor. Breiten Raum nehmen in dem Informationsheft Kooperationsmöglichkeiten und Beteiligungsmodelle für Bürgerinnen und Bürger ein, etwa Bürgerenergiegenossenschaften.



Die Broschüre ist im Internet abrufbar unter: www.mwkel.rlp.de/service/publikationen



Winfried Manns, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Gemeinde- und Städtebundes, und Wirtschafts- und Energieministerin Eveline Lemke präsentieren den neuen Windatlas.

Ministerbesuch an der Solaranlage

Ulm. Es war noch Wahlkampf-Zeit, als Bundesumweltminister Peter Altmaier die Photovoltaikanlage der Genossenschaft MEHR Energie besuchte. Auf Einladung von Peter Bleser, Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, kam Altmaier in den Ulmener Eifel-Maar-Park und machte sich ein Bild von der Umsetzung der Energiewende im Landkreis Cochem-Zell. Dr. Michael Wilkes, Vorstandsmitglied der

MEHR Energie, erläuterte dem Minister die Gründung der Energiegenossenschaft im Jahr 2012 und zeigte ihm die erste Photovoltaikanlage der MEHR Energie. Details zur Anlage erklärte Thomas Rink vom Anlagenerrichter REGETEC. Sie gaben dem Minister auch einige Anregungen, wie die einfachere Vermarktung des Stroms und die Beschränkung der hohen Netzdurchleitungsentgelte der Netzbetreiber, mit auf den Weg.

Anzeige

Bürgergenossenschaft Dorfladen Kervenheim / Kervendonk eG

Kervenheim

.....
(Name der Genossenschaft)

.....
(Ort)

Liquidation der Genossenschaft

Die Generalversammlung vom 20. September 2013 hat die Auflösung unserer Genossenschaft per 30.09.2013 beschlossen.

Liquidatoren sind die Unterzeichnenden.

Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei der Genossenschaft anzumelden.

Die Liquidatoren

Dr. Marcus Kelm

Christian Vollmer

„Eine Win-win-Situation für alle Beteiligten“

Photovoltaikanlage auf dem Dach des Zentralen Bau- und Betriebshofes der Stadt Paderborn realisiert



Foto: Energiegenossenschaft Paderborner Land

Auf dem Dach des Zentralen Bau- und Betriebshofes An der Talle hat die Energiegenossenschaft Paderborner Land eine leistungsstarke Photovoltaikanlage installiert.

Paderborn. Die Energiegenossenschaft Paderborner Land hat seit Gründung im Dezember 2009 bereits viel erreicht. Zahlreiche Photovoltaik-Projekte mit einer Gesamtleistung von über 4.000 kWp (Kilowatt-Peak) wurden mit einem Investitionsvolumen von knapp sieben Millionen Euro realisiert. Und die heimische Energiegenossenschaft mit Bürgerbeteiligung hat in puncto dezentraler und unabhängiger Energieversorgung noch viel mehr vor.

Das jüngste Vorzeigebispiel des von drei regionalen Volksbanken (Paderborn-Höxter-Detmold, Brilon-Büren-Salzkotten und Elsen-Wewer-Borchen), den Kommunen Lichtenau und Salzkotten sowie der Kreishandwerkerschaft Paderborn gegründeten Unternehmens zur Nutzung erneuerbarer Energien ist auf dem

Dach des zentralen Bau- und Betriebshofes der Stadt Paderborn installiert.

Hier ist seit dem Frühsommer eine leistungsstarke Photovoltaikanlage mit 650,1 kWp in Betrieb genommen worden. Die Stadt Paderborn ist der Energiegenossenschaft ebenfalls Anfang dieses Jahres als Mitglied beigetreten.

„Eine echte Win-win-Situation für alle Beteiligten“, erklärten die drei Vorstände Heinz Sonntag, Hartmut Lüther und Dieter Merschjohann beim Ortstermin mit Bürgermeister Heinz Paus und ASP-Betriebsleiter Reinhard Nolte. Die Konzeption der Anlage (Planung: Ing.-Büro Schimmel, Paderborn) beruht auf einer wirtschaftlichen Investition, verbunden mit Energiekostensicherheit und kommunaler Wertschöpfung für den Eigentümer, der Stadt Paderborn.

„Wir als Investoren, der ASP als Eigenbetrieb der Stadt Paderborn und damit die gesamte Bürgerschaft werden von der neuen Photovoltaikanlage profitieren und am Erfolg teilhaben“, verdeutlichte Vorstandsmitglied Hartmut Lüther. Und dieser Erfolg ist bereits messbar. „Bereits jetzt liegen wir mit unserem Eigenverbrauch deutlich über Plan“, freute sich ASP-Betriebsleiter Reinhard Nolte.

„Die Zusammenarbeit mit der Stadt Paderborn und dem ASP war stets gut und vertrauensvoll“, dankte Aufsichtsratsvorsitzender Karl-Heinz Rawert im persönlichen Gespräch mit Bürgermeister Heinz Paus und ASP-Betriebsleiter Reinhard Nolte.

Mendener Schülergenossenschaft erreicht Spitzenplatz

Menden. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie hat im Rahmen des „SCHÜLER-BUSINESS-AWARD 2013“ die beste Schülerfirma Deutschlands gesucht – und sie mit Hilfe einer Jury nun gefunden. Die vom Projekt „Schülergenossenschaften NRW – nachhaltig wirtschaften, solidarisch handeln“ unterstützte Schülergenossenschaft „Der ETUi eSG“ der Realschule Menden erreichte dabei einen sehr guten Platz unter den Top 10 von über 70 teilnehmenden Schülerfirmen.

Die Mendener Schülerinnen und Schüler verkaufen an ihrer Schule Büroartikel aller Art. Sie lernen dabei in verschiedenen Abteilungen, angefangen beim Marketing, über Buchhaltung, Einkauf, Verkauf, Personal bis hin zu Vorstandstätigkeiten, verschiedene Arbeitsfelder eines Unternehmens kennen und können sich so bereits in der Schule für ihr späteres Berufsleben orientieren.

RWGV-Vorstandsvorsitzender Ralf W. Barkey gratulierte den Schülerinnen und Schülern zu ihrem Erfolg. „Schülergenossenschaften wie ‚Der ETUi eSG‘ sind ein hervorragendes Lernfeld für Jugendliche“, hob Barkey hervor. „Sie lernen dort gemeinsames unternehmerisches Handeln. Dazu gehört auch, Verantwortung für Mitarbeiter, Dienstleistungen und Produkte zu übernehmen.

Die Teilnehmer eignen sich somit die Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft an.“

Gefördert wird ‚Der ETUi eSG‘ von der Mendener Bank. Das Projekt Schülergenossenschaften ist ein Vorhaben des Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverbands (RWGV), der Stiftung Partner für Schule NRW und der Fachhochschule Frankfurt/Main.



Foto: Stiftung Partner für Schule NRW

Die Mitglieder der Schülergenossenschaft „Der Etui eSG“, hier bei einer Messe in Düsseldorf

Wahlen/Wechsel

Lothar Gehron ist neuer Aufsichtsratsvorsitzender der FGG Friedhofsgärtner Gelsenkirchen. Er folgt Günther Simon nach, der aus Altersgründen aus dem Kontrollgremium ausgeschieden ist.

Rainer Hilgers ist seit dem 1. September Mitglied des Vorstands der VR Bank Dornmagen. Ernst Kückels, der im Juni 2012 für einen Übergangszeitraum die Position neben dem Vorstandsvorsitzenden Theodor Siebers übernommen hatte, ist aus dem Gremium ausgeschieden. Hilgers war zuvor Generalbevollmächtigter der VR Bank.

Claudia Klug ist zur Generalbevollmächtigten der Bausparkasse Schwäbisch Hall bestellt worden. Sie verantwortet die Bereiche Personal und Einkauf. Zudem wurde sie in den Vorstand der Schwäbisch Hall Kreditservice AG berufen. Klug übernimmt dabei die Funktion der Arbeitsdirektorin und ist für die Personalarbeit der gesamten Schwäbisch Hall-Gruppe zuständig.

Marcus W. Leienecker ist neues Vorstandsmitglied der Volksbank Lüdinghausen.

Aloys Lohmeier ist zum 1. September in den Vorstand der Volksbank Elsen-Wewer-Borchen eingetreten

Dr. Andreas Martin, Vorstandsmitglied des BVR, wurde vom Verwaltungsrat einstimmig für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt. Er ist für die Bereiche Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft, Bankorganisation/Informationstechnologie, Zahlungsverkehr, Personalmanagement und Service/Rechnungswesen zuständig.

Michael Schrandt ist neues Vorstandsmitglied der Volksbank Enniger-Ostenfelde-Westkirchen.

Hans-Wilm Sternemann, Aufsichtsratsvorsitzender der IGA OPTIC, wurde jetzt auch in den Aufsichtsratsvorsitz der BRIAG berufen. Der Solinger Augenoptikermeister übernimmt damit die Nachfolge von Christian Wette, der auf der letzten Aktionärsversammlung ausschied. Wette hatte die BRIAG acht Jahre lang von der Gründung an geführt. Geschäftsführender Vorstand beider Unternehmen ist Carsten Schünemann.

Ruhestand

Heinz Thiesen (61), Vorstandsmitglied der Raiffeisenbank Moselkrampen, ist nach über 47 Berufsjahren, davon über 34 Jahre im Vorstand der Raiffeisenbank, in den Ruhestand verabschiedet worden.



Jetzt im Ruhestand: Heinz Thiesen

Ulrich Löbbing (60), Vorstandsmitglied der Volksbank Haltern, ist nach 19-jähriger Vorstandstätigkeit in den Ruhestand verabschiedet worden.

Es starben

Kurt E. Böhme, von 1970 bis 1989 Vorstandsmitglied der R+V Allgemeine Versicherung, im Alter von 89 Jahren

Heinrich Nienstedt, Aufsichtsratsmitglied der Volksbank Kalletal, heute Volksbank Bad Salzuflen, im Alter von 82 Jahren

Klemens Sonntag, Mitglied und Aufsichtsratsvorsitzender der Volksbank Thüle von 1968 bis 1998, heute Volksbank Brilon-Büren-Salzhausen, im Alter von 85 Jahren

Walter Stender, Mitglied des Aufsichtsrates der Spar- und Darlehnskasse Brockhagen von 1977 bis 1981, heute Volksbank Gütersloh, im Alter von 101 Jahren

Geburtstage

60 Jahre

Helmut Krause, Vorstandsmitglied der Bensberger Bank

Josef Stieger, Vorstandsvorsitzender der Volksbank Kempen-Grefrath

Silberne Ehrenmedaille

Bernhard Rodenkirch, Raiffeisenbank Lutzerather Höhe

Herausgeber:
Rheinisch-Westfälischer
Genossenschaftsverband e.V. (RWGV)
Mecklenbecker Str. 235-239
48163 Münster

Redaktion:
Sabine Bömmer, Christian Fährdrich,
Asmus Schütt
Telefon: 0251 7186-1020
Fax: 0251 7186-1029
E-Mail: presse@rwgv.de

Titelbild:
Marco Stepniak

Aus den Regionen:
Pressebüro Süd
Julia Böing
Telefon: 0251 7186-1027
julia.boeing@rwgv.de

Pressebüro Rhein-Ruhr
Ralf Bröker
Telefon: 02853 956280
ralf.broeker@rwgv.de

Pressebüro Münsterland
Hans-Peter Leimbach
Telefon: 0251 7186-1025
hans-peter.leimbach@rwgv.de

Pressebüro für Südwestfalen und
östliches Rheinland
Karl E. Rinas
Telefon: 02354 904004
karl.rinas@rwgv.de

Pressebüro Ostwestfalen-Hellweg
Rainer Stephan
Telefon: 05242 908940
rainer.stephan@rwgv.de

Anzeigenverwaltung:
geno kom Werbeagentur GmbH
Mecklenbecker Straße 229
48163 Münster
Telefon: 0251 53001-21
Fax: 0251 53001-67

Gestaltung:
geno kom Werbeagentur GmbH
Mecklenbecker Straße 229
48163 Münster

Druck:
Landwirtschaftsverlag GmbH, Münster

Bei verspätetem Erscheinen oder Nichterscheinen infolge höherer Gewalt entfallen alle Ansprüche. Für nicht angeforderte Manuskripte, Bilder und Bücher wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck von Beiträgen nur mit Quellenangabe und nur mit Zustimmung der Redaktion. Namensartikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Beilagenhinweis:
Raiffeisenmagazin
Perspektive Praxis

Erscheinungsdatum der nächsten Ausgabe:
Januar 2014

ISSN 1612-474X

Silberne Ehrennadel

Karl Blankenstein, Raiffeisen Lübbecker Land

Ludger Büchter, Raiffeisen Westfalen Nord, Hörstel

Andreas Dick, Volksbank Düren

Wilhelm Haubruck, Volksbank Kamen-Werne

Horst Hermann Jansen, Bensberger Bank

Günther Keßler, Raiffeisenbank Lutzenrather Höhe

Manfred Oeing, Volksbank Greven

Willi Over, VR-Bank Rhein-Sieg

Josef-Werner Schulte, Volksbank im Märkischen Kreis

Rudolf Stegt, Volksbank Seppenrade

Wilhelm Stockmann, Raiffeisen Lübbecker Land

Achim Wergen, Volksbank Düren

Ehrenurkunde

Karl-Heinz Dünnwald, Raiffeisenbank Frechen-Hürth

Werner Gröne, Volksbank Nottuln

Prälat Heinz Ditmar Janousek, Bank im Bistum Essen

Felix Krimpmann, VR-Bank Kreis Steinfurt

Paul Laukötter, VR-Bank Kreis Steinfurt

Paul Osterbrink, VR-Bank Kreis Steinfurt

Winfried Schäfer, Raiffeisenbank Lutzenrather Höhe

Hubertus Werdelhoff, Raiffeisen Warendorf

Goldnadel DGRV/DVR



Johann Prümers steckte Paul Rietmann (rechts) die Goldnadel an.

Paul Rietmann (65), stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Raiffeisen Westfalen Nord, wurde zum altersbedingten Abschied aus dem ehrenamtlichen Aufsichtsgremium mit der DRV-Ehrennadel in Gold ausgezeichnet. „Sie haben sich um die Raiffeisen Westfalen Nord und um die Weiterentwicklung der genossenschaftlichen Struktur in dieser Region verdient gemacht“, erklärte Johann Prümers vom RWGV in seiner Laudatio im Rahmen der Generalversammlung. Rietmann wurde 1974, also vor mehr als 39 Jahren, in den Aufsichtsrat der damaligen Raiffeisen-Warengenossenschaft in Rheine gewählt. Seitdem ist er dieser Genossenschaft, die mittlerweile Raiffeisen Westfalen Nord heißt, als Aufsichtsratsvorsitzender und zuletzt als stellvertretender Vorsitzender im Kontrollgremium treu geblieben und hat so die Geschicke an vorderster Stelle gelenkt und überwacht. Für seine großen Verdienste wurde Rietmann im Jahr 2000 mit der Silbernen Raiffeisennadel ausgezeichnet.

Friedhelm Wagner (64), Vorstandsmitglied der GAD, wurde in Anerkennung seiner Verdienste in der genossenschaftlichen IT mit der Goldenen Ehrennadel des Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbandes (DGRV) ausgezeichnet. Dr. Andreas Martin, Vorstandsmitglied beim Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, überreichte im Namen des DGRV die besondere Auszeichnung. 43 Jahre prägte Wagner die Geschicke der genossenschaftlichen IT, davon mehr als 30 Jahre als Vorstandsmitglied der GAD und ihrer Vorgängerunternehmen. Wagner hatte bereits Ende Februar aus gesundheitlichen Gründen seine Vorstandstätigkeit niedergelegt. „Es ist der Schlusspunkt einer

Karriere, wie es sie vielleicht nur in unserer Organisation geben kann, einer Karriere, die über 43 Jahre lang durch Faszination an der IT einerseits und durch Loyalität zum Genossenschaftswesen andererseits geprägt war“, so Martin. Während seiner Vorstandstätigkeit verantwortete Wagner die Ressorts Entwicklung, Produktion, Vertrieb und zuletzt Unternehmenssteuerung/-entwicklung und Unternehmensservices.



Freute sich über die Ehrung: Friedhelm Wagner (rechts)

Goldnadel RWGV

Peter Bömelburg (66), ehrenamtliches Vorstandsmitglied der NOWEDA eG Apothekergenossenschaft, wurde in festlichem Rahmen mit der Ehrennadel in Gold des Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverbandes ausgezeichnet.



Goldnadel für große Verdienste: Peter Bömelburg (links)

Wilfried Hollmann, Vorstandsvorsitzender der NOWEDA eG Apothekergenossenschaft, überreichte dem Apotheker die Auszeichnung und würdigte sein großes Engagement zur Förderung des Genossenschaftswesens. Peter Bömelburg

fürte die Adler-Apotheke in Coesfeld von 1977 bis zu seinem Ruhestand 2013. Von Beginn seiner pharmazeutischen Tätigkeit an war er Mitglied der NOWEDA und wurde 1983, im Alter von nur 36 Jahren, zum nebenamtlichen Vorstandsmitglied der Apothekergenossenschaft ernannt. Bis zu seinem satzungsgemäßen Ausscheiden aus dem Vorstand im Juni 2013 setzte sich Bömelburg mit großer Begeisterung für den Erfolg der NOWEDA-Mitglieder und des Unternehmens ein.

Ernst Bugl (57), Vorstandsvorsitzender der Raiffeisenbank Grafschaft-Wachtberg, wurde für seine 40-jährige Betriebszugehörigkeit mit der RWGV-Ehrennadel in Gold ausgezeichnet. 1973 trat Bugl bei der damaligen Raiffeisenkasse Untere Grafschaft in Grafschaft-Oeverich seine



Gold für Ernst Bugl

Banklehre an und lernte das Bankgeschäft von der Pike auf kennen. 1980 wurde er zum Vorstand der Raiffeisenkasse berufen und 1997 zum Vorsitzenden des Vorstands ernannt. In dieser Funktion begleitete Bugl drei Fusionen und ist einer der entscheidenden Architekten der heutigen Raiffeisenbank Grafschaft-Wachtberg. Überregional ist Bugl aktiv im Fachrat der Kreditgenossenschaften des RWGV und im Beirat der Raiffeisen Waren-Zentrale Rhein-Main. Außerdem engagiert er sich in der Warentochter der Raiffeisenbank, der Raiffeisen Rhein-Ahr-Eifel, und war bis 2013 Vorsitzender der Gesellschafterversammlung.

Karl Cappel (58), Vorstandsmitglied der VR-Bank Rur-Wurm, wurde von Frank Linskens, Regionalleiter Bankenbetreuung des Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverbandes, mit der Goldenen Ehrennadel des Verbandes ausgezeichnet. Cappel war seit Beginn seiner Ausbildung im Jahre 1972 bei der früheren Spar- und



Hohe Auszeichnung für Karl Cappel (links)

Darlehnskasse Brachelen tätig. Im Jahre 1981 wurde er dort vom Aufsichtsrat in den Vorstand der Bank berufen. Nach der erfolgreichen Fusion in diesem Jahr mit der Volksbank Randerath-Immendorf zur VR-Bank Rur-Wurm gehört er dem neuen Bankvorstand an.

Günther Simon (79), Aufsichtsratsvorsitzender der Friedhofsgärtner Gelsenkirchen, wurde mit der Goldenen Ehrennadel des Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverbandes ausgezeichnet. „30 Jahre Aufsichtsrat, davon 16 Jahre als Vorsitzender – mit dieser langjährigen Partnerschaft, mit dieser besonderen Verlässlichkeit und diesem großem Enga-



Günther Simon (rechts), Gold für 30 Jahre im Aufsichtsrat

gement haben Sie sich um die Mitglieder, Kunden und Mitarbeiter der Friedhofsgärtner Gelsenkirchen eG und den gesamten genossenschaftlichen Verbund in Ihrer Region verdient gemacht“, betonte Christoph Gottwald vom Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverband auf der Generalversammlung. Anschließend verlieh er dem scheidenden Aufsichtsratsvorsitzenden die Goldene Ehrennadel des Verbandes. Simon wurde am 30. Juni 1983 in den Aufsichtsrat gewählt, 1997 wählte ihn der Aufsichtsrat zum Vorsitzenden.

Klaus Strothmann (70), Aufsichtsratsmitglied der Volksbank Versmold, wurde zum altersbedingten Abschied aus dem ehrenamtlichen Aufsichtsgremium mit der RWGV-Ehrennadel in Gold ausgezeichnet. Tobias Jasper, Bankenbetreuer



Goldnadel für Klaus Strothmann (links)

des RWGV, charakterisierte den Jubilar in seiner Laudatio im Rahmen der Generalversammlung als „stets angenehmen, fairen und intelligenten Gesprächspartner“. Klaus Strothmann war von der Generalversammlung am 22. März 1983 in den Aufsichtsrat der damaligen Spar- und Darlehnskasse Oesterweg gewählt worden. Mehr als 30 Jahre hat er die Geschichte der Bank mitüberwacht.

Eine vielseitige Powerfrau

Karin Schulz, Vorstandsvorsitzende der DENTAGEN eG, feiert im Triathlon Erfolge



Foto: privat

Sportlich und beruflich in Bestform: Karin Schulz auf dem Weg zum Siegereppchen

Geseke. Nicht nur beruflich ist Karin Schulz eine Meisterin der Langstrecke. Denn für die Vorstandsvorsitzende der DENTAGEN eG und Geschäftsführerin eines Dentallabors endet kaum eine Woche unter 60 Arbeitsstunden. Auch privat ist sie ein Ausdauer-Ass: Die 60-Jährige ist die derzeit weltbeste Triathletin ihrer Altersklasse. Diese Vormachtstellung sei schön, aber unbedeutend. „Wichtig ist, dass ich mit meiner Leistung zufrieden bin“, sagt die erfolgreiche Powerfrau.

Durchzustarten ist ihr Ding. Doch dass Karin Schulz beruflich und sportlich seit vielen Jahren zur Bestform aufläuft, kommt nicht von ungefähr. Ihr Rezept: jede Menge Flexibilität, Belastbarkeit, Spontaneität und eine gute Organisation. „Und man benötigt gute Leute, auf die man sich verlassen kann“, weiß die 60-Jährige. Dass sie, die eigentlich Sport-, Pädagogik- und Englischlehrerin sowie Liebhaberin von Ballsportarten ist, heute Vorstand einer Genossenschaft, Geschäftsführerin eines Dentallabors und mehrfache Europa- und Weltmeisterin im Triathlon ist, verwundert wenig. Denn Karin Schulz ist eine Vielseitigkeitsmeisterin.

Als das Internat, an dem sie einst lehrte, geschlossen wurde, stieg Karin Schulz in das Dentallabor ihrer Mutter ein. Heute leitet sie die Sternberg-Dental-Labor GmbH in Geseke sowie deren

Zweigstelle in Schwedt/Oder. 2006 baute sie für die DENTAGEN eG, eine Dienstleistungs- und Einkaufsgenossenschaft für zahntechnische Laboratorien, ein Modul zur Fort- und Weiterbildung auf. Als kurze Zeit später der Ideengeber und Macher von DENTAGEN verstarb, wurde ihr vom Aufsichtsrat der Vorstandsposten angeboten. Sie sagte zu und hat seither zwei Jobs. Im Sport sind es sogar drei Berufungen: Schwimmen, Radfahren und Laufen. Der Zufall war Starthelfer: „Ich habe aus Jux an einem Volkstriathlon teilgenommen und bin dort von einem Verein angesprochen worden.“ Seither startet sie für den VfB Salzkotten.

Ihre Laufeinheiten absolviert sie morgens vor dem Job. Im Sommer geht sie mit ihrem Mann Ulli, der sie auch bei den Wettkämpfen unterstützt, und Hund Kiwi in einem nahegelegenen See schwimmen.

Hat sie Termine bei der DENTAGEN eG im hundert Kilometer entfernten Waltrop, fährt sie auch schon mal mit dem Rad. Bei Dienstreisen sind Laufschuhe mit im Gepäck. Besonders begeistern die gebürtige Paderbornerin weite Distanzen: „Das reizt mich jedes Mal aufs Neue, denn man darf sich in keiner Disziplin verausgaben und muss alles genau einteilen.“

Mittlerweile hat Karin Schulz zahlreiche Triathlons, Duathlons und Ironmans absolviert. Bei vielen erreichte sie einen Platz auf dem Treppchen. Erst im April wurde sie Zweite bei der Duathlon-EM im niederländischen Horst, im Juni Weltmeisterin bei der Triathlon-Langdistanz in Frankreich. Zum 60. Geburtstag im Mai „gönnte“ sie sich einen besonderen Wettkampf: den Ironman Austria in Klagenfurt. „Unter Insidern ein absolutes Highlight, denn die Begeisterung der Zuschauer ist enorm, die Landschaft ein Traum“, sagt Karin Schulz. Ihre Vorbereitungen haben sich gelohnt: Trotz einiger Widrigkeiten wie einem entzündeten Ischiassnerv kurz vor dem Start und einer dicken Beule nach einem Fußtritt während des Schwimmens holte sie Gold – nach 3,8 Kilometer im Wasser, 180 Kilometer auf dem Rad, 42 Kilometer auf der Marathonstrecke und insgesamt 12:31,38 Stunden. Am legendären Ironman auf Hawaii im Oktober, für den sie durch ihren Sieg am Wörthersee einen Startplatz erhielt, kann sie aus beruflichen Gründen nicht teilnehmen. Aber: Der nächste Ironman im Sommer 2014 in Frankfurt ist schon gebucht, Hawaii kann auch danach noch kommen.

Anja Scheve

„Initiativbanking“ – das Ohr am Markt.

MADE
BY
MITTELSTAND.

Es ist Zeit, Danke zu sagen!

deutschland-made-by-mittelstand.de



ML&S

INITIATIVBANKING FÜR DEN MITTELSTAND

Sie kennen und schätzen die unternehmensnahen Themen von „Initiativbanking“? Das Magazin bietet Ihnen aber noch einen weiteren Vorteil: Nutzen Sie es als Ihr Instrument der Kundenbindung.

Die Fokussierung auf den Mittelstand, die nutzwertigen Themen und die professionelle Aufmachung durch kompetente Wirtschaftsjournalisten werden auch Ihre Kunden überzeugen.

Bestellen Sie jetzt „Initiativbanking“.
0211/778-3614
reinhold.schubert@wgzbank.de
oder VR-BankenPortal
(QuickCode **WGZWL021**)

IHR PLUS AN *PERSÖNLICHEM* *ANSPRECHPARTNER*

Mit der R+V-KfzPolice.
Rundum sicher. Rundum betreut.



Jetzt
informieren:
www.ruv.de



Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken

